

Karl Heinrich Heydenreichs

Prof. der Philosophie zu Leipzig

G r u n d s ä t z e

des

natürlichen Staatsrechts

und

seiner Anwendung

nebst

einem Anhang

staatsrechtlicher Abhandlungen.

Zweyter Theil.

L e i p z i g,

in der Weygandschen Buchhandlung

1795.

Karl Heinrich Heydenreichs

Prof. der Philosophie zu Leipzig

G r u n d f ä t z e

des

natürlichen Staatsrechts

und

seiner Anwendung

nebst

einem Anhange

staatsrechtlicher Abhandlungen.

Zweyter Theil.

Leipzig,

in der Weygandschen Buchhandlung

1795.

V o r r e d e.

Ich übergebe hiermit dem Publikum den zweyten Theil meines natürlichen Staatsrechts, und finde es um so nöthiger, mich über den Gesichtspunkt, aus welchem ich es betrachtet wünsche, zu erklären, da ich es in der kleinen Vorrede des ersten Theiles nur flüchtig thun konnte.

Man hat mich in irgend einem kritischen Blatte den Orthodoxen im Staatsrechte beygezählt. Ich finde mir durch diesen Beynahmen

geschmeichelt. Verstehe ich ihn anders recht, so drückt er nichts anders aus, als die Richtung eines Kopfs, den Staat, als ein für die Menschheit schlechterdings nothwendiges Institut zu betrachten, und alle in ihm Statt findende Pflichten und Rechte aus dieser Hinsicht zu behandeln. Und dieser Richtung hat sich, wie mir scheint, Niemand zu schämen.

Die Natur des Rechts ist mir zu wenig fremd, als daß ich nicht überzeugt seyn sollte, daß Menschen einander in einzelnen Fällen zu nichts zwingen dürfen, als zur Unterlassung jedes unmittelbaren oder mittelbaren Angriffs auf äufserē Freyheit. Und aus dieser Ueberzeugung folgt für mich zugleich auch die Gewissheit, daß Menschen einander in keinem einzelnen Falle gewaltsam bestimmen dürfen, für die Vollkommenheit und das Wohl der Menschheit zu handeln, wenn sie sich nicht durch vorhergegangenes Versprechen die Verbindlichkeit dazu selbst aufgelegt haben.

Die Theilnahme am Staate würde unstreitig bey Menschen, welche aufer dem Staate geboren sind, nur von ihrer Willkühr abhängen, und Staat errichten zu helfen, können Menschen einander nicht zwingen, vielmehr darf Jeder, wenn

er will, ein gesellschaftloses isolirtes Leben führen. Der Mensch, welcher außer dem Staate gebohren ist, verdankt sein Daseyn und seine Erhaltung nur den Kräften der Natur und ihrem Urheber, es hat Niemand für ihn leisten müssen, um ihn vor dem Rückfalle in das Nichts und vor dem Elende zu schützen. Es kann also Niemand, unter welchem Vorwande es auch geschehe, einen nothwendigen Anspruch auf seinen Beytritt zu einer Gesellschaft haben, worin Menschen die Sicherung ihrer Rechte durch gemeinschaftliche Verwendung ihrer Kräfte beabsichtigen. Ganz anders mit dem Menschen, welcher im Staate gebohren ward, für ihn mußten Alle, schon ehe er gebohren ward, leisten, und er tritt mit einer Verbindlichkeit in die Welt, von welcher er sich durch seine bloße Willkühr nicht befreyen kann. Wendet man ein, daß diesemnach die Menschen als Sklaven ihres Vaterlandes gebohren werden, und daß dieß dem Charakter ihrer ursprünglichen Freyheit widerspricht; so gestehe ich, daß ich von dem ersten, es nur wohlverstanden, überzeugt bin, das zweyte aber insofern nicht zugeben kann, als der Mensch durch den Staat allein erst in eine Situation gesetzt wird, die ihm seinen unabhängigen Wirkungskreis sichert, wo er wirklich

sagen kann, daß er *gültige* und *geltende* Rechte hat.

Diejenigen, welche sich mit dieser Behauptung schlechterdings nicht vertragen können, müssen wenigstens *das* zugeben, daß entweder Staat als *ewiger* Sicherheitsbund für die Menschheit rechtlich unmöglich sey, oder jene Behauptung wahr seyn müsse, und daß sie keinesweges, ohne sich zu widersprechen, den Staat als einen *ewigen* Sicherheitsbund vorstellen, und zugleich sein Recht auf die in ihm Geborenen leugnen können.

Ich habe dem natürlichen Staatsrechte nach dem Beyspiele mehrerer Anderer diejenigen Erfahrungsfätze vorhergeschickt, aus welchen die Nothwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft für das Menschengeschlecht erhellt. Auch darin bin ich andern Staatsrechtslehrern gefolgt, daß ich sie metapolitische Prolegomenen genannt habe. Ungeachtet ich die Richtigkeit der Bemerkung zugestehle, welche der Recensent des Schmalzischen Staatsrechts in den Jakobischen Annalen gegen jenen Ausdruck gemacht hat, so war mir dennoch die Terminologie zu wenig wichtig, um einen neuen passenderen Ausdruck zu ersinnen. Vielleicht ist er dem Herrn Hufeland gelungen, welcher in der neuen Ausgabe seines Naturrechts jene Erfah-

rungsätze *die propolitische Einleitung* nennt. Ich wünschte sehr, daß man in ienem Theile meines Buchs, besonders auf die darin enthaltenen Ideen über *Recht* und *äußeres Gericht*, und den *Zusammenhang des Naturrechts mit dem allgemeinen Staatsrechte* Rücksicht nähme. Den *Naturstand* des außer der bürgerlichen Gesellschaft lebenden Menschen habe ich im Geiste Hobbefens geschildert, welchen ich für den einzigen ächten halte, welcher in einer solchen Schilderung herrschen kann. Die Züge fallen bey mir noch schwärzer aus, als bey Jenem, iedoch, wie ich glaube, nicht gegen die Wahrheit.

Als eine Haupteigenthümlichkeit meines Systems wird man bemerken, daß ich Oberherrn und Unterthanen durchaus im Verhältnisse der Pflicht gegen einander annehme, und bey mir nicht von *Befugnissen*, sondern von *Verbindlichkeiten* zu zwingen im Staate die Rede ist. Der Grund davon liegt in der Natur des bürgerlichen Vertrags. Durch einen Vertrag entstehen dann lauter Pflichten, wenn die Paciscenten einander außer der Leistung auch die unausbleibliche Erzwingung der Leistung versprechen. Dann vernichtet der Wille derselben selbst, die mit dem Rechte verknüpfte Willkühr, und es hängt nicht von einem gleichgültigen Belieben

der Theilnehmer ab, ob sie einander im Fall der Weigerung zwingen wollen oder nicht, sondern sie sind verpflichtet, es zu thun. Der Vertrag, welchen bürgerliche Gesellschaft voraussetzt, hat das Eigenthümliche, daß sich dadurch Jeder gegen alle Uebrige, und alle übrige sich gegen jeden zu bestimmten Leistungen vollkommen verbindlich machen, während zugleich Jeder sich gegen alle übrige, und alle übrige sich gegen Jeden verpflichten, ihre gesellschaftlichen Rechte in allen Fällen wirklich durchzutreiben. Allen gesellschaftlichen vollkommenen Pflichten entsprechen also in dieser Verbindung nicht blos Rechte, sondern vollkommene Pflichten, sie zu erzwingen, und wir können sagen, daß diejenige Gesellschaft, welche bestimmt ist, alle Menschenrechte zu sichern, ihren Zweck dadurch erreicht, daß sie die Rechte in Pflichten verwandelt.

In dieser Hinsicht glaube ich auch im ersten Theile S. 77. §. 1. das natürliche Staatsrecht richtiger erklärt zu haben, als es in den gewöhnlichen Definitionen geschieht.

Die Ordnung, welche ich im Systeme selbst befolge, weicht von der Stellung der Materien in andern Systemen ab. Ich entwickle alle Prinzipien des Staatsrechts aus den drey

Grundverträgen, deren Behandlung eben deshalb einen so grossen Umfang hat, und mit der Eigenthümlichkeit verknüpft ist, daß viele Untersuchungen, welche in den gewöhnlichen Lehrbüchern in der Mitte oder am Ende der Wissenschaft aufgestellt werden, bey mir sogleich am Eingange des Systems Platz bekommen. Die Prinzipien, z. B. nach welchen allein entschieden werden kann, wie weit die Leistungen der Bürger für den Staat gehen können und müssen, liegen bey mir schon in der Theorie des Vereinigungsvertrags; die Prinzipien für alle bürgerliche Strafgesetzgebung, und zugleich auch für die Entscheidung wegen der Todesstrafen liegen bey mir schon in der Theorie des Verfassungsvertrags; die Prinzipien über die Grenzen und den Umfang aller oberherrlichen Gewalt und aller Unterthänigkeit liegen bey mir schon in der Theorie des Unterwerfungsvertrags.

Den Prinzipien für alle Criminalgesetzgebung habe ich versucht, durch Fassung und Festhaltung des einzigen wahren Zweckes der Strafen eine Bestimmtheit zu geben, welche mir besonders in unsern Zeiten durch den Einfluß einer gewissen, wie mir scheint, falschen Anwendung der Kantischen Moralgrundsätze

von mehrern Weltweisen vernachlässigt zu seyn scheint. Ich nehme als Hauptzweck aller bürgerlichen Strafen Abschreckung aller Bürger von demselben Verbrechen, welches der zu Strafen-
de begangen hat, an. Bey der Behauptung dieses Zweckes fällt natürlich die Theorie der Strafgesetze in meinem Systeme weniger *menschensfreundlich* und empfindsam aus, als in andern. Allein ich glaube auch, daß die falsche Menschenfreundlichkeit, welche in den Schriften so vieler neuen Criminalisten herrscht, nicht zur Ehre der Litteratur gereicht, und daß die Wissenschaft dadurch mehr verlohren, als gewonnen hat. Sie fällt ganz weg, wenn nur der richtige Gesichtspunkt aller Strafgesetzgebung gehörig bestimmt ist.

Von den Grundsätzen meines Freundes *Jacob* weiche ich in der Theorie der Strafgesetzgebung ganz ab. Es wird mich sehr interessieren, wenn er selbst oder andre mit ihm gleichdenkende das Abweichende meiner Behauptungen so scharf als möglich prüfen.

Auf die Theorie der Grundverträge lasse ich die Theorien der Gewalten folgen, die in der höchsten Gewalt enthalten sind, klassificire sie aber nur nach *einem* Prinzip, indem alle Eintheilungen, welche nach andern Prinzipien gefaßt

werden können, unter ienem enthalten sind. Der *auffehenden* Gewalt habe ich die Grenzen weiter hinausgesetzt, als es von andern geschieht, ohne iedoch den Rechten der Unterthanen etwas zu vergeben. *Die Polizeygewalt* habe ich mit Umständlichkeit behandelt, nicht als ob ich nicht gefühlt hätte, daß es auf Kosten der Planmässigkeit und Proportion geschähe, sondern weil ich überzeugt bin, daß sie in den meisten Lehrbüchern mit zu weniger Bestimmtheit behandelt wird. Aus demselben Grunde nimmt auch die Theorie der vollziehenden Gewalt einen größern Umfang ein; die darinn enthaltene Theorie der Criminalgewalt des Oberherrn empfehle ich vorzüglich der aufmerksamen Prüfung.

Die Behandlung der Regierungsformen lag eigentlich ausser meinem Plane, und ich war anfangs Willens, nur die wenigen Grundsätze darüber aufzustellen, welche aus der Idee des Verfassungsvertrags folgen. Indessen gerieth ich beym Nachdenken über ienen Gegenstand auf einige Ansichten, die mir neu und treffend schienen, vorzüglich auf eine Vorstellungsart der Demokratie, die von der gewöhnlichen abweicht, und, wenn ich mich nicht täusche, den wahren Geist und Charakter dieser

Form enthält. In der Theorie der Erbreiche werde ich dem Vorwurfe der Orthodoxie nicht ausweichen können, werde mich aber auf jeden Fall freuen, wenn man diese Orthodoxie mit Gründen prüft, die nicht bloß Machtsprüche sind.

L e i p z i g,
in der Michaelismesse
1795.

Karl Heinrich Heydenreich.

Grund-

G r u n d f ä t z e
d e s
natürlichen Staatsrechts.

Zweyter Theil.

B e s c h l u s s
d e s d r i t t e n A b s c h n i t t e s
d e s d r i t t e n K a p i t e l s
d e s e r s t e n T h e i l e s.

10.

Der Oberherr darf aber auch von seiner Seite von den Grundgesetzen der Gesellschaft nicht im Mindesten abweichen. Er darf also keine eigenmächtige Veränderung der Verfassung unternehmen, kein Gesetz eigenmächtig aufheben, kein Privilegium eigenmächtig ertheilen, keinen Verbrecher eigenmächtig begnadigen, keinen Krieg eigenmächtig anfangen u. s. w. Nur wiefern er durch die Grundgesetze selbst unter gewissen Umständen und

Einschränkungen dazu berechtigt wird, darf er diese Handlungen ausüben.

1) Bey jedem Privilegium wird eine Klasse und Mehrheit von Bürgern, oder werden Einzelne entweder zu gewissen Handlungen ausschliesslich berechtigt, oder gewisser Obliegenheiten entbunden, welche allen Uebrigen zukommen. Jedes Privilegium schränkt also die Gleichheit der Bürger ein. Es würde widersinnig seyn, dem Oberherrn das Recht, Privilegien zu geben, *unbedingt* zuzugestehen. Nur insofern folgt es aus den Unterwerfungsvertrage, als es ein durch kein andres zu ersetzendes Mittel für die totale oder partielle Erreichung des Zweckes des Staats ist.

2) Alle *Begnadigung* eines Verbrechers ist an sich Abweichung vom Gesetze und Unrecht gegen die Gesellschaft. Sie verliert den Charakter der Illegitimität nur dann, wenn in einem Falle das Gesetz in Beziehung auf ein Individuum ohne Widerfinn gar nicht Gegenstand des allgemeinen Willens seyn kann, wenn die Ausübung des Gesetzes den Zweck aufhübe, wegen welches das Gesetz da ist. Das Gesetz ist Mittel für die Erhaltung des Staates, unter Verhältnissen, wo seine Ausübung Mittel des Untergangs des Staats seyn würde, oder doch seyn könnte, hört es auf Gesetz zu seyn. In diesem einzigen Falle darf

der Oberherr sich nach dem Unterwerfungsvertrage auch Recht zu begnadigen zueignen.

Man pflegt auch dann dem Oberherrn ein Recht zu begnadigen zuzueignen, wenn er bey großem Verdachte eines Verbrechens Strafe erläßt, oder sie bey nur theilweise erfolgter Gewissheit, oder wegen der Sonderbarkeit eines unter keinem bestimmten Criminalgesetze ganz begriffenen Verbrechens, mildert. Diefs ist aber eigentlich gar keine *Gnade*, sondern *Pflicht* des Richters, oder im letzten Falle *Recht* desselben, welches aus seiner Pflicht folgt. Ein Verbrechen muß *vollständig* erwiesen seyn, und selbst der größte Verdacht kann nicht zur Einschränkung der Freyheit eines Bürgers berechtigen, vielweniger zur Strafe. Ist für gewisse Fälle kein geradezu und ohne Veränderung anwendbares Strafgesetz vorhanden, so bleibt es dem Oberherrn überlassen, nach der bestmöglichen Beurtheilung des Falles die Strafe zu bestimmen. Da er aber hierbey alle Rücksichten des Mitleids und der Schonung aus den Augen lassen, und nur das Wohl des Staates beabsichtigen muß, so kann von Begnadigung gar nicht die Rede seyn. Der Verdächtige oder der Verbrecher kann auch die Behandlung, die ihm unter diesen Umständen widerfährt, nicht für Gnade ansehen *).

*) Aus diesem Gesichtspunkte beurtheile ich auch, was Herr Feder in s. Auff. über das Recht zu begnadigen, im

*Das Regierungsrecht ist dem Oberherrn
entweder auf seine Lebenszeit, oder nur auf*

Anhange zu *Wedekinds* Schr. von dem besondern Interesse des Natur- und allgemeinen Staatsrechts durch die Vorfälle der neuern Zeiten über diesen Gegenstand sagt: S. 5. „Wenn bey Uebertretung eines Strafgesetzes, bey verübten Verbrechen, oft so viel daran fehlet, daß mit allgemeingültigen, objektiven Gründen *offenbar erwiesen werden könnte, daß, und wie, oder daß nicht, überhaupt, oder so wie es im Gesetze verordnet ist, gestraft werden müsse; wenn es nothwendig dem Ermessen der subjektiven individuellen Vernunft* des Richters, oder des für solche zweifelhafte Fälle mit dem Begnadigungsrechte versehenen Regenten überlassen werden muß, was geschehen soll; wenn es besonders auf Seiten des Schuldigen die unstatthafte Anmaßung seyn würde, entscheiden zu wollen, ob in diesem seinem Falle *Sinn und Zweck, des nach den im Staate obwaltenden Umständen, bestimmten Strafgesetzes genaue Anwendung erfordere oder Ausnahme, Einschränkung zulasse, so folgt, daß es dieser Schuldige nicht als ein Recht zu fordern, sondern vielmehr als eine für ihn glückliche Wirkung der subjektiven Dispositionen des Vollziehers der Gesetze zu halten, d. h. als eine ihm wiederfahrene Gnade zu betrachten habe, wenn die im Gesetze angedrohte Strafe ihm erlassen, oder gemildert wird. Wer weiß, wie wenig nur daran fehlte, daß bey der — wir wollen annehmen sorgfältigen, gewissenhaften — Erwägung der Gründe, für die eine und die andre Entschliessung, nach den Gefühlen und Einsichten des Vollziehers der Gesetze, die strenge Befolgung desselben nothwendig geschienen hätte?*

eine einzelne unbestimmte Periode derselben übertragen.

12.

Nur dem Oberherrn in der Monarchie und Aristokratie kann das Regierungsrecht auf seine ganze Lebenszeit übertragen seyn. In der Demokratie würde dieß der Natur dieser Verfassung selbst widersprechen; hier wird es nur eine unbestimmte oder bestimmte einzelne Zeit übertragen. Geschieht es auf eine unbestimmte Zeit, so behält sich die Gemeinschaft das Recht vor, nach ihrem Gutdünken das Regierungsrecht aufzukündigen. Dieß muß indessen nur so möglich seyn, daß der Oberherr durch die Vorbehaltung jenes Rechtes nicht in seinen Leistungen für den Staat gehindert werde. Welche Einrichtungen zu diesem Behufe getroffen werden müssen, darüber stellt die Politik Betrachtungen an.

13.

Wenn durch den allgemeinen Willen die Oberherrschaft einem gewissen Geschlechte erblich übertragen worden ist, so ist entweder diese ganze Uebertragung sinnlos und rechtlos, oder die Individuen jenes Geschlechtes bekommen

durch dieselbe, nach der Ordnung der Abfolge, vollkommne Rechte auf die Regierung. Die Unfähigkeit eines Individuums berimmt keinesweges den Folgenden ihre Rechte; eben so wenig die Weigerung eines derselben, die Regierung anzunehmen; allein der Bruch des Vertrags durch einen Regenten aus dem Geschlechte hebt die ganze Erbfolge in der Regierung auf.

1) Dafs die Anordnung der Erblichkeit der Regierung nicht vernunftwidrig und also auch nicht rechtlos sey, ist gezeigt worden I. Th. S. 115 — 117.

2) Bey der Anordnung der Erbfolge in der Regierung versprechen die beyderseitigen Kontrahenten zugleich für ihre Nachkommen, das Volk für die künftigen Generationen der Bürger, der zum Oberherrn Gewählte für die Abkömmlinge seines Geschlechts. Beyde versprechen *im Nahmen des Gewissens* der Nachwelt und ihrer Abkömmlinge, unter der Voraussetzung, wozu sie die Vernunft berechtigt, dafs dieselben von der Wichtigkeit des Staates so überzeugt seyn werden, dafs sie den Vertrag ihrer Vorfahren nicht etwa aus beliebigen Absichten brechen, und es darauf wagen werden, einer Reyhe von Generationen durch Auflösung der Verfassung die Vortheile einer feststehenden bürgerlichen Verfassung zu entreifen.

Das sich durch einen solchen Vertrag unterwerfende Volk kann das Regierungsrecht für die künftigen Abkömmlinge eines Geschlechts nicht unbedingt bestimmen. Es thut es nur unter der ausdrücklichen oder stillschweigenden Bedingung: 1) daß kein zur Regierung gelangendes Individuum den Vertrag breche, und seinen Pflichten entgegen handle; 2) daß jedes Individuum die zur Regierung nöthigen Eigenschaften besitze; 3) daß jedes Individuum wirklich den Willen habe, das Regierungsrecht geltend zu machen; 4) daß keine Situation des Staates eintrete, wo die Erblichkeit der Regierung mit der Fortdauer desselben unverträglich werde.

Das das Regierungsrecht für sich und sein Geschlecht übernehmende Individuum kann ebenfalls nicht ohne Einschränkungen für seine Nachkommen versprechen und annehmen, sondern ebenfalls nur unter den eben (1 — 4.) angeführten Voraussetzungen.

- 3) Das durch Uebertragung eines Volks auf einem Geschlechte ruhende Regierungsrecht verlißt nur mit dem Geschlechte selbst; den einzigen schon angegebenen Fall ausgenommen, wo ein Regent aus einem Geschlechte das Regierungsrecht durch Angriff auf den Staat verwirkt.

Jedes *fähige und willige* Individuum also, auf welches die Reyhe trifft, hat die Pflicht, die Unterwerfung des Volkes, als nothwendig zu fordern, und im Fall der Weigerung zu erzwingen. Es muß diesem zu Folge alle diejenigen Mittel anwenden, welche ihm zu Durchsetzung dieses Zweckes die hinlängliche Stärke geben können. Das *fähige*, aber nicht *willige* Individuum darf von dem Volke nicht gezwungen werden.

4) Dafs der Bruch des Vertrags durch einen Regenten aus dem bestimmten Geschlechte die ganze Erbfolge in demselben aufhebt, gründet sich darauf, dafs die zuerst kontrahirende Generation nur in sofern im Nahmen der folgenden für das Geschlecht verspricht, als das zum Regenten zuerst erwählte Individuum im Nahmen aller künftigen Treue gegen den Staat und genaue Erfüllung der Regentenpflichten angelobt.

5) Die Huldigung in einem Erbreiche ist kein neuer und freyer Vertrag, sondern von Seiten der Unterthanen die Erklärung ihrer Treue gegen die Grundverfassung, die Versicherung des Bewusstseyns einer Pflicht, die ihnen in Beziehung auf den Staat zukommt.

Anm. Diejenigen Staatsrechtslehrer, welche Erbreiche zulassen, aber doch behaupten, der Erbe

habe vor dem mit ihm geschlossenen Vertrage kein vollkommnes Recht zur Succession, scheinen mir wenigstens nicht konsequent zu verfahren. Denn wenn der Erbe durch die Grundverfassung des Reiches kein vollkommnes Recht hat, so hängt seine Erhebung zum Throne von der Wahl der Bürger ab, und ein solches Reich ist im Grunde nichts anders als ein Wahlreich.

14.

Wenn in einem Reiche der Regent durch die Grundverfassung die Pflicht hat, einem andern während seines Lebens, oder auf den Fall, wenn er stirbt, die Regierung zu übertragen, so bekommt durch diese Uebertragung der, an den sie geschieht, ein vollkommnes Recht zu regieren.

Man nennt bekanntlich so eingerichtete Reiche Patrimonialreiche. Auch von ihnen gilt, was ich nur eben in der Anm. zu §. 13. von der Geschlechtserbfolge gesagt habe. Wenn der vom Oberherrn eines solchen Reiches bestimmte Nachfolger nicht durch jene Uebertragung Recht zur Regierung bekäme, so wäre die ganze Einrichtung von jener eines Wahlreichs nicht wesentlich verschieden.

Auch in einem Patrimonialreiche kann das Recht, den Nachfolger in der Regierung zu be-

stimmen, nicht unbedingt dem Regenten übertragen seyn. Dafs das von ihm zu wählende Individuum der Regierung fähig seyn müsse, versteht sich von selbst; es können aber auch noch durch die Grundgesetze des Reichs besondere Rücksichten bestimmt seyn, an die sich der Oberherr bey der Wahl halten mufs.

15.

Nur dem Oberherrn in der Monarchie und Aristokratie kann das Regierungsrecht auf seine ganze Lebenszeit übertragen seyn. Nothwendig ist es aber nicht.

- 1) Es widerspricht weder der Natur der Monarchie noch der einer Aristokratie, dafs der Monarch, oder der Optimat nur für eine gewisse Zeit gewählt sey. Denn das Charakteristische der monarchischen und aristokratischen Verfassung liegt nicht in der Lebenslänglichkeit des Rechtes zu regieren, und an der Regierung Theil zu nehmen, sondern in der unbedingten Entscheidung, in Staatsangelegenheiten, welche damit verknüpft ist.
- 2) In der Demokratie folgt der beständige Wechsel der Repräsentanten des Volks aus der Natur der Regierungsform selbst, welche bey einer permanenten Repräsentation ihren Charakter verliert. Lebenslänglichkeit der Theilnahme

an der Regierung würde der Natur der demokratischen Verfassung widersprechen. Hier wird sie nur auf eine einzelne bestimmte oder erst nachher zu bestimmende Zeit übertragen. Geschieht es auf eine erst nachher zu bestimmende Zeit, so behält sich die Gemeinheit das Recht vor, das Recht der Theilnahme an der Regierung nach ihrem Gutdünken aufzukündigen. Diefs muß indessen nur so möglich seyn, daß der Oberherr durch die Vorbehaltung jenes Rechtes nicht in seinen Leistungen für den Staat gehindert werde. Welche Einrichtungen zu diesem Behufe getroffen werden müssen, ist ein Problem für die Politik.

16.

*Die Unterthanen dürfen dem, nach den Grundgesetzen des Staats rechtmässig *) regierenden Oberherrn das Regierungsrecht, einseitig nicht entziehen, selbst nicht wenn sie ihm Unklugheit in seinen Verfügungen erweisen können. Im Falle sie es thun, darf er alle ihm mögliche Mittel anwenden, um sie sich wieder zu unterwerfen, darf sich eine Gegenparthey bilden, auswärtige Verbindungen ein-*

*) Was es heiße: *rechtmässig regieren* ist im I. Th. S. 152. §. 4. u. ff. bestimmt worden.

gehen, das in seiner Gewalt befindliche Staatsvermögen zu seinem Zwecke anwenden u. s. w.

Dies folgt ohne Umschweif aus dem Unterwerfungsvertrage, welcher außerdem ganz widersinnig wäre. Mit der Uebertragung des Regierungsrechtes bekommt der Oberherr zugleich die Befugniß zu allen Gewaltmitteln, durch die er sich im Falle des Bruchs des Vertrags von Seiten der Unterthanen, den Besitz der Regierung erhalten oder vindiciren kann, und die Unterthanen versprechen ihm in dieser Hinsicht, mit fester Treue an dem Vertrage zu halten, auf welchem seine Oberherrschaft ruht.

Anm. 1. Unterthanen, welche einem nach den Grundgesetzen des Staats rechtmässig regierenden Oberherrn den Gehorsam im Allgemeinen, oder im Einzelnen versagen, sind *Rebellen*. Selbst, wenn Alle es thun, sind sie darum nicht weniger *Rebellen*, und der rechtmässigen Gewalt des Oberherrn ausgesetzt. Er darf also in diesem Fall allerdings eine Verbindung mit einem andern Volke eingehn, um seine Unterthanen zum Gehorsam zurück zu bringen.

Anm. 2. Man kann unstreitig sogar sagen, der Oberherr habe in solchen Fällen *Pflicht*, die ihm möglichen Gewaltmittel gegen die Unterthanen anzuwenden. Dringen wir nur tiefer in die Natur des Unterwerfungsvertrags ein, um

uns zu überzeugen, daß es wirklich in dem Versprechen des die Uebertragung der Regierung annehmenden Oberherrn zugleich mit liegt, daß er im Fall des einseitigen Bruchs des Vertrags durch die Unterthanen, ihnen, als eine Leistung für den Staat angelobe, sie durch Gewalt zu ihrem ersten Entschlusse zurückzubringen. Daß die Bevollmächtigung des Oberherrn so weit reicht, ist so wenig der Vernunft und der Würde der menschlichen Natur entgegen, daß vielmehr es widersinnig und thöricht seyn würde, wenn sie dem Oberherrn das Regierungsrecht, aber ohne das Recht, sich im Besitz desselben zu behaupten, übertrügen.

Anm. 3. Diejenigen, welche Sätze dieser Art hart finden, drücken dadurch die Wahrheit aus, daß Festigkeit des Entschlusses, Staat zu unterhalten, nothwendig mit großer Aufopferung und einer Richtung auf einen einzigen Zweck verknüpft ist, bey welcher der Mensch diejenigen Zwecke aufgeben muß, welche jenem Zwecke widersprechen. Wenn sie aber solche Sätze sogar entehrend für die Menschheit nennen, so zeigen sie damit, daß sie den Vortheil der Menschheit sehr wenig verstehen und das Glück und die Würde derselben in eine Ungebundenheit setzen, bey welcher feststehende, und zuverlässige bürgerliche Verfassungen gar nicht möglich sind. Möchten sie doch lieber so redlich und konse-

quent seyn, ihre Grundmeynung gerade heraus zu sagen, und den Staat für eine geringfügige Einrichtung zu erklären, die allenfalls jeder Generation zum Spiele dienen könne. Möchten sie offenherzig gestehen, daß der Staatsvertrag nach ihrer Theorie vor allen Verträgen das Eigene hat, daß Versprechen und Annahme widersinnig seyn können, und daß die Menschheit eben durch diesen Widersinn ihre Würde behauptet.

17.

Der Oberherr darf in keiner Regierungsform die Regierung einseitig niederlegen; nur wenn die Unterthanen ihrer Seits ihm die Vollziehung seiner Pflichten unmöglich machen, darf er es; wenn er aus andern Ursachen zu den Geschäften der Regierung unfähig wird, muß er es.

18.

Die Verbindlichkeit des Oberherrn für die Regierung, und der Unterthanen zum Gehorsam (§. 4. §. 5. §. 6. I. Th. S. 152. u. ff.) ist in allen Hauptformen der Regierung gleich.

Fälschlich bilden sich Viele ein, das Band zwischen Oberherrn und Unterthanen sey in der demokratischen Verfassung lockrer, als in der monarchischen. Das Volk in der Demokratie

kratie muß dem Inbegrif seiner Repräsentanten eben so unbedingt gehoramen, als das monarchisch regierte Volk seinem Monarchen. Außerdem wäre die Demokratie gar kein Staat zu nennen. Die Repräsentanten sind aber auch ihrer seits eben so streng verpflichtet, ihrer Bevollmächtigung gemäß in der Theilnahme an der Regierung zu beharren. Weder Einzelne, noch Alle dürfen einseitig zurücktreten.

19.

Auch die Bedingungen, unter welchen der Oberherr sich der Regierung entziehen darf, oder muß, (§. 13.) sind in allen Hauptformen der Regierung gleich. Dasselbe gilt von den Umständen, unter welchen die Unterthanen dem Oberherrn den Gehorsam verweigern und Widerstand leisten dürfen.

Sobald die Unterthanen dem Oberherrn die Regierung unmöglich machen, so darf er in der Demokratie sowohl als in der Aristokratie und Monarchie die Regierung niederlegen, darf es, wiefern die Unterthanen die Pflicht haben, ihn nicht zu etwas zu zwingen, was er vernünftiger Weise bey Uebernahme der Regierung nicht versprechen konnte. Uebrigens kann es für ihn nach seinem Gewissen Pflicht seyn, das Aeufferste zu versuchen, um die Unterthanen zum Gehorsam zurückzubringen.

Sobald der Oberherr seinerseits den Vertrag bricht, und die Grundgesetze der Gesellschaft verletzt, sind die Unterthanen in allen Formen der Regierung ihrer Verbindlichkeit zum Gehorsam entledigt. Denn durch Handlungen dieser Art verliert er den Charakter des Oberherrn, wiefern die Unterthanen in Beziehung auf solche keinen Gehorsam versprochen haben. Will er nach solchen Handlungen Zwang gegen die vormahligen Unterthanen ausüben, so dürfen ihn diese als Feind ansehen, und alle Mittel anwenden, wodurch der Mensch sich vor einem Feinde in Sicherheit setzen kann.

Es ist unstreitig Vertragsbruch, wenn der Oberherr willkürlich gegen die Form der Regierung handelt. Dies kann in der Demokratie auf mannigfaltige Weise versteckter geschehen, als in den übrigen Verfassungen, und ist eben deswegen ein Hauptgrund, weshalb man jene Verfassung für die am wenigsten zuverlässige erklären muß. Der Geist des Demokratismus besteht darin, daß eine verhältnismäßige Anzahl frey gewählter Repräsentanten des Volkes ihre Urtheile und Vorschläge in Beziehung auf die Angelegenheiten des Staats zusammenhalte, und durch eine von keinem Privatinteresse gemisleitete Würdigung derselben denjenigen Beschluss finde, den man mit der höchsten hier möglichen Wahrscheinlichkeit für das allgemeine Wollen der Bürger halten kann.

Die Bürger unterwerfen sich der Versammlung der Repräsentanten, nur unter der zuversichtlichen Voraussetzung, daß alle ihre Beschlüsse in diesem Geiste gegeben seyn werden.

Nun können sie freylich nicht in die Herzen ihrer Repräsentanten eindringen, um die Reinheit ihres Patriotismus zu berechnen, aber es giebt Thatfachen, durch welche das Volk mit Gewissheit anerkennt, daß seine Repräsentanten nicht im Geiste des Demokratismus handeln, sondern der demokratischen Form eine andre unterschieben, nach der das Volk nicht regiert seyn will, also das Volk betrügen. Eine solche Thatfache ist, wenn ein Repräsentant, oder eine Mehrheit einstimmiger Repräsentanten durch ihre Macht die Furcht der übrigen Versammlung erregen, und dadurch die Meynungen und Stimmen der Uebrigen beherrschen, oder wenn ein beredtsamer Sophist nach seiner Willkühr und Privatinteresse sich der Urtheilskraft und Ueberzeugung der Uebrigen bemächtigt. In solchen Fällen kann es dem Volke nicht entgehen, daß es eigentlich gar nicht demokratisch regiert wird, indem ein Theil seiner Repräsentanten herrscht, und die übrigen sklavisch gehorchen oder, schwach genug, nachgeben. Die Beschlüsse einer unter solchen Umständen regierenden Versammlung der Repräsentanten können nicht angesehen werden, als die

wahrscheinlichsten Resultate des allgemeinen Wollens, sie sind Wirkungen eines Despotism, den eine furchtbare Macht, oder eine listige Redekunst *) ausübt. Das Volk kann eine so regierende Versammlung nicht für ihren Oberherrn anerkennen; und verweigert ihr mit Recht den Gehorsam **).

20.

Wenn der Oberherr sich durch Bruch des Vertrags, durch Angriffe auf die Gesellschaft und ihre Verfassung als Feind zeigt, so hat die Gesellschaft gegen ihn das Recht des Beleidigten in seiner Unendlichkeit.

*) Von dieser Redekunst sagt Hobbes: *Eloquentiae munus est, bonum et malum, utile et inutile, honestum et inhonestum facere apparere maiora, vel minora, quam reuera sunt, et iustum videri, quod iniustum est, prout ad finem dicentis videbitur conducere. — Neque est hoc hominis, sed ipsius eloquentiae vitium, cuius finis non veritas est (nisi per accidens,) sed victoria, et munus, non docere, sed suadere.*

**) Da Fälle dieser Art sehr häufig vorkommen können, und eben deshalb das Volk in beständiger Furcht seyn muß, als entrisse man ihm in Geheim seine Verfassung, und regiere es in einer andern Form, als die es will, so ist Unzuverlässigkeit mit jeder Demokratie unausbleiblich verknüpft.

Dafs dieses Recht auch die Befugnis zu tödten enthalte, wiefern dieß das einzige Mittel der Sicherung der Gesellschaft ist, bedarf keines besondern Beweises. In diesem Falle wird kein Oberherr getödtet, (denn dieß darf nie geschehn;) sondern ein Mensch, der Oberherr seyn sollte, sich aber Statt dessen als Feind zeigte.

21.

Hat der Oberherr die Regierung rechtmäßig niedergelegt, so hängt das Verhältnis, in welches er dann gegen den Staat tritt, entweder von denen im Verfassungs- und Unterwerfungsvertrage ausgemachten Bestimmungen, oder, wenn solche nicht vorhanden sind, von dem Beschlusse der Gemeinheit und seiner eignen Willkühr ab. Die Gemeinheit darf bestimmen, ob er als Bürger, oder Beywohner im Staate bleiben dürfe, oder nicht, und er selbst darf seinen freyen Entschluß fassen, ob er sich des erlaubten Beytrittes zum Staate bedienen, oder ihn verlassen wolle. So wenig als die Gemeinheit ihn zwingen kann, im Staate zu bleiben, so wenig kann er das Recht haben, sich demselben aufzudringen.

Der Oberherr ist nach rechtmäßiger Niederlegung der Regierung für die während derselben in Gemäßheit der Grundgesetze der Gesellschaft unternommenen Handlungen, nicht verantwortlich, und kann demnach auch wegen ihrer nicht zu Ersatz oder Strafe gezwungen werden.

Anm. Die abgegangene Repräsentantenversammlung in der Demokratie ist eben so wenig responsible für die Verfügungen, die sie den Grundgesetzen und der Regierungsform gemäß getroffen hat. Am allerwenigsten können die einzelnen, welche solche Verfügungen vollzogen haben, nachher zur Rechenschaft gefordert werden. Etwas anders ist es, wenn sie denen von ihren Committenten erhaltenen Instruktionen entgegen gehandelt haben.

III.

Allgemeine Bemerkungen über die im vorigen Abschnitte (I. Th. S. 80 — 2 Th. S. 22.) entwickelten Grundverträge.

I.

Die bisher entwickelten drey Veträge müssen zugleich als Ideen, welche für jeden Staat allgemein gültig sind, und als Thatfachen, die jedem Staate in der wirklichen Welt zum Grunde liegen, angesehen werden.

1. Sie sind *Ideen*, welche die Bedingungen ausdrücken, unter welchen allein die Willen der einzelnen Menschen, als *vernünftiger Wesen*, zur Einheit eines allgemeinen, auf den Zweck der Sicherung aller Rechte, gehenden Willens zusammenstimmen, in ihr beharren und ihr unterworfen seyn können; die unnachlässlichen Bedingungen der Vernunft- und Rechtmäßigkeit der Form einer Verbindung zur Sicherung der Freyheit aller Mitglieder durch gemeinschaftliche Verwendung ihrer Kräfte. Sie bestimmen, welche Versprechen gegeben und angenommen werden *müssen*, und, welche Versprechen auf keinen Fall gegeben und angenommen werden können, wenn nicht die Würde vernünftiger Wesen verletzt werden soll. „Der gesellschaft-

liche Vertrag, sagt Kant in seiner der Berlinischen Monatschrift einverleibten Abhandl. über den Gemeinspruch, es sey etwas in der Theorie richtig, taue aber nicht für die Praxis: ist eine bloße *Idee* der Vernunft, die aber ihre unbezweifelte praktische Realität hat, nemlich jeden Gesetzgeber zu verbinden, daß er seine Gesetze so gebe, als sie aus dem vereinigten Willen eines ganzen Volkes haben entspringen können.“

Diese Ideen dürfen aber nicht als Prinzipien der bloßen Zweckmäßigkeit angesehen werden, sondern als Prinzipien einer den Gesetzen der moralischen Vernunft, und der Würde moralischer Wesen völlig conformen Zweckmäßigkeit. Sie sind diessernach nicht empirischen Ursprungs, obwohl sie sich auf die Realisirung eines äußern Zweckes beziehen, denn sie beziehen sich nicht auf die unbedingte, sondern auf die den praktischen Prinzipien der Vernunft, welche *a priori* feststehen, angemessene Realisirung desselben.

2. Allein diese Verträge sind zugleich auch *That-
sachen*, welche jedem Staate in der wirklichen Welt zum Grunde liegen. Jeder Mensch, der je in einen Staat trat, mußte, um sich als Bürger eines Staats zu denken, die unnachlässlichen Bedingungen der Vernunft- und Rechtmäßigkeit der Form einer Verbindung zur Sicherung der Freyheit aller Mitglieder durch gemeinschaftli-

che Verwendung ihrer Kräfte, vor Augen haben; jeder Oberherr, der die Regierung eines Staates übernahm, dergleichen. Wenn also auch Oberherr und Unterthanen sich das Bewußtseyn dieser Bedingungen, und die Anerkennung der davon abhängigen Verbindlichkeiten nicht *ausdrücklich* erklärten, so setzt dennoch ihr gemeinschaftliches Zusammenwirken für den Zweck des Staates nach einer bestimmten Einrichtung ein Einverständniß ihrer Willen über jene Bedingungen voraus; und dieses Einverständniß ist als ein stillschweigender Vertrag anzusehn *). Keine Verbindung, die jenen Bedingungen widerspricht, keine Verbindung, in welcher jene Bedingungen aufgegeben werden müssen, wenn man soll Mitglied seyn können, ist ein wahrer *Staat*, wenn sie auch in der wirklichen Welt so hiesse. Verbindungen, in denen sie nur zum Theil aufgegeben werden müssen, sind nur Analoga des *Staats*.

2.

Wenn eine bürgerliche Gesellschaft denen in den Grundverträgen ausgedrückten Bedin-

- *) *Stillschweigende Verträge* sind im Grunde den *ausdrücklichen* gleich; der Unterschied liegt nur darin, daß sie nicht durch Zeichen, sondern durch Handlungen der Paciscenten erkannt werden, die ohne eine solche Vereinigung des Willens, wie sie das Wesen eines Vertrags ausmacht, nicht möglich wären.

gungen angemessen ist, so hebt die Entstehung derselben durch unrechtmäßige Uebermähtigung die Verbindlichkeit der Unterthanen gegen den Oberherrn nicht auf.

3.

Die Form einer bürgerlichen Gesellschaft, in welcher die Willkühr des Oberherrn durch keine Grundgesetze eingeschränkt ist, heisst eine Despotie.

Einer Despotie kann sich ein vernünftiges Wesen nur mit der sich von selbst verstehenden Bedingung unterordnen, daß der Oberherr, unerachtet seiner absoluten äussern Unumschränktheit, dennoch nichts gebiethe, was den Gesetzen der moralischen Vernunft widerspricht. Unter dieser stillschweigenden Bedingung aber, kann es, seiner Würde unbeschadet, Mitglied einer Despotie seyn, und ist durch seinen freyen oder äusserlich erzwungenen Beytritt verpflichtet, allen Gebothe des Oberherrn zu gehorchen, welche sich mit der Persönlichkeit und Moralität vertragen. Der Despot darf nicht nur die Mittel für den Zweck der Gesellschaft wählen, die ihm belieben, sondern auch die Mitglieder zu Leistungen zwingen, die sich blos auf seine Privatzwecke beziehen *). Jedoch

*) Diefs ist einer der Hauptunterschiede des Staats und der Despotie. Der Bürger leistet schlechterdings nur

darf durch die Forderung solcher Leistungen die Erreichung des Zweckes, wegen dessen die Mitglieder in der Gesellschaft sind, nicht für sie unmöglich werden. Wenn der Despot diese Gränze überschreitet, dann ist er *Tyrann*, und seine Unterthanen sind ihrer Verbindlichkeit gegen ihn entledigt. Will er sie gewaltsam zum Gehorsam zurückbringen, so haben sie das volle Recht, sich gegen ihn ins unendliche fort zu vertheidigen.

4.

Eine Gesellschaft von Bürgern, welche sich über besondere von dem Staate, zu welchem sie gehören, unabhängige Mittel zur Sicherung der äußern Rechte verbindet, und sich nach Privatgesetzen organisirt, ist ein Staat im Staate.

für den Zweck des Staates, der Unterthan des Despoten muß auch für die Person des Oberherrn leisten, wenn er es befiehlt, ohne den Zusammenhang dieser Leistung mit dem Zwecke des Staates einzusehn. Der Despot kann diese Dienste als von ihm beliebte Gegenleistungen für das Geschäft der Verwaltung und Regierung der Gesellschaft ansehen.

Den Unterthanen des Despoten kann man *Sklaven* nennen; aber keinesweges, ohne Widersinn, den Bürger eines Staats.

5.

Es widerspricht den Grundverträgen, einen Staat im Staate zu bilden. Der Oberherr ist durch seine Regierungspflicht verbunden, jeden solchen aufzuheben.

6.

Eine Gesellschaft von Bürgern, welche sich nach Privatverträgen und Gesetzen vereinigt, um auf den Fall, dass der Oberherr rechtswidrig oder unweise regierte, die Rechte der Bürger und ihre Wohlfarth mit Gewalt zu schützen, ist ein Staat über dem Staate. Auch ein solcher widerspricht den Grundverträgen, und der Oberherr hat die Pflicht, ihn aufzuheben.

Anm. Der Inhalt dieser beyden Sätze, 5. 6. paßt auf alle Formen der Regierung. Auch die demokratische Form schließt den Staat im Staate und den Staat über dem Staate schlechterdings aus. Ein Beyspiel einer Verbindung der letztern Art haben gewissermaassen die Jakobiner in Frankreich gegeben, und sind deshalb mit Recht vernichtet worden.

7.

Es kann überhaupt im Staate ohne die Zulassung des Oberherrn keine besondre recht-

liche Gesellschaft existiren, und eine jede, welche von ihm zugelassen wird, ist dem Staate untergeordnet, und die von ihr herrührenden Verbindlichkeiten stehen jederzeit den Verbindlichkeiten für den Staat nach.

8.

Wenn in einem Staate eine Kirche ist, so ist sie dem Staate untergeordnet, und die Pflichten für sie stehen den Pflichten für den Staat jederzeit nach.

Ann. Nämlich nach dem richtigen Begriffe der Kirche, als einer rechtlichen Gesellschaft können sich die in ihr gegründeten Pflichten nur beziehen: auf gewisse Mittel, religiöse Ueberzeugung und Aufklärung, religiöse Stimmung und Gefühl zu befördern und anzuwenden, auf die Theilnahme an einer gewissen Art äußerer Gottesverehrung in Gemälsheit einer ihr entsprechenden Ueberzeugung, auf die Mittel der Bildung und Unterhaltung der sich darauf beziehenden Anstalten, und die darin Statt findende Anordnung. Diese Pflichten können aber sämmtlich in Collision mit Pflichten für den Staat, nachstehen, ohne das Gewissen zu verletzen.

V.

Uebergang zum Folgenden.

1.

In denen im dritten Abschnitte entwickelten Verträgen aller bürgerlichen Gesellschaft ist schon, den Principien nach das ganze allgemeine Staatsrecht enthalten, und es bleibt nur noch die Betrachtung der einzelnen Gewalten des Oberherrn, welche im Regierungsrechte begriffen sind, und die ihm entsprechenden Verbindlichkeiten der Bürger übrig. Auch diese ganze Betrachtung ruht auf der Theorie der Grundverträge.

2.

*Der Inbegrif aller Pflichten, welche dem Oberherrn nach dem Unterwerfungsvertrage in Beziehung auf den Zweck des Staates zukommen, heisst, inwiefern mit jeder derselben die Pflicht, im Fall der Nothwendigkeit die Ausübung davon durch gewaltsame Mittel zu unterstützen verknüpft ist, und diesen Pflichten von Seiten der Unterthanen die Pflicht des unbedingten Gehorsams entspricht, die höchste Gewalt (auch Maiestät, Souveränität, *summa potestas, potestas civilis, imperium civile*).*

Anm. 1. Man kann nicht füglich sagen, daß die höchste Gewalt *Rechte* befasse. Denn da mit einem Rechte allezeit bloß die *Möglichkeit* es geltend zu machen verknüpft ist, wobey es der Willkühr des Rechthabenden überlassen bleibt, ob er es durchsetzen will oder nicht, dem Oberherrn aber nach dem Unterwerfungsvertrage keine bloße *Möglichkeit*, sondern die *Nothwendigkeit* zusteht, das sogenannte Regierungsrecht in jedem Falle geltend zu machen; so ist es sehr evident, daß in der höchsten Gewalt lauter *Pflichten* liegen, und der Begriff des Rechthabens für den Oberherrn verschwindet *).

Es würde dieß gewiß längst schon bemerkt worden seyn, wenn man den Begriff des *Rechtes* gehörig abgeleitet, bestimmt und rein gefaßt hätte.

Anm. 2. Wiefern der Oberherr in gewissen, oder in allen Theilen der höchsten Gewalt von einer höhern Entscheidung abhängig ist, nennt man seine Oberherrschaft *abhängig* (*imperium subor-*

*) Durch einen Vertrag entstehen dann lauter Pflichten, wenn die Paciscenten einander außer der Leistung auch die unausbleibliche Erzwingung der Leistung versprechen. Dann vernichtet der Wille derselben selbst die mit dem Rechte verknüpfte Willkühr; es hängt nicht von einem indifferenten Belieben der Theilnehmer ab, ob sie einander im Fall der Weigerung zwingen wollen, oder nicht, sondern sie sind verpflichtet, es zu thun,

dinatum, im Gegensatze der *unabhängigen*, imperii summi;) wiefern er die Oberherrschaft nicht allein besitzt, sondern mit einem oder mehreren andern theilt, nennt man sie eine *getheilte* Oberherrschaft; [(imperium diuisum, im Gegensatze der *ungetheilten*, indiuisi) wiefern er die höchste Gewalt nicht nach allen ihren Bestandtheilen besitzt, nennt man seine Oberherrschaft *unvollständig*; (imperium minus plenum, im Gegensatz der *vollständigen*, pleni).

3.

Da die höchste Gewalt sich auf mehrere bestimmte Arten, und in Beziehung auf verschiedene Gegenstände äußert; so theilt man sie in mehrere einzelne Gewalten.

4.

Jede einzelne in der höchsten Gewalt begriffene Gewalt ist eine dem Oberherrn nach dem Unterwerfungsvertrage zukommende Pflicht, ein gewisses Mittel für den Zweck des Staates anzuwenden, verknüpft mit der Pflicht, die Anwendung des Mittels im Fall eines Widerstandes gewaltsam durchzusetzen,

Anm. Die Ausdrücke: *Gewalten, Majestätsrechte, Regierungsrechte, Hoheiten, Regalien* sind im allgemeinen Staatsrechte synonymisch.

5.

Denen Gewalten des Oberherrn entsprechen durchaus Verbindlichkeiten von Seiten der Unterthanen. Die Auseinandersetzung jener Gewalten und dieser Verbindlichkeiten ist der Gegenstand der folgenden Untersuchungen, welche diesemnach in zwey Hauptabschnitte zerfallen, wovon: 1) der eine die nothwendigen Leistungen des Oberherrn für den Zweck des Staates angiebt, und die höchste Gewalt nach denen darinn enthaltenen einzelnen Gewalten entwickelt; 2) der zweyte die Pflichten der Unterthanen, der höchsten Gewalt Gehorsam zu leisten, und die rechtmäßige Ausübung derselben zu fordern, darstellt.

VI.

Nothwendige Leistungen des Oberherrn für den Zweck des Staates; Entwicklung der höchsten Gewalt nach denen darinn enthaltenen einzelnen verschiedenen Gewalten.

§. 1.

I. In Rücksicht der Seelenvermögen, welche bey dem Geschäfte der Regierung wirksam seyn müssen, theilt man die Gewalten in a) das Recht der Aufsicht *); b) das Recht der Gesetzgebung **); c) das Recht der Beurtheilung ***); d) das Recht der Vollstreckung ****).

I. Alle diese sogenannten Rechte sind keine, sondern Pflichten, man möge sie nun aus dem Gesichtspunkte des Oberherrn oder der Unterthanen betrachten. Berechtigt ist der Oberherr nur in Beziehung auf die Art und Weise, wie er diese Pflichten erfüllt; vor seinem eignen Gewissen ist er freylich auch hierin verpflichtet, aber in Rücksicht der Unterthanen, die ihm un-

*) Ius inspectionis, potestas inspectoria.

**) Potestas legislativa, s. rectoria.

***) Ius subsumtionis.

****) Potestas executiva.

bedingten Gehorsam schuldig sind, *berechtigt*, so oder so zu handeln.

1. Alle diese sogenannten Rechte setzen voraus, *die Pflicht der Einsicht*, d. h. die Pflicht, die Verfassung des Staates, und alle seine bleibenden Verhältnisse vollständig, bestimmt und deutlich zu kennen. Man übergeht diese Pflicht nicht deshalb, weil ihr von Seiten der Unterthanen keine zwangsrechtliche Forderung entspräche, sondern, weil sie sich von selbst versteht, und eines besondern Beweises eben so wenig bedarf, als einer umständlichen Auseinandersetzung.

2. Diese Gewalten kann man nicht etwa, wie Manche sich ausdrücken, mit den vier Gemüthskräften des einzelnen Menschen, dem Verstande, der Vernunft, der Urtheilskraft und dem Willen vergleichen, sondern sie sind wirklich selbst nichts anders, als Verbindlichkeiten, diese Kräfte für den Zweck des Staates auf bestimmte Weise zu äußern.

A.

Auffehende Gewalt.

1.

Die *Auffehende Gewalt* ist die dem Oberherrn nach dem Unterwerfungsvertrage zustehende Pflicht, sich in jedem Zeitpunkte seiner Regierung die möglichst vollständige und genaue Kenntniss des Zustandes des Staates und seiner wesentlichen Theile zu erwerben.

2.

Der Oberherr muss, um diese Kenntniss zu erlangen, alle zweckmäßige Mittel anwenden, durch welche die dem Bürger im Staate zukommende Freyheit nicht rechtswidrig eingeschränkt wird.

3.

Die *auffehende Gewalt* äußert sich im allgemeinen unter allen Umständen des Staats, (*allgemeine auffehende Gewalt* *) oder unter besonders zufälligen Umständen, welche, wegen ihrer Beziehung auf das Wohl des Staats die Aufmerksamkeit des Oberherrn erregen, (*spe-*

*) Potestas inspectoria vniuersalis.

cielle aufsehende Gewalt *). In der Anwendung dieser beyden Gewalten muss der Oberherr so weit gehen als er kann, und darf; er darf aber jede Maasregel gebrauchen, wodurch keinem Bürger ein Unrecht geschieht (§. 3.)

4.

Die allgemeine aufsehende Gewalt betrifft entweder das Verhältniss des Staats zu den Staaten und Menschen ausser ihm **), oder den Zustand des Staats, wiefern er vom Territorium, Vermögen, Kräften desselben, ja von den Gesinnungen, Sitten, Handlungen der Bürger abhängt ***).

5.

Nach der allgemeinen aufsehenden Gewalt in Beziehung auf Auswärtige, muss der Oberherr alle rechtmässige Mittel anwenden, um eine vollständige, bestimmte und wahre Kenntnis des Verhältnisses des Staates zu denjenigen Staaten und Menschen ausser ihm zu bekommen, mit denen er in einem gewissen Zusammenhange steht. Solche Mittel sind aber

*) Potestas inspectoria specialis.

** Potestas inspectoria vniuersalis transeuns.

*** Potestas inspectoria vniuersalis immanens.

dann rechtmäßig, wenn dadurch weder die Rechte seiner Unterthanen, noch die der Auswärtigen verletzt werden.

1. Der Oberherr ist diesemnach verpflichtet, Erkundigung einzuziehen, z. B. von den Gesinnungen der Oberherrn anderer Staaten gegen den seinigen, von ihrer Stärke, ihren Verbindungen, ihren Gütern, ihren Handelsverhältnissen u. dergl. wiefern nämlich die Bekanntschaft damit eine Bedingung weiser und zweckmäßiger Regierung ist.
2. Da er selbst die dazu gehörigen Geschäfte nicht unternehmen kann, so ist er verpflichtet, Bürger dazu anzuordnen. Bey dieser Verpflichtung darf er sie aber keinesweges wider ihren Willen zu pflichtwidrigen Maasregeln, und einem mit Rechtschaffenheit und sittlicher Wahrheit unvereinbaren Betragen zwingen, eben so wenig von ihnen fordern, daß sie mit Gefahr ihres Lebens oder ihrer Güter andre Staaten auskundschaften.
3. Der Oberherr hat kein Recht von auswärtigen Staaten zu fordern, daß sie seine Veranstaltungen zu diesen Zwecke innerhalb ihres Gebiethes zulassen. Jeder Staat hat das Recht, seinen Zustand und seine Verhältnisse den Auswärtigen zu verbergen, und ihre Zudringlichkeiten mit Gewalt zurückzuweisen. Wenn man also Personen, die auf Befehl des Oberherrn eines andern

Staats, einen Staat auskundschaften, den Aufenthalt nicht verflattet, so geschieht ihnen kein Unrecht.

4. Eine Auskundschaftung dieser Art liegt nicht in der Bevollmächtigung eines Gesandten, und ein Staat darf einen Gesandten entfernen, wenn er gegen dessen Willen seine innre Lage, und Angelegenheiten ausforscht, und seinem Oberherrn oder seiner Nation schildert.

6.

Zufolge der allgemeinen aufsehenden Gewalt in Beziehung auf das Innere des Staates und die Einheimischen, hat der Oberherr die Pflicht, alle rechtmäßige Mittel anzuwenden, um den Zustand des Staates, wiefern er von seinen eignen Kräften, dem Verhältnisse und Verhalten der Bürger gegen ihn abhängt, kennen zu lernen. Da dem Oberherrn in dieser Beziehung nichts unwichtig scheinen darf, was Einfluss auf das Ganze haben kann, und es von seiner Urtheilskraft abhängt, darüber zu entscheiden, so darf er in der Ausübung jener Pflicht so weit gehen, als es ihm nöthig scheint.

1. Unstreitig geht diese Pflicht nicht bloß auf Vermögen, Kräfte, Handlungen der Unterthanen,

sondern auch auf ihre Gefinnungen, ihr Privatleben, ihre Sitten.

2. Nur darf der Oberherr in keiner Rücksicht eine Maasregel befolgen, durch welche die bürgerliche Freyheit der Unterthanen eingeschränkt, oder, welches am Ende auf dasselbe hinauskommt, ihre bürgerliche Ehre gekränkt wird. Gegen jede solche Maasregel darf der Unterthan sich durch alle mögliche rechtmäßige Mittel sichern *)

3. In vielen Fällen kollidirt hierbey die Pflicht des Oberherrn, mit dem Rechte der Unterthanen, selbst, wenn dem Unterthanen durch die Maasregeln des Oberherrn kein Unrecht geschieht. Der Oberherr schickt z. B. Emissars an öffentliche Oerter, um die Räsonnements der Bürger zu beobachten. Er darf diess unstreitig; allein die Bürger dürfen auch alle Anstalten treffen,

*) Ich kann es, als Unterthan, dem Oberherrn nicht verargen, wenn er Spione anstellt, um die Unterthanen zu beobachten, vielmehr sehe ich den Zusammenhang dieser Verfügung mit dem Wohle des Staates ein. Der Oberherr kann mich aber seinerseits nicht des Ungehorsams und der Verletzung bürgerlicher Pflicht bezüchtigen, wenn ich seinen Spion, wenn er sich mir wider meinen Willen aufdringt, zum Hause hinauswerfe. Die Schande, welche mit dieser Behandlung verknüpft ist, betrifft nicht den Oberherrn, dessen Maasregel ich verehere, sondern das Individuum, welches sich gerade dazu brauchen läßt.

damit jene Emiffairs kein Wort hören; oder den Ort verlassen.

7.

Nach der speziellen aufsehenden Gewalt in Beziehung auf das Ausland, ist der Oberherr verpflichtet, alle rechtmäßige Mittel zu brauchen, um einzelne Verfügungen und Handlungen der Oberherrn anderer Staaten zu erfahren, welche sich auf seinen Staat zu beziehen scheinen, und wegen derselben von diesen Oberherrn bestimmte Erklärung zu fordern.

Beyspiel: kriegerische Rüstung, Zusammenziehung einer Armee an die Grenze, Beschränkung oder Aufhebung der Handelsgemeinschaft.

8.

Nach der speciellen aufsehenden Gewalt in Beziehung auf das Innre und die Einheimischen, ist der Oberherr verpflichtet, alle rechtmäßige Mittel anzuwenden, wodurch er einzelne für den Staat unmittelbar oder mittelbar gefährliche Vorfälle und Handlungen der Unterthanen erfahren kann. Gegen Verdächtige ist er verpflichtet, alle rechtmäßige Mittel anzuwenden, um sich von der Wahrheit zu unterrichten.

Es ist keine der leichtesten Fragen: *welche Verfügungen in Beziehung auf Verdächtige im Staate vollkommen rechtmäßig seyn können, und welche Behandlung des Verdächtigen selbst rechtmäßig seyn könne.*

Eine Person ist *verdächtig*, wenn die Gründe, nach welchen man sie als Thäter einer Handlung annehmen kann, die Gründe des Gegentheils überwiegen. Die Gründe eines Verdachtes sind Umstände, durch welche ein vernünftiger Schluss auf eine That möglich ist. Umstände dieser Art sind entweder solche, welche man als *Ursachen* der That vernünftiger Weise ansehen kann, oder solche, die man vernünftiger Weise als *mit der That verknüpft* annehmen kann, oder endlich solche, die sich vernünftiger Weise als *Folgen* derselben ansehen lassen. Je geringer die Möglichkeit ist, sich einen solchen Umstand ohne Zusammenhang mit der That zu denken, um so triftiger ist der Grund, und je mehrere Umstände von jeder Art sich vereinigen, um so vollkommener ist die Wahrscheinlichkeit.

Jede *verdächtige* Person muß sich einer ihrer wegen anzustellenden Untersuchung, und derjenigen Behandlung unterwerfen, ohne welche die Untersuchung nicht möglich ist. Diese Behandlung steht im Verhältnisse gegen die Wichtigkeit der That, auf welche sich der Verdacht

bezieht und den Grad von Wahrscheinlichkeit, auf welchem der Verdacht ruht. Kein Bürger wird durch diese Behandlung in seinen Rechten gekränkt, vielmehr muß jeder, wiefern er den Zweck des Staates will, in die Maasregel einstimmen, jeden Verdacht eines Verbrechens zu untersuchen.

Zu dieser Behandlung gehört unstreitig, daß man sich der Person versichre, welche verdächtig ist, und ihre Freyheit bis zur Entscheidung in soweit einschränke, als es nöthig ist, um das Entkommen derselben zu verhindern.

Allein entschieden muß unausbleiblich werden, und zwar für Schuld oder Unschuld *).

*) Kann nicht auch für *bleibende Verdächtigkeit* entschieden werden? Mir scheint dieß rechtswidrig zu seyn. So gewiß auch jeder Bürger in das Gesetz einstimmen muß, daß jeder Verdächtige sich der strengsten Untersuchung und damit verknüpften Behandlung unterwerfe, so wenig kann er in die Maxime einwilligen, daß, wenn ein verdächtiger Bürger, nach der strengsten Untersuchung, keines Verbrechens überwiesen werden können, dennoch die Fortdauer des Verdachtes erklärt werde. Hat man über die Umstände, auf denen der Verdacht ruht, keine zu Hebung desselben zureichende Aufklärung bekommen können, so fordert die Klugheit, in Geheim vorzüglich aufmerksam auf solche zweydeutige Bürger zu seyn, allein sie dürfen nicht öffentlich als fortdauernd verdächtig charakterisirt und dadurch um ihre bürgerliche Ehre gebracht werden.

je nachdem die Untersuchung der Umstände zur Gewissheit über jene oder diese führt. So wie die bürgerliche *Schuld* darinn besteht, daß ein Bürger eines Verbrechens überwiesen worden, so besteht die *bürgerliche Unschuld* darin, daß ein Bürger keines Verbrechens überwiesen worden ist. Diese bürgerliche Unschuld muß öffentlich erklärt werden, wenn der Verdacht eines Verbrechens nicht hat zur Gewissheit gebracht werden können.*).

Daß man also verdächtige Bürger, welche man nach der strengsten Untersuchung nicht schuldig finden konnte, dennoch bis zum Erweise ihrer Unschuld einkerkere, davon scheint das allgemeine Staatsrecht nichts zu wissen, eben so wenig davon, daß man Bürger, die eines zusammengesetzten Verbrechens verdächtig, aber nur von einem Theile desselben überführt sind, wegen des zurückbleibenden Verdachtes härter strafe, als es die Natur des Theils des Verbrechens mit sich bringt, dessen sie überwiesen sind.

- *) Der unschuldig Befundene verliert auf diese Weise nichts von seiner Ehre, denn es ist keine Schande, vom Staate in Verdacht genommen worden zu seyn, wenn es allgemeines Gesetz ist, daß Umstände, welche Verdacht erregen, unausbleiblich Untersuchung nach sich ziehen. Wenn alle, die in einen Zimmer befindlich sind, wo während ihrer Gegenwart etwas gestohlen worden, einwilligen, sich durchsuchen zu lassen, so wird kein Unschuldiger dadurch entehrt, daß man ihn visitirt.

Wenn der unschuldig Befundene durch die Untersuchung und damit verknüpfte Behandlung erweisli-

Die gesetzgebende Gewalt im weitern Sinne, ist die dem Oberherrn zufolge des Unterwerfungsvertrages zukommende Pflicht, den Unterthanen ihr für den Zweck des Staates nothwendiges Thun und Lassen vorzuschreiben, verbunden mit der Pflicht, die Befolgung seiner Vorschriften im Fall der Weigerung zu erzwingen.

Ein Gesetz des Oberherrn im weitern Sinne, ist jede Erklärung dessen, was der Oberherr in Gemäßheit der Grundgesetze der Gesellschaft will, daß es durch die Unterthanen geschehen solle oder nicht. Alle Verfügungen des Oberherrn führen nach diesem Begriffe Gesetz mit sich. Die gesetzgebende Gewalt im weitern Sinne (*potestas rectoria*) begreift unter sich: 1) die anordnende Gewalt; 2) die gesetzgebende Gewalt im engeren Sinne.

1. Die anordnende Gewalt ist die dem Oberherrn zufolge des Unterwerfungsvertrages zukommende Pflicht, die Mittel für die der Verfassung gemäße Verwaltung und Ausführung der Angelegenheiten des Staates zu bestimmen.

chen Schaden hat, so hat er das Recht, Ersatz vom Staate zu fordern; dieser kann nur dadurch verwirkt oder eingeschränkt werden, wenn der unschuldig Befundene den Verdacht selbst willentlich veranlaßt hat.

Die anordnende Gewalt bezieht sich entweder: a) auf das Innre des Staats oder: b) auf das Verhältniß des Staates zu andern Staaten.

- a) *Vermöge der anordnenden Gewalt in Beziehung auf das Innre des Staats* hat der Oberherr α) die Pflicht, Aemter zu errichten, schon errichtete zu besetzen, und über die Beamten Obergewalt zu führen *); β) die Pflicht, die zur Vertheidigung des Staates auf den Fall eines feindlichen Angriffs nothwendigen kriegerischen Anstalten zu treffen, die Armee zu unterhalten, zu organisiren, zu besetzen, Festungen anzulegen, Zeughäuser und Magazine zu unterhalten, u. f. w. γ) die Pflicht, das Staatsvermögen für die Bedürfnisse des Staats zu verwenden, die nothwendigen Beyträge der Unterthanen zu bestimmen **). δ) Die Pflicht Anstalten zu treffen, welche sich theils darauf beziehen, Hindernissen zuvorzukommen, und

*) Die Errichtung eines Amtes, und die Besetzung eines Amtes hat jederzeit gesetzliche Kraft in Beziehung auf die Unterthanen, und es kann deshalb nicht unnatürlich scheinen, daß ich das gewöhnlich sogenannte *Recht* Aemter anzuordnen und zu besetzen zu der gesetzgebenden Gewalt im *weiteren* Sinne rechne.

**) Sowohl die Anordnung der militairischen Verfassung als die der Finanzen hat gesetzliche Kraft für alle Unterthanen, und beyde stehen also unstreitig hier am rechten Orte.

entgegen zu arbeiten durch welche die Erreichung des Zweckes des Staates aufgehalten werden könnte, theils darauf, das Wohlfeyn und die Glückseligkeit der Bürger zu befördern, und zu erhöhen *).

a) *Anordnende Gewalt im Innern des Staates in Beziehung auf Aemter*; (ius munerum ciuiliū, siue publicorum). Nach welchen Prinzipien die Aemter anzuordnen und zu besetzen sind, ist im Verfassungsvertrage enthalten. (Erster Theil. Drittes Kap. S. 121. 122). Alle jenen Prinzipien gemäße Verfügungen des Oberherrn sind für die Unterthanen verbindlich.

In der anordnenden Gewalt in Beziehung auf Aemter ist auch enthalten, die Pflicht, Aemter, welche überflüssig werden, eingehen zu lassen, gewisse Aemter zu gewissen Zeiten nicht zu besetzen, wiefern diess für den Zweck des Staates erspriesslich scheinen kann; endlich auch die Pflicht, Beamte abzusetzen, wenn sie ihre Pflicht auf eine für den Staat nachtheilige Weise vernachlässigen.

In der Pflicht die Aemter zu besetzen sind mehrere Pflichten enthalten, ohne welche jene Pflicht den Prinzipien gemäße nicht ausgeübt werden kann, z. B. 1) die Pflicht sich die mög-

*) Auch von der anordnenden Gewalt in dieser Beziehung gilt das in den vorigen Noten bemerkte.

lichste Kenntnis der Eigenschaften der Candidaten [zu erwerben; 2) die Pflicht, die Arten der Prüfung derselben anzuordnen; 3) die Pflicht den Beamten Instruktionen zu ertheilen, u. a.

Anm. 1. (von den *bürgerlichen Beamten*, oder den *Staatsbeamten* sind die Privatbedienten des Oberherrn zu unterscheiden. (*officiales ciuiles, officiales priuati principis*).

Anm. 2. *Bürgerliche Aemter*, sind verschieden von *Kommissionen*, *Staatsbeamte* von *Kommissarien*. Das *bürgerliche Amt* verpflichtet zu einer Classe von Arbeiten für den Staat, welche *wesentlich und zu allen Zeiten* zu der Verfassung gehört. Die *Kommission* betrifft eine *durch vorübergehende Zeitumstände* nothwendig gemachte Arbeit für den Staat.

ß) *Anordnende Gewalt im Innern des Staats in Beziehung auf kriegerische Vertheidigung*. (*Ius armorum, Ius armandiae, Ius sequelae armatae*). Nach dieser Gewalt hat der Oberherr die Pflicht, die Anzahl und Art der Truppen zu bestimmen, die Ordnung und Befehligung der Armee anzuordnen, den Sold fest zu setzen u. s. w. überhaupt die Pflicht, alle ihm zur Sicherung des Staates vor feindlichen Angriffen nöthig scheinenden Anstalten zu treffen.

Anm. Es liegt unstreitig in dieser Gewalt, daß der Oberherr die Unterthanen zum Kriegsdienste zwin.

zwingen darf, möge nun nach den Grundgesetzen des Staats eine allgemeine Bewafnung aller Bürger, oder eine besondre stehende Armee Statt finden.

γ) *Die anordnende Gewalt im Innern des Staates in Beziehung auf die Finanzen.* (potestas camera-
lis). Die Prinzipien derselben sind bereits im
ersten Theile, 3. Kap. S. 122—124. aufgestellt
worden.

- ♦ 1. Besitzt der Staat ein ihm für immer bestimmtes Vermögen, so hat der Oberherr die Pflicht, für die Unterhaltung und Sicherung desselben und seines Ertrags zu sorgen.
2. Wiefern Beyträge der Unterthanen für die Bedürfnisse des Staats erforderlich sind, bestimmt der Oberherr, auf welche Weise, in welcher Menge, in welchem Verhältnisse sie gegeben werden sollen.
3. Ueberhaupt bestimmt er, wie die theils von dem Ertrage des bleibenden Staatsvermögens, theils von diesen Beyträgen herrührenden Mittel zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates angewendet werden sollen.
4. Wenn diese Mittel wirklich zu ihrem Zwecke angewendet worden sind, so ist er übrigens wegen der Art und Weise, wie es geschehen, den Unterthanen keine Rechenschaft schuldig.

Anm. Der Staat hat, wie in der Entwicklung des Vereinigungsvertrages (Erster Theil, drittes Kap. S. 89.) gezeigt worden, wahres *Obereigenthum* an den Gütern der Unterthanen. Der Oberherr ist also verpflichtet, im Falle der Nothwendigkeit für den Staat, Aufopferung aller Güter von Einzelnen zu fordern, die aber ihrerseits berechtigt sind, Ersatz zu verlangen.

δ) *Anordnende Gewalt im Innern des Staates in Beziehung auf Polizey. (ius politiae).*

Wir nehmen hier die Polizeygewalt nicht in jenem weitem Umfange, zu welchem sie in den polizirten Staaten in den letztern Jahrhunderten, vielleicht mit zu großer Willkühr, ausgedehnt worden ist, sondern blos, in wiefern sie aus dem Unterwerfungsvertrage in jedem Staate folgt, und nach den Grenzen, innerhalb welcher sie sich, dem Unterwerfungsvertrage zu Folge, halten muß. Wir haben demnach nicht nöthig, den Begriff des Zweckes des Staates zu erweitern *),

*) Dies geschieht, indem man Vermehrung der Vollkommenheit und Glückseligkeit der Bürger darin mit aufnimmt. Allein dies ist zu diesem Behufe gar nicht nöthig, denn es versteht sich von selbst, daß, *wiefern Wohlstand und Cultur der Bürger in vielen Rücksichten Bedingungen der Erreichung des Staatszwecks sind*, unter den nothwendigen Mitteln für diesen Zweck auch Anstalten für Wohlstand und Cultur der Bürger begriffen sind. Und nur in so

er bleibt auf Sicherung aller Rechte eingeschränkt, und auch bloß so gefaßt, leitet er zur Nothwendigkeit der Polizeygewalt hin. Der Oberherr soll, den Grundgesetzen des Staats gemäß, die Mittel für den Zweck wählen, und in Ausübung bringen. Diese Mittel haben entweder unmittelbare, oder mittelbare Beziehung auf den Zweck. Diejenigen, welche unmittelbare Beziehung auf den Zweck haben, stehen entweder in einer solchen mittelbaren Beziehung, daß die Nichtanwendung derselben für den Staat gefährlich ist, oder nur in solcher mittelbaren Beziehung, daß der Gebrauch derselben zwar nützlich seyn kann, aber der Nichtgebrauch doch auch ohne Gefahr für das Ganze. Zu den Mitteln der ersten Art gehören ganz unstreitig alle diejenigen Veranstaltungen, wodurch Hindernissen, welche die Erreichung des Zweckes des Staates aufhalten und erschweren können, zuvorgekommen und entgegen gearbeitet wird. Der Oberherr ist zur Treffung und Unterhaltung dieser Veranstaltungen verpflichtet, und auf diese Verpflichtung

fern gehört die Begründung solcher Anstalten zur Polizeygewalt. In unsern gesitteten Staaten geht indessen seit dem siebzehnten Jahrhunderte die Polizeygewalt von vielen Seiten über diese Grenze hinaus, und erlaubt sich zuweilen einen Despotismus, welcher schwerlich mit zureichenden Gründen vertheidigt werden dürfte.

kommt die ganze Polizeygewalt zurück, in wiefern sie nothwendig aus der höchsten Gewalt folgt.

Hindernisse, welche die Erreichung des Zweckes des Staates aufhalten und erschweren können, rühren her: 1) von der *Unkultur des Geistes der Unterthanen*; 2) von der *Verderbnis und Schwäche ihrer Körper*; 3) von ihrer *Armuth*. Der Oberherr ist verpflichtet, in jeder von dieser Hinsichten die zweckmäßigsten Anstalten zu treffen, um die Beförderung des Wohls des Staates soviel als möglich, zu sichern und zu erleichtern.

N) *Cultur des Geistes* muß für kein Mitglied des Staates, in welchen Umständen es sich auch befinde, unmöglich seyn. Die Bürger haben allerdings das Recht, die Mittel der Cultur für sich und ihre Kinder frey zu wählen, allein da unfehlbar zu jeder Zeit eine Menge von Bürgern vorhanden ist, welche die Kosten für die Mittel der Cultur nicht tragen können, oder zu unfähig und zu träg sind, um sich selbst der Wahl derselben zu unterziehen; so müssen öffentliche feststehende Institute gestiftet und unterhalten werden, deren sich jeder Bürger bedienen kann, obwohl keiner zur Theilnahme an denselben gezwungen werden darf, welcher seiner eignen Ueberzeugung zu Folge sich den Plan seiner

Bildung selbst machen will und kann*). Die *Unkultur des Geistes* zeigt sich: 1) in *Immoralität*; 2) *Irreligion*; 3) *Unwissenheit*; und es folgt demnach aus der Polizeygewalt, daß in jedem Staate öffentliche und feste Institute: 1) für *moralische*; 2) *religiöse* und 3) *intellektuelle* Cultur angetroffen werden müssen. Hieher gehören: 1) Erziehungsanstalten und alle Verfügungen, welche die Leitung und Vervollkommnung des Erziehungswesens betreffen; 2) Anstalten für die Beförderung der Gottesverehrung,

*) Es ist dies unstreitig eines der feinsten Probleme in Beziehung auf die Polizeygewalt, ob und unter welchen Umständen Bürger zur Theilnahme an Instituten dieser Art *gezwungen* werden dürfen. Und die Frage bezieht sich vorzüglich auf Erziehung und Unterricht der Kinder. Mir scheint, der Staat müsse alle Eltern im Fall der Weigerung zwingen, ihren Kindern eine für den Zweck des Staates vortheilhafte Bildung zu geben. Sind sie fähig, Plan und Wahl zu diesem Behufe selbst zu treffen, so muß sie ihnen überlassen bleiben. Machen sie aber gar keine Anstalt dazu, so zwingt sie der Staat, sich der öffentlichen Institute zu bedienen. Von gewissen Ständen läßt sich im Durchschnitte voraussetzen, daß sie nicht fähig sind, ihren Kindern die zweckmäßige Bildung selbst zu geben, oder auch nur eine vernünftige Wahl in Betref der Mittel derselben anzustellen. Diese Stände haben nicht über Unrecht zu klagen, wenn sie zur Theilnahme an den öffentlichen Instituten im Staate verbindlich gemacht werden; sie müssen es vielmehr selbst wollen.

und dieselbige betreffenden Anordnungen *); 3) Anstalten für Beförderung der Wissenschaften und Künste, gelehrte Gesellschaften, Akademien, Bibliotheken.

Die Cultur des Geistes kann in moralischer, religiöser und intellektueller Hinsicht durch mannigfaltige Ursachen gehindert werden, und diesen Ursachen muß die Polizeygewalt, wiefern es möglich ist, vorbeugen. Hieher gehören:

- 1) Verfügungen über die Grenzen der Lustbarkeiten und Vergnügungen der Bürger **);
- 2) Verfügungen gegen Gelegenheiten zur Ver-

*) In Beziehung auf diese Anstalten hege ich die Meynung, daß aller Zwang zu denselben mit der Vernunft, der Würde des Menschen, und der Natur der Sache selbst schlechterdings unverträglich ist. Damit leugne ich aber nicht, daß, wenn ein Bürger aus freyem Entschlusse einer Kirche als Mitglied beygetreten ist, er sich der Einrichtung derselben gemäß betragen müsse, wie in jeder andern rechtlichen Gesellschaft, und in dieser Hinsicht einem rechtmäßigen Zwange ausgesetzt sey. Welche Zwangsrechte in einer Kirche Statt finden können, habe ich zu bestimmen versucht im 2. Th. meines *Naturr.* S. 185. u. ff.

**) Es ist kein Despotism, wenn in öffentlichen Häusern, wo man sein Vergnügen durch Trunk sucht, besonders, in denen, wo es die niedern Stände thun, gesetzmäßig bestimmt ist, wie weit in die Nacht der Besuch derselben dauern dürfe.

führung zum Laster *); 3) Verfügungen gegen öffentliche Aeußerungen des Spottes und der Verachtung in Beziehung auf Religion; 4) Verfügungen gegen Aberglauben und Fanatismus **); 5) Verfügungen gegen die Verbreitung von Schriften, welche für Aufklärung, Religion, und Sittlichkeit gefährlich sind, Censuranstalten ***), Beschränkungen der Press-

*) *Oeffentliche Bordelle, öffentliche Hasardspiele, öffentliche und allen Bürgern ohne Prüfung ihres Vermögenszustandes offenstehende, und eben deshalb gefährliche Lotterien.*

**) Diese werden gewöhnlich zum Nachtheile des Staates zu sehr vernachlässigt.

***) Censuranstalten sind für jeden Staat nothwendig, um die Verbreitung und Lektüre von Büchern zu hindern, die einen für das Ganze nachtheiligen Einfluß auf den Geist des Volks haben können, solche Bücher sind alle diejenigen, welche die Grundwahrheiten der Moral, des Natur- und Staatsrechts, der vernünftigen Religion angreifen, oder die Verfassung und Regierung des Staates entweder offenbar boshaft, oder doch in einer solchen Form herabsetzen, daß man die Absicht bemerkt, die Gemüther der Unterthanen zu erhitzen, und zu Empörungen zu reitzen. Mit solchen Schriften aber gehören keinesweges in eine Classe Bücher, worin Fehler der Verfassung und Regierung gründlich, mit Würde und Ausdruck patriotischer Ehrfurcht vor den Oberherrn gerügt werden. Die Verbothe solcher Schriften sind sogar gefährlich, da die Un-

freyheit, Aufsicht über den Buchhandel; u. a. m. *).

2) So gewiss als Stärke des Körpers der Unterthanen eine vorzügliche Bedingung des Wohls des Staats ist, so gewiss müssen in jedem Staate Veranstaltungen und Verfügungen getroffen werden, um die Hindernisse derselben zu heben. Hieher gehört: 1) Organisation des Medicinalwesens, Aufsicht über Aerzte, Chirurgen,

terthanen nur zu leicht Schwäche der Regierung, und Zugeständnis jener Fehler mit dem Vorfatze, sie nicht zu bessern, daraus folgern.

*) Der Buchhandel sollte wenigstens unter eben so strenger Aufsicht stehen, als die Apotheken. Die in den meisten von unsern Staaten gewöhnliche Aufsicht darüber verdient diesen Namen gar nicht einmahl, sie ist meistens nur ein blinder Despotism, durch welchen der Buchhändler in seinem Gewerbe gestört wird, ohne dass das Ganze dadurch gewönne. Während man es nicht wagen darf, nach manchem trefflichen staatsrechtlichen und politischen Buche zu fragen, kann man Dutzende jener Bücher ohne Anstand haben, die durch ihre Schlußpfrichkeit und Sittenlosigkeit die Jugend beyderley Geschlechts vergiften; ja man duldet Buchhändler, die die Verbreitung solcher Bücher zu ihrem Hauptgeschäfte machen. In den Oesterreichischen Staaten wird man Rousseaus Contrat Social höchstens nur bey Nacht, aber den Chevalier Faublas und die Priapeischen Romane zu jeder Tagesstunde haben können.

Wehmütter, Anstalten zur Aufsicht über die Apotheken und Spezereyhandlungen, Anstalten zur Aufsicht über die gesunde Beschaffenheit der feilgebothenen Lebensmittel, Anstalten gegen die Verbreitung epidemischer Krankheiten, durch Quarantaine und auf andere Arten, Errichtung und Unterhaltung öffentlicher Krankenhäuser, Unterhaltung öffentlicher Bäder, und Gesundbrunnen u. a. m. 2) Anstalten und Verfügungen zur Einschränkung des Luxus, Verboth mancher für die Gesundheit des Körpers nachtheiliger Vergnügungen, Einschränkung andrer, die sich nur bis auf einen gewissen Grad des Genusses mit dem Wohle des Körpers vertragen; 3) Verfügungen entweder gegen oder für Anstalten zur auferhelichen Befriedigung des Geschlechtstrieb's, je nachdem die einen oder die andern für Bevölkerung und Körperwohl der Unterthanen nothwendig sind, worüber die Entscheidung nach den besondern Verhältnissen der Städte und ihrer Bewohner gefasst werden muß.

- 2) Armuth der Bürger ist in mehr als einer Rücksicht für den Staat gefährlich. Nicht genug, daß der Unvermögende die nöthigen Beyträge für den Staat nicht liefern kann, so ist die Armuth auch ein grosses Hinderniß aller geistigen Cultur, und eine ergiebige Quelle von Lastern und Verbrechen. Die Polizeygewalt trifft also

pflichtmäßig alle Anstalten, wodurch Verlust und Einschränkung von Gütern verhindert, alle, wodurch die Mittel der Erwerbung vervielfältigt und wirksamer gemacht werden können. Hieher gehören: 1) Anstalten zur Sicherung des Eigenthums der Bürger, a) Anstalten zur Erschwerung des Diebstahls; b) Anstalten zur Entdeckung geschehener Diebstähle; c) Anstalten gegen Ueberschwemmungen, durch Dämme, Teiche und Wasserleitungen; d) Feueranstalten, Brandassekurationen; 2) Anstalten zur Verhütung der Theuerung nothwendiger Bedürfnisse, durch Taxen, Verbothe des Aufkaufs u. f. w. 3) Verfügungen gegen Glücksspiele, Lotterien u. f. w. 4) Verfügungen in Beziehung auf Luxus und Vergnügungen der Bürger, 5) Anstalten und Verfügungen zur Aufnahme des Handels; 6) Anstalten zur Vervielfältigung der Nahrungszweige.

b) *Anordnende Gewalt in Rücksicht des Verhältnisses des Staats zu andern Staaten.* Der Oberherr als Repräsentant des Staates, vor den Auswärtigen, ist verpflichtet, diejenigen rechtlichen Verhältnisse zwischen seinem Staate und andern Staaten zu bestimmen, welche für das Wohl seines Staates nothwendig sind; er schließt also mit ihnen diejenigen Verträge, welche das Interesse des seinigen fordert, und bestimmt überhaupt die Art und Weise, wie Verhandlungen mit den Auswärtigen gepflogen werden sollen.

In dieser Pflicht des Oberherrn ist die Pflicht enthalten, diejenigen Aemter zu errichten, und zu besetzen, welche wegen des rechtlichen Verhältnisses des Staates zu andern Staaten nothwendig sind. Solche Aemter werden entweder innerhalb des Staates, den er regiert, verwaltet, (Departement der auswärtigen Angelegenheiten), oder innerhalb des auswärtigen Staates, zwischen welchem und dem seinigen ein rechtlicher Zusammenhang Statt findet. (Gesandten, Agenten, Consuln).

Unter den letztern zeichnet sich aus das Amt eines Gesandten. Ein *Gesandter* ist eine durch den Oberherrn gewählte Person, welche einer von demselben erhaltenen rechtmäßigen Vollmacht gemäß, im Nahmen des Staats diejenigen Geschäfte führt, welche aus seinem rechtlichen Verhältnisse zu einem andern folgen. Es kommt dem Oberherrn zu, zu entscheiden, bey welchen Staaten bleibende Gesandten anzustellen sind, die Individuen zu wählen, welche den Funktionen eines solchen Amtes gewachsen sind, und diese mit Creditiv, Vollmacht und Instruktion zu versehen. So wie der Oberherr hierbey durch nichts, als durch die Grundgesetze des Staates eingeschränkt ist, so daß die Unterthanen nichts als nur die treue Haltung an diesen fordern dürfen; so haben alle Handlungen des Gesandten verbindende und rechtliche Kraft, welche er seiner Vollmacht und seiner Instruktion gemäß unternimmt.

So wie der Oberherr durch seinen Gesandten in rechtlichen Verhältnissen mit einem auswärtigen Staate handelt, so wenden sich die Gesandten der auswärtigen Staaten an ihn, und er, als Repräsentant seines Staates, hat innerhalb der durch den Verfassungsvertrag bestimmten Grenzen seiner Gewalt, freye Willkühr, die Verhandlungen mit ihnen zu führen, und zur Entscheidung zu bringen.

Anm. 1. Der Oberherr muß nicht von jedem Staate einen Gesandten annehmen; es hängt von seiner Einsicht ab, ob er es für nöthig und nützlich halte, oder nicht. Die Ablehnung eines Gesandten ist übrigens nach rechtlichen Grundsätzen, keine Beleidigung, und demnach auch keine rechtmäßige Ursache des Krieges.

Anm. 2. Der Oberherr hat keine Pflicht, alle seine Verhandlungen mit andern Staaten den Unterthanen zu eröffnen, nur dann ist es der Fall, wenn die Unkunde derselben Veranlassung zu Verletzung der Bürger von Seiten der Auswärtigen, oder zu Einschränkung ihres Wohlstandes seyn würde, ohne daß doch der Staat im Ganzen dadurch gewönne.

Anm. 3. Der Oberherr darf keinen Gesandten eines fremden Staates zu Befolgung der Ge-

setze seines Staates zwingen *), muß aber allerdings von ihm nicht nur ein den allgemeinen Rechtsprinzipien angemessenes Betragen fordern, sondern auch die strenge Befolgung derjenigen positiven Gesetze, welche in jeder bürgerlichen Gesellschaft nothwendig sind **).

*) Diese Unabhängigkeit des Gesandten von den bürgerlichen Gesetzen des Staates, an welchen er gesandt ist, heißt, wie bekannt, seine *Exterritorialität*. Sie folgt gerade zu aus seinem Charakter, wiefern er Repräsentant des Oberherrn eines andern Staates ist.

**) Nämlich der Gesandte erscheint freylich als Bürger eines besondern Staates, der seine eignen positiven Gesetze hat, aber da er doch als Bürger erscheint, und in jeder bürgerlichen Gesellschaft gewisse positive Gesetze aus der Natur und dem Zwecke derselben mit Nothwendigkeit folgen, obwohl sie gewöhnlich in jedem auf eine eigene Weise modificirt sind, so muß er, in welchem Staate er auch angestellt sey, diesen Gesetzen treu bleiben. Ein solches Gesetz ist, z. B. das Gesetz: keine Beleidigung selbst zu strafen, oder Ersatz für sie zu erzwingen, wiefern nach dem Socialvertrage diese Rechte dem Staate übergeben worden sind. Der durch einen Bürger des Staates, bey welchem er angestellt ist, beleidigte Gesandte muß die Bestrafung des Beleidigers von diesem Staate fordern, ohne sich durch eigene Gewalt Genugthuung verschaffen zu dürfen. Er darf sich nicht etwa als im Naturstande befindlich betrachten, um, wenn ihm ein Gut entrißen worden, den Ersatz selbst zu

II. *Die gesetzgebende Gewalt im engern Sinne* ist die dem Oberherrn zukommende Pflicht, dem Willen der Unterthanen für bestimmte Classen sich gleichbleibender Fälle, und einzelne vorübergehende Fälle diejenige Handlungsweise vorzuschreiben, welche er als die zuträglichste für den Zweck des Staates anerkennt, verbunden mit der Pflicht, seine Vorschriften, wenn es nöthig, durch Gewalt zu unterstützen. Sie theilt sich: 1) *in die gesetzgebende Gewalt im engsten Sinne* *) welche Vorschriften für mehrere wiederholte Handlungen zu ertheilen hat; und 2) *in die befehlende Gewalt* **), welche Vorschriften für einzelne vorübergehende Handlungen ertheilt.

Die gesetzgebende Gewalt des Oberherrn steht unter den Grundverträgen und Grundgesetzen des Staates, als welche die Prinzipien für alle Verfügungen des Oberherrn enthalten. Es bedarf also keines besondern Beweises: 1) daß jede Handlungsweise, zu wel-

erzwingen, denn er ist, wo er auch als Gesandter sey, in irgend einer bürgerlichen Gesellschaft als Bürger; darauf stützt sich die ganze Möglichkeit des Charakters, den er bekleidet. Er muß also die Erzwingung des Ersatzes vom Staate erwarten.

*) *Ius leges ferendi.*

**) *Ius mandandi.*

cher ein Gesetz verbindet, Mittel für den Zweck des Staates seyn muß; 2) daß kein Gesetz dem Zwecke des Staates entgegen seyn, oder etwas daran ändern kann; 3) daß kein Gesetz zu etwas verpflichten kann, was zu fordern man durch keinen Vertrag berechtigt werden kann; 4) daß es das Criterium aller Rechtmäßigkeit eines Gesetzes sey, ob es durch die allgemeine Einwilligung aller Bürger, als moralischer und auf den Zweck des Staates gerichteter Wesen, *möglich* sey; 5) daß die Gesetze aller Bürger in gleichen Fällen und auf gleiche Weise verbinden; 6) daß die Befolgung der Gesetze erzwungen, und jede Verletzung derselben bestraft werden muß; einer jeden Classe von Vorschriften des Oberherrn entspricht auch ein Strafgesetz *)

In der gesetzgebenden Gewalt im engeren Sinne ist enthalten: 1) die Pflicht, Gesetze, welche nicht mehr als Mittel für den Staat angesehen werden können, abzuschaffen, oder wenn sie, um als Mittel für den Staat zu gelten, einer Umänderung bedürfen, ihnen diese zu

*) On peut considerer une troisieme sorte de relation entre l'homme et la loi, savoir, celle de la desobeissance à la peine, et celleci donne lieu à l'establisement des loix criminelles, *qui dans le fond sont moins une espece particuliere des loix, que la sanction de toutes les autres.* Rousseau C. S.

geben *); 2) die Pflicht die Gesetze zu erklären, entweder nach der Einsicht in den Sinn derselben, die der Oberherr als Gesetzgeber haben muß **), oder nach der allgemein gewöhnlichen und gangbaren Auslegung ***); 3) die Pflicht, von den allgemeinen Gesetzen auszunehmen, wenn ohne diese Ausnahme der Zweck des Staates ganz oder zum Theil nicht erreicht werden könnte. Ausnahmen dieser Art betreffen entweder mehrere Fälle ****), oder nur einen Fall †). (S. diesen Theil, S. 4. 1)) Privilegien müssen wegfallen, wenn sie nicht mehr als nothwendige Mittel für den Staat angesehen werden können.

Die Gesetze müssen auf eine solche Weise bekannt gemacht werden, daß jeder Unterthan sie wissen kann ††).

III. *Das Recht der Beurtheilung* muß dem Oberherrn in jeder Regierungsform zukommen, und besteht in der ihm durch Uebertragung der höchsten Gewalt eigen gewordenen Verbindlichkeit

*) *Ius leges abrogandi, illis derogandi, obrogandi.*

**) *Interpretatio authentica.*

***) *Interpretatio vsualis.*

****) *Privilegia.*

†) *Dispensationes.*

†† *Promulgatio.*

lichkeit, nach seiner freyen und besten Einsicht einzelne Fälle auf die Gesetze, und den Zweck des Staates zu beziehen, um zu entscheiden, wie sie sich zu dem Gesetze, und dem Zwecke des Staates verhalten *).

Man nennt dieses Recht in sofern auch die beurtheilende *Gewalt*, weil der Oberherr verpflichtet ist, das Resultat seiner Beurtheilung auch durch Zwang geltend zu machen, wenn es die Nothwendigkeit fordert.

Das Recht der Beurtheilung bezieht sich: a) auf Thaten der Unterthanen, wiefern sie legal, oder illegal sind; dazu rechne ich auch Vorschläge und Forderungen derselben in Hinsicht auf die Regierung; b) auf Thatfachen überhaupt, welche Einfluss auf das Wohl des Staats haben, oder doch haben können; sie finden Statt, entweder: α) innerhalb des Staates selbst; β) in fremden Staaten, die mit dem Staate, welchen der Oberherr regiert, im Verhältnisse ste-

*) Das Recht der Beurtheilung zeigt sich nicht jederzeit in der Subsumtion von Fällen unter Gesetze, sondern in vielen Stücken in der durch kein Gesetz bestimmten Zusammenhaltung einer Thatfache mit dem Zwecke und Zustande des Staates, um zu entscheiden, welche Maasregeln ihrer wegen für das Wohl des Staates getroffen werden müssen.

hen. (Potestas subsumendi immanens, potestas subsumendi transeuns.)

III. *Die vollziehende Gewalt* ist die dem Oberherrn durch Uebertragung der Regierung eigen gewordene Verbindlichkeit, die von der gesetzgebenden und beurtheilenden Gewalt bestimmten Mittel in Ausübung zu bringen, und die Kräfte des Staats zu diesem Behufe anzuwenden und zu leiten; bestimmter: die dem Oberherrn durch Uebertragung der Regierung eigen gewordene Pflicht, den für den Zweck des Staates nothwendigen Zwang anzuwenden. Diese Gewalt geht also darauf hin, den Gegenstand derjenigen Beschlüsse, die der Oberherr, nach seiner Pflicht, für moralisch nothwendig hält, mit physischer Nothwendigkeit durchzusetzen.

Mehrere Staatsrechtslehrer scheinen den Begriff der vollziehenden Gewalt nicht bestimmt genug zu geben, sie dehnen ihn vielmehr bald zu einer Weite aus, wo andre von ihr sehr verschiedene Gewalten mit ihr zusammen fallen, oder schränken ihn so eng ein, daß nicht alle Funktionen jener Gewalt darunter passen. Her Hofland sagt: „die vollziehende Gewalt ist das „Recht, unmittelbare Handlungen zum Zwecke „des Staats vorzunehmen, oder zu bewirken.

*) Potestas executiva.

Herr Hofbauer bedient sich nur mit genauerer Bestimmung des Wortes *unmittelbar* derselben Erklärung: „die ausübende Gewalt ist das Recht, dasjenige *unmittelbar*, ohne dazwischen kommende Anordnungen zur Wirklichkeit zu bringen, was des öffentlichen Wohls wegen rechtmäßiger Weise geschehen kann.“ Versteht Herr Hufeland, wie Herr Hofbauer, unter *unmittelbar*: ohne dazwischen kommende Anordnung, so zeigte sich die ausübende Gewalt nur dann, wenn der Oberherr in einem vorkommenden Falle, nach einem bloß für diesen Fall gefassten Entschlusse, *persönlich* für den Staat handelte. Allein da der Begriff dadurch offenbar viel zu sehr verengt würde, da er selbst in der dem §. 474 beygefügtten Note (1) sagt: „die vollziehende Gewalt führt oft nur im Einzelnen aus, was die gesetzgebende für mehrere Fälle *angeordnet* hat; so muß er das *unmittelbar* in einem andern Sinne genommen haben, als Herr Hofbauer. Welcher aber dieses sey, sehe ich um so weniger ein, da er der vollziehenden Gewalt auch das Recht zueignet, *unmittelbar* Handlungen (*Andrer*) zu bewirken, und sich nicht absehen läßt, wie man Handlungen *Andrer* *unmittelbar* bewirken könne. Zwar scheint es, als ob Herr Hufeland unter *unmittelbar* Handlungen bewirken, verstehe: durch bloßen Befehl für den einzelnen Fall; allein heißt diess wirklich *unmittelbar* bewirken, und ist nicht jeder solcher Befehl ein *Mittel*, ist das Be-

wirken durch einen solchen Befehl, nicht mit dem Bewirken durch Gesetz überhaupt, im Grunde einartig, und kann man jenes mit zureichendem Grunde der vollziehenden Gewalt ausschließlich zueignen, während man dieses wegläßt? — Aehnliche Unbestimmtheiten finden sich in den Systemen und Lehrbüchern Andrer, z. B. *Höpfners* *), *Schlötzers* **), *Schlettweins* ***).

Rousseau †) hat den Begriff unstreitig in seinem *Contrat Social* richtig bestimmt, und un-

*) *Naturre.* S. 181. Der Regent ist auch befugt, die Mittel zu gebrauchen, wodurch er seinen Verordnungen Ansehn und Gehorsam verschafft, er hat die vollziehende Gewalt, folglich das Recht zu belohnen und zu strafen.

**) *Allgem. Staatsr.* S. 100. Diese Gesetze hütet er, damit sie bey Kraft bleiben, *potestas executiva*.

**) Herr Schlettwein unterscheidet die gesetzgebende vollziehende, und beschützende Macht. Meynt er unter der beschützenden Macht, das rechtliche Vermögen, die Mittel zu schützen anzuordnen, so gehört sie zur gesetzgebenden; meynt er das rechtliche Vermögen jene Mittel wirklich durchzusetzen, so gehört sie zur vollziehenden.

†) Toute action libre a deux causes, qui concourent à la produire; l'une morale, savoir la volonté, qui détermine l'acte; l'autre physique, savoir la puissance, qui l'exécute. Quand je marche vers un objet, il faut

ter den neuesten Bearbeitern der Wissenschaft ganz vorzüglich Herr Jakob.

Mit der durch die Uebertragung der Regierung bestimmten Regierungspflicht ist die Pflicht verknüpft, den Gegenstand derselben (der nichts anders, als Realisirung des Staatszweckes ist,) durch Gewalt zu erzwingen,

premierement, que j'y veuille aller; en second lieu, que mes pieds m'y portent. Qu'un paralytique veuille courir, qu'un homme agile ne le veuille pas, tous deux resteront en place. Le corps politique a les mêmes mobiles; on y distingue de même la force et la volonté, celli-ci sous le nom de puissance législative, l'autre sous le nom de puissance executive. Rien ne s'y fait ou ne s'y doit faire sans leur concours.

Nous avons vu que la puissance législative appartient au peuple, et ne peut appartenir qu' à lui. Il est aisé de voir au contraire, par les principes ci-devant établis, que la puissance exécutive ne peut appartenir à la généralité comme législatrice ou souveraine, parceque cette puissance ne consiste qu'en des actes particuliers qui ne sont point du ressort de la loi, ni par conséquent de celui du Souverain, dont tous les actes ne peuvent être que des loix.

Il faut donc à la force publique, l'un agent propre qui la réunisse et la mette en oeuvre selon les directions de la volonté générale, qui serve à la communication de l'Etat et du Souverain, qui fasse en quelque sorte dans la personne publique ce que fait dans l'homme l'union de l'ame et du corps.

wenn der Wille der Unterthanen oder Handlungen der Auswärtigen ihm Hindernisse in den Weg legen. Der Oberherr hat, dieser Pflicht zufolge, die freye Verfügung über alle für den Staat anwendbare Mittel des Zwangs, ja er ist verpflichtet, sie auf alle mögliche und erlaubte Weise zu vermehren, und zu verstärken. In wiefern der Oberherr blos als Agent der moralischen Nothwendigkeit für den Staat betrachtet wird, eignet man ihm die *auffsehende, gesetzgebende und beurtheilende* Gewalt zu; wiefern er Agent der physischen Nothwendigkeit ist, um den Gegenstand der moralischen mit Unwiderstehlichkeit zu realisiren, besitzt er die *vollziehende* Gewalt. Und man kann nicht unbemerkt lassen, dafs, da jeder Pflichthandlung des Oberherrn die Pflicht des unbedingten Gehorsams von Seiten der Unterthanen entspricht, alle übrige Gewalten durch die vollziehende Gewalt gestützt werden, und eben desswegen Gewalten heissen. Im Grunde ist die vollziehende Gewalt also gar nichts anders, als die mit jeder Regierungspflicht verknüpfte Pflicht, ihren Gegenstand nöthigen Falls zu erzwingen.

Die Mittel der vollziehenden Gewalt sind die gesammten Kräfte des Staates, und alle Kräfte, welche der Oberherr für den Zweck des Staates *rechtmäfsig* mit seinem Willen vereinigen kann.

Welches ist aber die einzig *rechtmäßige* Art und Weise, wie der Oberherr Kräfte außer denen im Staate selbst enthaltenen Kräften mit seinem Willen vereinigen kann, um die Realisirung des Staatszweckes durchzusetzen? Das Criterium ist auch hier die Möglichkeit der allgemeinen Einstimmung aller Willen, und dieses Criterium entscheidet in Beziehung auf die Ausübung der vollziehenden Gewalt gegen die Einheimischen eben sowohl als gegen die Auswärtigen. Der Oberherr darf keinesweges, *ohne dringende Nothwendigkeit*, Verträge mit Auswärtigen schließen, um durch ihre Kräfte die vollziehende Gewalt gegen seine Unterthanen geltend zu machen, er darf nicht *ohne Consens derselben* die Garantie der Verfassung und seines Regierungsrechtes von einer fremden Macht annehmen. Nur dann, wenn die Unterthanen ihm, indem er pflichtgemäß regiert, einen pflichtwidrigen Widerstand entgegen setzen, ist er verpflichtet, nöthigen Falls jede Art von Verbindung mit Auswärtigen einzugehn, wodurch er die Widerspenstigen zum Gehorsam zurückführen, und den seinen Untergange nahen Staat retten kann.

Wenn der Staat gezwungen ist, sich gegen Beleidigung von Auswärtigen kriegerisch zu vertheidigen, so ist es Pflicht des Oberherrn, im Falle der Unzulänglichkeit der Kräfte seiner Un-

terthanen, nach seinem Gutdünken alle Verträge mit Auswärtigen zu schließen, wodurch seine vollziehende Gewalt Stärke bekommt.

Die vollziehende Gewalt handelt: 1) entweder gegen die Unterthanen *); 2) oder gegen die Auswärtigen **).

I. In Beziehung auf die Unterthanen zeigt sich die vollziehende Gewalt: a) überhaupt darinn, daß der Oberherr verbunden ist, jede Pflichtleistung des Unterthanen, welche nicht frey erfolgt, ihm gewaltsam abzunöthigen. Es entspricht also jeder Klasse von Pflichtleistungen des Unterthanen, die in der vollziehenden Gewalt enthaltene Pflicht, sie zu erzwingen. b) Im besondern darinn, α) daß die Rechte des Staats, des Oberherrn und der Unterthanen gegen Beleidigung von Seiten der Unterthanen geschützt, β) daß die gesetzwidrigen Handlungen gerichtet, und gesetzmäßig gestraft werden.

α) Jeder Bürger giebt beym Eintritte in den Staat sein Recht, seine Freyheit und Selbstständigkeit zu schützen, auf, um die Handhabung und Durchsetzung seiner Rechte nur von dem Staate zu erwarten; er behält sich es nur für diejenigen Fälle vor, wo der Staat unmöglich Exekutor seines Rechtes seyn kann, wo ihm also Selbsthülfe erlaubt seyn muß.

*) Potestas executiva immanens.

*) Potestas executiva transeuns.

Die Pflicht des Oberherrn; die Rechte des Staats, seiner selbst und der Unterthanen gegen Verletzungen von Seiten der Unterthanen den Gesetzen gemäß zu schützen, ist die *Justizgewalt*. Ihre Handlungen setzen die übrigen Gewalten voraus, sowohl die *auffsehende* *), als die *gesetzgebende* **), und die *beurtheilende* ***).

Ehe die Justizgewalt vollstrecken kann, muß eine Thatfache untersucht, auf das Gesetz bezogen, und demselben untergeordnet worden seyn. Erst wenn auf diese Weise die übrigen Gewalten wirksam gewesen sind, kann die vollziehende sich als Justizgewalt äußern. In wiefern die *beurtheilende* Gewalt dazu konkurriren muß, um nach dem Gesetze über Recht und Unrecht zu entscheiden, heißt sie die *richterliche* Gewalt, Beamte, die zu den Funktionen derselben verpflichtet sind, *Richter*, und förmlich organisirte Anstalten zur Ausübung jener Funktionen *Gerichte*. Unerachtet der Anordnung dieser Anstalten und Aemter behält der Oberherr das Recht der höchsten Entscheidung, dies ist die *oberrichterliche* Gewalt.

*) S. diesen Th. S. 41 — 44.

**) S. diesen Th. S. 45. u. f.

***) S. diesen Th. S. 64.

β) Mit der *Justizgewalt* hängt unabtrennlich zusammen die *Criminalgewalt* *) d. h. die dem Oberherrn durch Uebertragung der Regierung eigen gewordene Pflicht, Verbrecher nach den Gesetzen strafen zu lassen. In der Criminalgewalt ist enthalten α) die Pflicht der Criminalgesetzgebung **); γ) die Criminalgerichtsbarkeit ***).

α) Die Nothwendigkeit der Strafen ist bereits im ersten Theile *bewiesen* d. h. aus der Natur des Staatsvertrags hergeleitet worden, und zugleich hat sich ergeben, wie weit alles Strafrecht in einem Staate reichen könne, (1. Th. S. 124 — 149.)

Der Oberherr steht auch in dieser Hinsicht unter den Grundgesetzen des Staates. Nur der Despot hat unbeschränkte Willkühr in der Verknüpfung von Uebel mit dem Unrecht. (S. diesen Theil, S. 26. §. 3.) Allein die Strafgesetzgebung eines Staates kann nicht unabänderlich seyn; sie bedarf vielmehr, nach dem Wechsel der Umstände, mannigfaltiger Abänderungen und Zusätze. Es zeigen sich neue Arten bürgerlicher Verbrechen, andre verändern nach den Verhältnissen des Staats ihre

*) *Potestas criminalis.*

**) *Potestas legislatoria criminalis.*

***) *Iurisdictio criminalis.*

Natur, werden wichtiger oder unwichtiger, leichter oder schwerer zu verüben. Jeder Oberherr also hat, kraft des Unterwerfungsvertrages, die Pflicht, neue Strafgesetze zu geben, welche er für nothwendig hält, und die schon vorhandenen, erforderlichen Falles, zu verändern. Er darf nach seiner besten Ueberzeugung die Uebel von den geringsten, bis zu den höchsten mit den Verbrechen verknüpfen, gewisse Verbrechen, nach seiner Einsicht, mit härtern, andre mit gelindern Uebeln belegen, als es vorher der Fall war.

Wiefern der Oberherr verpflichtet ist, auf gewisse Verbrechen die Todesstrafe zu setzen, wenn er überzeugt ist, daß ihre Vervielfältigung für den Staat gefährlich ist, und durch kein Mittel als die Todesstrafe gleich wirksam verhindert werden kann, besitzt er *das Recht über Leben und Tod*. (S. d. I. Th. S. 89. §. 9. S. 140 — 149. S. 169 — 193.)

Der Oberherr ist wegen der Criminalgesetze, die er in Gemäfsheit der Grundgesetze des Staats giebt, den Unterthanen nicht verantwortlich, sondern fordert unbedingte Unterwerfung. (S. d. ersten Th. S. 152 — 162.)

Der Oberherr steht selbst nicht unter den Criminalgesetzen, welche er giebt. (S. den ersten Theil, S. 194 — 206.)

Ann. 1. Darf der Oberherr auf eine und dieselbe Art von Verbrechen für verschiedene Stände verschiedene Strafen setzen? Allerdings erfordert die Gleichheit der Bürger nach Rechten und Pflichten Gleichheit in der Bestrafung der Verbrechen, d. h. jede besondere Classe von Bürgern muß die Strafe anerkennen, von welcher der Strafgesetzgeber urtheilt, daß sie die zweckmäßigste sey, um die Individuen dieser Classe von einem Verbrechen abzuschrecken. Nach der in einem Staate unvermeidlichen Verschiedenheit der Stände kann in vielen Fällen eine einzige Strafe nicht gleich zweckmäßig für die Mitglieder aller Stände seyn, manches Uebel, welches für einen Stand genugsam abschreckend ist, bleibt in Beziehung auf einen andern kraftlos; gewisse Uebel sind für einen Stand unendlich härter, als für einen andern. In allen diesen Fällen würde der Strafgesetzgeber die Gleichheit verletzen, und den Zweck der Strafgesetzgebung zum Theil verfehlen, wenn er nur eine und dieselbe Strafe für die sämmtlichen Stände bestimmte; er muß den Charakter und die Situation eines jeden Standes genau berechnen, um zweckmäßige Criminalgesetze für einen jeden zu geben.

Er hat hierbey dieselben Hinsichten zu fassen, welche bey aller Strafgesetzgebung ge-

nommen werden müssen, und darf nur die allgemeinen Prinzipien, welche der Strafgesetzgebung überhaupt zum Grunde liegen, im Besondern anwenden. Er bezieht also durchaus die Verbrechen auf den Zweck des Staates, und die Strafen auf Verhinderung der Verbrechen durch Abschreckung, dieser Gesichtspunkt darf zu Gunsten keines Standes aufgegeben oder eingeschränkt werden. Er fragt: 1) wie gefährlich ein gewisses Verbrechen für den Staat sey, wenn es von *Individuen eines gewissen Standes* begangen wird; 2) ob die Vervielfältigung desselben *unter den Individuen eines gewissen Standes* wahrscheinlich sey, wenn es nicht mit verhältnismäßig harten Strafen belegt werde; 3) wie sich die Vorstellungen der verschiedenen zu Strafen wählbaren Uebel zu dem Begehrungsvermögen *der Individuen eines gewissen Standes*, im Durchschnitte genommen, verhalten.

1. Die Grade von Gefährlichkeit gewisser Verbrechen für den Staat können sehr verschieden seyn, je nachdem sie von dem einen oder dem andern Stande begangen werden. Je nachdem nun ein gewisses Verbrechen, verübt von *Individuen eines gewissen Standes* für den Staat mehr oder weniger gefährlich ist, muß es für diesen Stand mit einer härtern oder gelindern Strafe belegt werden

Die Verbrechen müssen hierbey im Einzelnen, und in der Mehrheit betrachtet, und muß bestimmt werden, in welchem Grade die Begehung eines einzelnen Verbrechens einer gewissen Art, von einem Individuum eines Standes, und in welchem Grade die öftere Begehung desselben von diesen Individuen für den Staat gefährlich sey. Widersetzung der Untergeordneten im Aemtersysteme des Staats gegen ihre Obern ist allzeit Verbrechen, aber die Widersetzung ist von den Individuen eines Standes gefährlicher, als von denen des andern; so ist die Widersetzung eines Lieutenants gegen seinen Capitain für den Staat unleugbar gefährlicher, als die eines Schulmeisters gegen den Superintendenten, oder eines Aktuars gegen einen Amtmann. Unmäßige Verschwendung des Bürgers ist Verbrechen, aber dieß Verbrechen ist bey Individuen eines Standes, dessen Funktion Aufbewahrung und Administration von Staatsvermögen ist, weit gefährlicher für den Staat, als wenn es andre begehen. Wenn Cassirer dem Hasardspiele ergeben sind, so ist dieß gefährlicher für den Staat, als wenn Officiers Bank machen.

2. Die Vervielfältigung eines Verbrechens ist in einem Stande wahrscheinlicher, als in dem andern, wenn es nicht mit verhältnismäßig harten Strafen belegt wird. Je gefährlicher nun ein

Verbrechen, begangen von Individuen eines Standes, je wahrscheinlicher die Vervielfältigung desselben in diesem Stande, in Ermangelung verhältnismäßig harter Strafe, ist, mit so härterer Strafe muss es für diesen Stand belegt werden. Alle körperliche Verletzung eines Bürgers durch Gewehr ist Verbrechen, und muss an den Individuen jedes Standes, die sich dessen schuldig machen, gestraft werden. Allein in gewissen Ständen wird dieses Verbrechen sich viel leichter vervielfältigen, als in andern, z. B. in denen, welche Gewehr tragen müssen. Es bedarf also für den Militärstand eines härtern Uebels zur Abschreckung von demselben, als für andre, und ein Soldat, der gegen einen Bürger seinen Säbel zieht, muss empfindlicher gestraft werden, als etwa ein Schneider, der zufällig in einer Schenke ein Messer ergreift, um nach einem andern zu flehen.

3. Ich habe mich im ersten Theile bey Grundlegung der Criminalgesetzgebung auf den Satz gestützt, dass die Menschen, zufolge der ursprünglichen Einrichtung ihres Begehrungs und Gefühlvermögens, einen gemeinschaftlichen Maasstab für das Uebel haben, welches sie treffen kann, und dass die Phantasievorstellungen der verschiedenen Arten und Grade desselben ziemlich gleiche Gefühle in allen erre-

gen. So unaufgeblüht aber auch dieser Gesichtspunkt für den Strafgesetzgeber ist; so hindert er ihn dennoch nicht, auf den Einfluß Rücksicht zu nehmen, welchen die Eigenthümlichkeiten der Stände auf die Schätzung der Uebel haben können. Vielmehr folgt es aus demselben Grunde, der jenen Gesichtspunkt nothwendig macht, daß der Strafgesetzgeber auch die Ausnahmen der Regel nicht vernachlässige, sondern berechne, in wiefern gewisse Uebel für die Individuen gewisser Stände, wegen der Verhältnisse ihres Standes, mehr oder weniger schrecklich sind, als für die übrigen Menschen. Strafen sollen lediglich durch Abschreckung wirken, eine allgemein anwendbare Strafe muß gleich abschreckend für alle seyn, und ein Uebel, dessen Schrecklichkeit für einen gewissen Stand den Grad der Zweckmäßigkeit übersteigt, oder für ihn zu gering ist, um Verhinderung gewisser Verbrechen dadurch zu bewirken, kann keine Strafe für die Bürger aller Stände abgeben. Der Tod ist für die Menschen im Durchschnitte genommen, das abschreckendeste Uebel, aber es giebt doch einen Stand im Staate, dessen Natur es mit sich bringt, daß der Tod die Individuen desselben nicht schrecke, dieß ist der militärische Stand. Einschränkung der äußern Freyheit durch gewaltsame Aufbewahrung in einem Orte ist für die meisten Stände ein sehr furchtbares

res

res Uebel, aber für den wahren Gelehrten in weit geringern Grade, als für die übrigen Stände. So kann es Stände geben, aus deren Charakter es folgt, daß gewisse entehrende Uebel für die Individuen derselben von keinem besondern Eindrucke sind. Im Gegentheile ist Einsperrung für den Soldaten, Handarbeit für den Gelehrten weit schreckender, als für andre Stände. In dieser Hinsicht muß der Strafgesetzgeber unstreitig, um seinen Zweck vollkommen zu erreichen, für verschiedene Stände verschiedene Strafen anordnen, und eben dadurch thut er der bürgerlichen Gleichheit Genüge.

Man bemerkt wohl, daß ich bey allen diesen Behauptungen weit entfernt bin, mich dem Vorurtheile Jener zu überlassen, welche glauben, der Strafgesetzgeber dürfe die Strafen auf gewisse Verbrechen für gewisse Stände, wegen ihres konventionellen Rangs, oder ihrer übrigen Wichtigkeit für den Staat oder der Aufklärung und Cultur wegen, die man in ihnen voraussetzt, mildern. Diefs ist eine unverzeyhliche Verletzung der bürgerlichen Gleichheit. Der Strafgesetzgeber muß einzig darauf sehn, daß Strafen für jeden Stand gleich abschreckend seyen. Haben gewisse Stände im Staate einen gewissen konventionellen Rang, so schränkt diefs dennoch die Pflicht des Oberherrn nicht im mindesten ein, durch Abschreckung derselben

von Verbrechen vermittelt der wirksamsten Mittel, für die Sicherheit des Staats und der Bürger zu sorgen. Der Rang dieser Stände erhebt die Individuen derselben nicht über die Schwäche der menschlichen Natur, und da jener Rang doch nur vom Staate abhängt, so kann der Staat keineswegen nicht verbunden seyn, sich in Gefahr zu setzen. Sind gewisse Stände für den Staat von besonderer Wichtigkeit, sie werden dadurch nicht herabgesetzt, dals der Strafgesetzgeber ihre Individuen für Menschen rechnet, d. h. für Wesen, welche dem Reitze zum Verbrechen nachgeben können*. Endlich hebt auch die Bildung, welche man von gewissen Ständen voraussetzen kann, die Pflicht des Strafgesetzgebers nicht auf, die Verbrechen auf jeden möglichen Fall durch die wirksamsten Mittel zu verhindern.

- *) Auffallend war es mir, unlängst in den öffentlichen Blättern zu lesen, dals man in den kaiserlichen Landen einen Pfaffen, welcher ein Haupttheilnehmer an einer Verschwörung gegen den Landesherrn und Staat war, auf Vorbiten des Cardinal - Erzbischoffes, von der den übrigen bestimmten Strafe ausgenommen, und nur zu einer Verwahrung im Closter verurtheilt habe. Verliere etwa der geistliche Stand, wenn man die Verbrecher aus seiner Mitte züchtigt, mehr, als wenn man wegen der Milderung der Strafen für sie, schließen muß, sie haben weniger Pflicht für den Staat, als andre Bürger?

Anm. 2. Nach den Grundsätzen der vorhergegangenen Anmerkung läßt sich sehr leicht bestimmen, welchen Strafgesetzen in einem Staate der Adel unterworfen seyn muß. Dafs der Adel durchaus denselben Strafen, wie die übrigen Stände ausgesetzt sey, ist nach der Beschaffenheit des Standes, wie er auch in verschiedenen Staaten besonders modificirt sey, nicht möglich. In vielen Rücksichten erfordert der Adel eine eigne Strafgesetzgebung. Allein weit entfernt, dafs der Strafgesetzgeber dabey sein Prinzip der zweckmäßigsten Abschreckung wegen des Ranges dieses Standes fahren lassen dürfe, muß er vielmehr die Verhältnisse des Standes, und die davon abhängige Lage und Charakter seiner Individuen ins Auge fassen, um diesemnach die zur Abschreckung passendsten Uebel zur Strafe für diesen Stand zu wählen.

Man würde sich sehr betrügen, wenn man glaubte, dafs die bürgerliche Gleichheit dadurch erhalten würde, wenn man den Adel mit den übrigen Ständen durchaus denselben Strafen unterwürfe. Gerade dadurch würde die bürgerliche Gleichheit gestört. Denn da gewisse Uebel für die Individuen des Adels viel härter sind, als für Individuen andrer Stände, andre wieder gerade für jene minder drückend seyn können, so würden bey gleichen Strafen Individuen des Adels bald schärfer bald gelinder gestraft, als die Bürger der übrigen Stände.

Ann. 3. Es hängt von besondrer mit dem Staatsvertrage verknüpfter Uebereinkunft ab, in welchem Alter die Individuen als solche angesehen werden sollen, welche wegen ihrer gesetzwidrigen Handlungen die volle bürgerliche Responsabilität haben, und wie diese Individuen vor Erreichung jenes Alters gestraft werden sollen.

Dies scheint mir nicht der leichteste Theil der Criminalgesetzgebung zu seyn. Noch fehlt uns eine auf festen Prinzipien beruhende Criminalgesetzgebung für Studierende auf Akademien, welche gemeiniglich, eben wegen Ermangelung fester Prinzipien, nach der Willkühr des jedesmahligen Magistrats bald viel zu hart, bald viel zu gelind gestraft werden. Der Staat leidet gewiss nicht wenig darunter, daß die Criminaljustiz auf Universitäten so schlecht organisiert ist, und daß am akademischen Magistrate Männer Theil nehmen können, die entweder die positiven bürgerlichen Gesetze bloß auswendig gelernt haben, ohne selbst zu denken, oder wohl gar weder jene Gesetze gelernt haben, noch auch selbst denken *)

*) Die Rechtsgelehrten fordern, daß bey Besetzung der akademischen Magistrate auf sie vorzüglich Rücksicht genommen werde. Sie haben unstreitig Recht, dieses zu fordern. Allein ihr Recht gründet sich nicht bloß darauf, daß sie die Landesgesetze inne haben, sondern auch, und in vielen Rücksichten

Ann. 4. Hat der Strafgesetzgeber auf den Unterschied der Geschlechter Rücksicht zu nehmen? Muß er wenigstens in Beziehung auf gewisse Klassen von Verbrechen andre Strafen für die Männer und andre für die Frauen bestimmen? Es würde dieß denn nothwendig seyn, 1) wenn ein Verbrecher mehr oder weniger gefährlich für den Staat wäre, je nachdem es von einem Individuum des männlichen oder weiblichen Geschlechts begangen würde; 2) wenn die Vervielfältigung eines Verbrechens durch Nachfolge unter den Individuen eines Geschlechts wahrscheinlicher wäre, als unter denen des andern; 3) wenn sich die Vorstellungen der verschiedenen zu Strafen wählbaren Uebel zu dem Begehungsvermögen der Individuen eines Geschlechts, im Durchschnitte genommen, anders verhielte, als zu denen des andern. Was den ersten Punkt anbetrift, so sind in der That gewisse Verbrechen, begangen von Individuen des einen Ge-

allein darauf, daß man voraus setzt, sie haben sich jenen philosophischen Geist erworben, vermittelst dessen man allein in solchen Justizfällen zweckmäßig entscheiden kann, auf welche sich die bürgerlichen Gesetze nicht streng anwenden lassen. Der bloße *Rechtsgelehrte*, ohne diesen philosophischen Geist, und die dadurch entstehende Fertigkeit der Urtheilskraft, spielt in einem akademischen Concilium eine sehr schlechte Figur, und stiftet überall Unheil.

schlechts, gefährlicher für den Staat, als wenn sie von Individuen des andern begangen werden; Ehebruch z. B., verübt vom Weibe, ist für den Staat gefährlicher als der von dem Manne begangne, so wie auch aller außereheliche Bey-schlaf. — Den zweyten Punkt betreffend, so ist die Vervielfältigung mancher Verbrechen durch Nachfolge bey den Weibern wahrscheinlicher als bey den Männern, da hingegen bey andern Verbrechen der umgekehrte Fall Statt findet. Der Ehebruch wird gewiss unter dem weiblichen Geschlechte durch den Reitz der Straßlosigkeit oder Gelindheit der Strafen eher vervielfältigt, als unter dem männlichen Geschlechte. Im Gegentheile hat man die Vervielfältigung des Kindermords bey dem männlichen Geschlechte weit mehr zu fürchten als bey dem weiblichen, dessen instinktartige Kindesliebe nur der äußersten Verzweiflung unterliegt. In Hinsicht des dritten Punktes endlich kann man freylich annehmen, daß die meisten Uebel für das weibliche Geschlecht, *nach seinem natürlichen Charakter*, schreckender sind als für das männliche, und daß, wenn die Frauen, im Durchschnitte genommen, ihrem natürlichen Charakter treu blieben, die Strafgesetzgebung in Beziehung auf sie minder hart seyn müßte, als die Strafgesetzgebung für Männer. Allein die meisten Individuen dieses Geschlechts sind von ihrem natürlichen Charakter abgewichen, und eben so ent-

artet, wie in ihrer Art die Männer. So gewiss es nun ist, dass das Weib seinem Natürlichen Charakter nach sanft und lenksam ist, eben so gewiss ist es, dass das entartete Weib an Hartnäckigkeit dem Manne nichts nachgibt, und dass, um es von gewissen Verbrechen abzuschrecken, eben so furchtbare Uebel zu Strafen gewählt werden müssen, als in Beziehung auf die Männer.

Ich wage es indessen nicht über dieses so schwere Problem der Strafgesetzgebung zu entscheiden, und sehe mit Begier der Erscheinung einer diesem Gegenstande gewidmeten Schrift entgegen, welche Herr *Hommel* angekündigt hat.

- 2) *Die Criminalgerichtsbarkeit* ist die dem Oberherrn zukommende Pflicht, die durch das Gesetz bestimmten Strafen an denen gesetzmäßig erwiesenen und überführten Verbrechern wirklich vollziehen zu lassen. Dass der Verbrecher nach dem Strafgesetze gestraft werde, ist unnachlässlich, so lange die Befolgung des Strafgesetzes, als Mittel für den Staat angesehen werden kann. Nur dann, wenn diels ohne Widerspruch nicht möglich ist, darf das Strafgesetz nicht angewendet werden.

Nach diesem Prinzip kommt die Nothwendigkeit, Strafen zu schenken, oder zu mildern, auf

äußerst wenige Fälle zurück, und es bleibt der Willkühr des Oberherrn nichts überlassen.

Einen Verbrecher begnadigen heißt ihn von der verdienten Strafe freysprechen, oder ihm statt einer verdienten härtern eine gelindere zu sprechen. Das eine und das andre darf nicht geschehen: 1) wegen Privatgunst des Oberherrn gegen den Verbrecher *); 2) wegen der Umstände, unter dem das Verbrechen verübt worden ist **);

*) Wenn der Oberherr begnadigen darf, so darf er es nicht seiner, sondern des Staats wegen. (S. diesen Theil S. 3—7.)

**) Diese Umstände sind: a) entweder *äußere*, b) oder *innere*; *äußere* sind Verhältnisse außer dem Verbrecher, die ihn zum Verbrechen reizen konnten; *innere* sind Zustände und Stimmungen seines Gemüths, welche ihm die Unterlassung des Verbrechens erschwerten, wie z. B. Leidenschaft, Mismuth u. dergl. Weder jene noch diese geben Anspruch auf Begnadigung. Am allerwenigsten ist Leidenschaft ein Begnadigungsgrund. Denn durch Strafen soll ja eben verhindert werden, daß Menschen sich nicht einem Grade von Leidenschaft überlassen, der zu Verbrechen führen kann.

Ich gestehe, daß die Behauptung, Leidenschaft könne kein Milderungsgrund für die Strafe eines Verbrechers seyn, zu viel Widerstand von Seiten der sympathetischen Gefühle unsers Herzens findet, um nicht für die größere Menge selbst *denkender* Köpfe empörend zu seyn. Jeder kennt die Leich-

3) wegen der Verdienste *) des Verbrechers um den Staat.

tigkeit, mit welcher sich Leidenschaften unsrer bemächtigen, und die Macht der Hindernisse, die sie dann unserer Freyheit entgegen setzen, um gesetzmäßig zu handeln, jeder trägt die Ueberzeugung bey sich, daß er der höchsten Wahrscheinlichkeit nach den Reiz zum Verbrechen nicht überwinden würde, welchen gewisse Leidenschaften mit sich führen können. Deshalb glauben wir uns gewöhnlich berechtigt, von dem Strafrichter zu fordern, daß er in Hinsicht der Leidenschaft, in Fällen, wo sie Verbrechen gebahr, von der Strenge der Gesetze nachlasse. Indessen heist diess doch nichts anders, als: zu Gunsten der Gefühle den Gesichtspunkt einer von Gefühlen ganz unabhängigen Sache verrücken. Die meisten Hauptverbrechen entstehen dadurch, daß ein Mensch gewisse starke Reize zur Illegalität, gewisse mächtige Hindernisse der Legalität nicht überwand, die er jedoch vermittelst seiner Freyheit überwinden konnte. Sollte der Staat auf diese Rücksicht nehmen, so dürfte er gar nicht hart strafen, und müßte den Zweck der Abschreckung, auf den sich alle Strafgesetzgebung bezieht, aufgeben. Nur wiefern man die bürgerlichen Strafen falschlich blos auf den Verbrecher bezieht, und die Hinsicht auf das Ganze fahren läßt, kann man es sich ohne Widerspruch als nothwendig denken, daß bey Zuerkennung der Strafen auf jene Umstände Rücksicht genommen werde. Für den, welcher den richtigen Gesichtspunkt, trotz aller Gefühle, festhält, heist es: *leges rem furdam, inexorabilem esse, nihil laxamenti nec veniae habere, si modum excefferis.* Liv.

Der einzige rechtmäßige Begnadigungsgrund ist die Gewissheit oder Wahrscheinlichkeit, dass die Ausübung der im Gesetze bestimmten Strafe eines Verbrechers den Staat in Gefahr setzen oder ihm doch mehr Schaden verursachen würde *), als dadurch möglich ist, dass vielleicht durch das Beyspiel der Begnadigung Bürger zu Verbrechen gereizt werden. In

*) Auch diese Behauptung, dass Verdienste kein Begnadigungsgrund für einen Verbrecher seyen, ist in vielen Hinsichten für das Gefühl empörend, aber darum doch nicht minder wahr. Wenn übrigens ein Mann, der von einer gewissen Seite als Stütze des Staates angesehen werden muss, von einer Strafe ausgenommen wird, die er wegen eines Verbrechens verwirkt hat, die ihn aber dem Staate entreissen und dadurch den Staat in Gefahr bringen würde, so geschieht die Begnadigung nicht wegen seines Verdienstes, sondern wegen seiner Nothwendigkeit für den Staat, und da kommt es auf das Prinzip zurück, welches ich für die rechtliche Möglichkeit aller Begnadigung aufgestellt habe.

*) Man setze den Fall, dass ein grosser dem Staate unentbehrlicher General ein bürgerliches Verbrechen begehe, auf welches der Tod gesetzt ist; sein Tod würde in Kriegszeiten den Staat offenbar in Gefahr setzen, in Friedenszeiten ihm doch unendlich mehr Schaden zuziehen, als nur irgend durch die Folgen der Begnadigung möglich wäre. Kein Bürger kann wollen, dass dieser General, etwa wegen eines Mordes, hingerichtet würde.

diesen Fällen kann die Begnadigung Gegenstand des allgemeinen Willens seyn, oder vielmehr sie muß es seyn.

Anm. 1. Das Mislingen einer wirklich unternommenen That kann eigentlich die Strafe weder aufheben, noch mildern. Denn der Staat straft nicht wegen des einzelnen Erfolgs, sondern wegen der That selbst, und ihrer Gefährlichkeit für das Ganze. Der Versuch einen Menschen zu ermorden scheint so viel zu gelten, als die Ermordung selbst, wenn nur der Versuch keinem Zweifel ausgesetzt, sondern zugestanden ist *).

Anm. 2. Im Gegentheile wächst die Strafbarkeit einer Handlung nicht, wenn *zufälliger Weise* weit nachtheiligere Folgen daraus entspringen, als es die Natur derselben an sich mit sich bringt.

*) Ein Koch giebt z. B. seinem Herrn in einer Speise Gift; der Herr entdeckt es, und ist gerettet. Mir scheint, der Koch sey nichts destoweniger als Mörder anzusehen und zu bestrafen, wenn auch gleich seine That ihre beabsichtigte Wirkung nicht hat. So auch mit einem diebischen Einbruche, welcher verhindert wird. Der bey der Unternehmung desselben erappte und daran verhinderte Mensch ist eben so schuldig des Diebstahls, als wenn er wirklich Güter des Andern in Besitz genommen hätte.

Anm. 3. Wenn eine That eine andre Folge hat, als der Thäter beabsichtigte, so kann ihm diese Folge nicht zugerechnet werden. Wenn indessen der Thäter die Folge vorhersehen konnte, so wird die Strafe der That mit Beziehung auf die Folge bestimmt *).

Anm. 4. Wer einem Verbrecher Mittel zur Begehung des Verbrechens dergestalt dargeboten hat, daß es klar ist, dies Verbrechen sey auch sein Zweck gewesen, nimmt an der Schuld des Verbrechers Theil.

Anm. 5. Wer ein Verbrechen hindern konnte und nicht hindert, ist selbst ein Verbrecher. Diefs folgt aus den Grundverträgen aller bürgerlichen Gesellschaft. Und wenn in den meisten Staaten von dieser Seite viel zu wenig Schärfe angewendet wird, so ist diefs als Unvollkommenheit der Strafgesetzgebung und Justizverwaltung anzusehen.

II. In Beziehung auf die Auswärtigen zeigt sich die vollziehende Gewalt : 1) in der Verthei-

*) Ein Mensch wirft den andern zur Treppe herunter, dieser bricht den Hals. Jener kann nicht als Mörder bestraft werden; allein allerdings muß die Strafe für die That des Hinunterwerfens zur Treppe mit Hinsicht auf die Möglichkeit des Todes bestimmt werden. Denn wer diese That verübt, beabsichtigt gerade nicht, aber riskirt doch den Untergang eines Menschen.

digung des angegriffenen Staates; 2) in der Erzwingung von Leistungen, zu denen Auswärtige durch Vertrag verpflichtet sind. Der Oberherr muß nothwendigen Falls die Forderungen durchsetzen, welche der Staat ohne allen Vertrag, und jene, die er durch einen Vertrag an die Auswärtigen zu machen berechtigt ist.

Der Oberherr hat keine Pflicht zur Gewaltanwendung gegen die Auswärtigen, als im Falle eines Unrechts, welches sie gegen seinen Staat zu verüben im Begriff sind, oder eben verüben, oder schon verübt haben. Diese pflichtmäßige Gewaltanwendung aber ist blos auf Vertheidigung, und Erzwingung der Geltung der Rechte des Staats eingeschränkt, weit entfernt, daß sie auf *Strafe* oder wohl gar *Rache* gienge.

- a) *Strafe* kann aus demselben Grunde ohne Vertrag nicht rechtmäßig von einem Staate gegen die Auswärtigen angewandt werden, nach welchem überhaupt kein Mensch den andern strafen darf, ohne durch seine Einwilligung dazu berechtigt zu seyn. (S. *mein Naturr.* I. Th. S. 189. II. Th. Vorr.) Allein Staaten können unter sich Verträge schließen, bey denen sie sich gegenseitig der Bestrafung unrechtmäßiger Handlungen unterwerfen. Dann hat der Oberherr Pflicht, zu strafen.

- b) Von der *Rache* gelten auch hier, wie natürlich die allgemeinen Gründe gegen ihre Moralität.

Die Pflicht der Gewaltanwendung gegen Auswärtige, welche der Oberherr durch Unrecht derselben gegen seinen Staat bekommt, geht in das Unendliche, d. h. er ist verbunden, wenn es anders dem Wohle des Staats nicht zuwider ist, in dem Verhältnisse, als das Unrecht der Auswärtigen oder die Folgen desselben dauern, in der Anwendung gewaltsamer Mittel fortzuschreiten, und bis auf das äußerste fortzugehen. Nichts kann ihn hier einschränken, als die Hinsicht auf das Beste des Staates, den er regiert.

In der vollziehenden Gewalt gegen Auswärtige ist enthalten die *Kriegsgewalt* des Oberherrn.

Krieg ist der fortdauernde und planmäßige Gebrauch von Gewaltmitteln eines Staates gegen einen andern, zur Durchsetzung seiner Rechte. Jede Beleidigung der Auswärtigen berechtigt, wenn sie fortgesetzt wird, oder doch ihre aufheblichen Folgen wegen der rechtswidrigen Hartnäckigkeit des Beleidigers fortauern, einen Staat zum Kriege. Allein so wie es dem Interesse des einzelnen Menschen nicht immer angemessen ist, sein Recht gegen einen Beleidiger durchzusetzen, so wi-

derspricht dieß auch oft dem Interesse eines Staats. Dem Oberherrn kommt vermöge des Unterwerfungsvertrags die Pflicht zu, nach seiner besten Einsicht zu entscheiden, ob das Wohl des Staates die Durchsetzung eines Rechtes durch Krieg fordere. Diese Entscheidung ist unter mancherley Umständen nicht leicht und in den meisten Fällen dürften sich die Bürger, wenn sie Stimmen geben sollten, schwerlich über einen einzigen Entschluß vereinigen. Das Criterium der Beurtheilung des Beschlusses des Oberherrn ist auch hier kein andres als die *Möglichkeit* der allgemeinen Einstimmung über Krieg oder Frieden. Wenn es also, nach der Lage des Staates, nur nicht widersprechend ist, in Betref des Beschlusses Krieg anzufangen, oder Friede fortzusetzen, den allgemeinen Willen der Bürger als möglich anzunehmen, so hat der Beschluss des Oberherrn für die Unterthanen streng verbindende Kraft.

Der Oberherr kann nur durch eine wahre Beleidigung, die seinem Staate von einem andern wiederfährt, zum Anlange eines Kriegs mit demselben verpflichtet seyn, und zwar muß die Beleidigung, wenn sie eben im Werk ist, und fortgesetzt wird, verhindert, oder müssen, wenn sie schon verübt worden, und erhebliche Folgen hinterlassen hat, diese Folgen

gehoben werden können. Außerdem ist jeder Krieg rechts- und pflichtwidrig.

Eben so wenig, als die Noth seines Staates den Oberherrn zum Kriege gegen einen andern, der den seinigen nicht beleidigte, berechtigen kann, eben so wenig geschieht dies durch die Furcht vor dem Wachsthum eines fremden Staates an Macht, oder die Furcht vor seinen innern Unruhen, wodurch jedoch kein Auswärtiger noch beleidigt worden, eben so wenig auch durch die Vernachlässigung der Cultur in dem andern Staate. Vortreflich sagt in der letztern Hinsicht Herr Jakob, philos. Rechtsl. §. 832. „Ein jedes Volk ist „ursprünglich mündig. Denn es ist selbst „durch einen Vertrag entstanden, und existirt „folglich als eine moralische Person, welche „ihre Rechte selbst ausüben kann. Was aber „ein Mündiger für einen Gebrauch von seinen Rechten mache, gehet Niemanden etwas an. Es kann daher nie ein Volk, wenn „es auch das allerweiseste und klügste wäre, „ursprünglich ein Recht haben, der Vater „oder Vormund eines andern, das roher oder „dümmer ist, zu seyn, und in ihm die moralischen Zwecke (Aufklärung, verbesserte Verfassung, bessere Religion) wider seinen Willen zu besorgen, und unter diesen scheinbar „moralischen Vorwände sich eine Gewalt über „dasselbe anzumaachen.“

Wenn

Wenn der Oberherr wegen einer Beleidigung Krieg beschliesst, so hat er nicht nöthig, es dem Beleidiger zu erklären, welcher das Recht des Beleidigten kennt, aber nicht befugt ist, von ihm zu fordern, dass er, ob er sein Recht gegen ihn durchsetzen wolle, ihm in voraus andeute.

Ann. 1. Vermuthung eines feindlichen Angriffs auf den Staat berechtigt nicht zum Kriege, aber allerdings Androhung desselben.

Ann. 2. Der Oberherr hat nicht nöthig, vor Beschliessung des Kriegs Unterhandlung zu versuchen, obwohl es unter manchen Umständen eine Pflicht für ihn seyn kann, die er dem Wohle des Staates schuldig ist.

Ann. 3. Der Oberherr ist verpflichtet, seinen Unterthanen die Gründe zu erklären, wegen welcher er Krieg gegen einen andern Staat beschliesst.

Ann. 4. Wie werden die Rechte eines Staates verletzt? — So wie ein Staat wegen der Einheit der Willen Aller in Beziehung auf den Zweck als Person angesehen werden muss, so besitzt er das Recht einer vollkommenen Unabhängigkeit von dem Willen der Auswärtigen in Rücksicht aller Beschaffenheiten und Handlungen, durch welche die gleiche Un-

abhängigkeit der Auswärtigen nicht eingeschränkt wird.

Verletzung ist diesernach:

- a) Jeder Angriff auf das Leben und Seyn eines Staates. Da dieses in der Form seiner durch den allgemeinen Willen bestimmten Verfassung besteht, so ist es die größte mögliche Verletzung, wenn ein Staat die Verfassung des andern gewaltsam verändern will, ohne durch ein ihm von selbigem vorher angethanes Unrecht dazu berechtigt zu seyn.

Ein Angriff auf die Person des Oberherrn ist ebenfalls als ein Attentat auf das Leben des Staates anzusehen.

Anm. Die Unvollkommenheit einer Verfassung kann, selbst wenn sie einem andern Staate gefährlich wäre, ihn doch nicht berechtigen, jene Verfassung eigenmächtig zu ändern.

- b) Jeder Angriff auf die Bestandtheile und Güter eines Staates. Jeder Staat hat Bestandtheile und Güter, welche wesentlich zu ihm gehören, und Bedingungen seines Lebens und Seyns ausmachen. Es sind dieses *Personen* und *Sachen*. Jede rechtswidrige Behandlung einer zum Staate gehörenden Person oder Sache, ist *Verletzung*.

Anm. Das *Territorium* gehört zu den Gütern eines Staates, und jeder dem Willen des Staates zuwiderlaufende, oder ohne seine Einwilligung unternommene Gebrauch desselben ist *Verletzung*.

Es ist eine Folge schwankender Begriffe, wenn sich immer noch so viele Naturrechtslehrer von der Annahme eines Rechtes des Nothgebrauchs, und des unschädlichen Gebrauchs nicht losreißen können. Eine zwiefache Illusion ist hier im Spiele: Auf der einen Seite setzen sie Gründe des Eigennutzes als Basis des Rechts voraus, indem sie behaupten, man könne durch Bedürfnis Recht bekommen, und durch Mangel eines Bedürfnisses Recht verlieren; auf der andern verwechseln sie den Gesichtspunkt der Billigkeit mit dem Gesichtspunkte des Zwangsrechts, indem sie annehmen, man könne Recht haben zu erzwingen, was zuzulassen die Billigkeit dem andern gebiethet.

- c) Jeder Angriff auf die freye Wirksamkeit eines Staates; diese kann *unmittelbar* sowohl als *mittelbar* eingeschränkt werden. *Unmittelbar* wird sie es, wenn ein anderer Staat gewaltsam hindert: 1) die Erhaltung des Staates durch rechtmäßige Mittel; 2) die Vervollkommnung desselben durch rechtmäßige Mittel; 3) die

rechtmäßige Zueignung und Besitznehmung freyer Sachen, zu welchem Zwecke sie auch geschehe; 4) sein rechtmäßiges Geben und Annehmen von Versprechen, zu welchem Zwecke es auch sey. Jede solche Einschränkung ist Verletzung. *Mittelbar* wird die freye Wirksamkeit eines Staates eingeschränkt, 1) durch Mittheilung falscher Vorstellungen, welche ihm nachtheilig sind. Der höchste Grad der Verletzung von dieser Seite geschieht durch betrügerische Verträge. 2) durch Angriff auf die Ehre eines Volkes.

Alle diese Arten von Verletzungen berechtigen einen Staat zum Kriege, obwohl der Oberherr in vielen Fällen verbunden seyn kann, das Recht des beleidigten Staates seines Wohls wegen nicht durchzusetzen.

Es hängt von der Urtheilskraft und dem Willen des Oberherrn ab, nach welchem Plane der Krieg geführt werden solle. Die Armee ist im Allgemeinen seinen Dispositionen unterworfen. Er bestimmt die Grenzen der Gewalt der Heerführer. Er entscheidet auch, wenn der Zweck des Kriegs als erreicht anzusehen sey, oder ganz oder zum Theil aufgegeben werden müsse. In jedem von diesen Fällen endigt er den Krieg durch Schließung des Friedensvertrags mit dem feindlichen Staate.

Anm. 1. Ueber die Art und Weise, einen rechtmäßigen Krieg zu führen, besonders über die Grade und Grenzen der in demselben Statt findenden Feindseligkeiten lassen sich keine Rechtsgrundsätze geben; denn so wie jedem Beleidigten, nach Rechtsgrundsätzen, alle Arten und Formen der Vertheidigung erlaubt sind, so darf auch der Oberherr eines verletzten Staates sie wählen, und den Armeen vorschreiben, wie er will. Dafs unter civilisirten Völkern auch im Stande des Kriegs gewisse Gesetze und Maximen gelten, welche der Willkühr und Wuth des Kriegers Grenzen setzen, Mäßigung und Menschlichkeit herrschend machen, ist nicht Folge der Kenntniss der Rechtsprinzipien, sondern der höhern moralischen Cultur.

Anm. 2. Herr *Hufeland* sagt in seinen *Lehrsätzen des Naturrechts* §. 742. „*Volles Zwangsrecht* wie gegen jeden willkührlichen Beleidiger, hat „nur gegen den ganzen willkührlich beleidigenden Staat, und die Staatsgewalt in demselben „Statt; *eingeschränktes* gegen Staatsbeamte, in „sofern ihre Willkühr Einfluss auf die Beleidigungen hat; *Zwangsrecht*, wie es gegen die „willkührlichen Beleidiger gilt, nur gegen diejenigen, deren Kräfte der Staat zum Gebrauch „der Gewalt verwendet; *gar keines* gegen die „übrigen Unterthanen, ausser in sofern der Staat „Rechte auf sie hat, die man (ohne dabey die

„ihnen gebliebenen Rechte zu kränken) vereitelt.“ Ohne die Feinheit dieser Bestimmungen zu verkennen, muß ich dennoch gestehen, daß sie sich mehr auf die Gesetze der Billigkeit und des Edeln gründen, als auf die Grundsätze des Rechtes, welches dem Beleidigten zukommt. Wendet man die Grundsätze dieses Rechtes auf das Verhältniß eines beleidigten Staates zu dem beleidigenden Staate an, so ergibt sich unstreitig, daß der beleidigte Staat den beleidigenden, und alle seine Mitglieder, als *einen* Körper anzusehen *berechtigt* ist, den er in jedem seiner Theile angreifen darf, so lange die Beleidigung und ihre Folgen dauern, und daß sich, wenn man nicht zu ethischen Prinzipien seine Zuflucht nimmt, schwerlich Grenzen bestimmen lassen, innerhalb welcher sich die Willkühr des Beleidigten, gegen die verschiedenen Klassen der Mitglieder des feindlichen Staates, zu halten habe. Der beleidigte Staat darf nach Rechtsgrundsätzen ganz unstreitig die feindliche Gesellschaft auf jede mögliche Weise schwächen; jede Bedrückung also z. B. der Unterthanen, wodurch der Beleidigte seinem Zwecke näher rückt, ist rechtmäßig, wenn sie auch barbarisch seyn sollte.

Anm. 3. Verträge, welche der Oberherr mit dem Feinde schließt, müssen gehalten werden.

Gesellschaften, deren eine die andre rechtmäßig bekriegt, stehen im Verhältnisse des Beleidigten zum Beleidiger, dieses Verhältniß kann sie unmöglich über die Prinzipien aller moralischen Ordnung wegsetzen, kann sie unmöglich von der Pflicht, Wort zu halten, befreien. Der Beleidigte hat Recht zu allen Zwangsmitteln gegen den Beleidiger, nur zu keinem, welches ohne Verletzung einer Pflicht nicht möglich ist, er hat also kein Recht, betrügerische Versprechungen an ihn zu thun, um sich dadurch seines Zweckes zu versichern, oder sich ihm doch zu nähern. Der Beleidiger vergrößert durch ein Verfahren dieser Art seine Schuld, und thut von neuem Unrecht.

Anm. 4. Der Oberherr hat kein Recht, einem von einem andern beleidigten und mit ihm rechtmäßig Krieg führenden Volke, ohne durch einen Vertrag mit selbigem dazu bestimmt zu seyn, kriegerische Hülfe zu leisten, wenn nicht die Unterstützung desselben eine Bedingung der Erhaltung und des Wohlstandes seines Staates ist; dann ist er dazu verpflichtet. Außer diesem Falle ist er zur Beobachtung der Neutralität verpflichtet.

Die *Neutralität* eines Staates in Beziehung auf kriegführende Völker besteht darin, daß

der Staat entweder keinem von Beyden irgend ein Mittel für den Zweck der Kriegführung gewährt, oder in der Gewährung derselben vollkommene Gleichheit beobachtet. Herr *Hufeland* sagt: §. 747. „höchste Gleichheit im „Betragen gegen die beyden kriegführenden „Völker zu beobachten, ist das neutrale Volk „nicht verbunden.“ Allein da jeder Vortheil, welchen ein neutraler Staat, einem von mehreren kriegführenden Staaten vorzugsweise zukommen läßt, den Zweck voraussetzt, diesem den günstigen Erfolg des Kriegs zu erleichtern, so wird wohl unstreitig durch jede Abweichung von der Gleichheit die Neutralität verletzt, und dadurch dem andern zurückgesetzten Staate Grund zur Feindseligkeit gegeben. Ist ein neutraler Staat durch vorhergegangene Verträge verbunden, einem von beyden kriegführenden Mächten gewisse Unterstützungen zu leisten, so kann er im strengen Sinne des Wortes nicht neutral seyn, oder er muß der andern Macht dann auch eine gleiche Unterstützung zukommen lassen.

Jeder Staat hat das Recht, seinen Entschluß, bey einem Kriege neutral zu bleiben, mit Gewalt durchzusetzen, und dem Oberherrn kommt es zu, zu entscheiden, ob und auf welche Weise dieses geschehen solle. Selbst wenn ein Krieg den edelsten Zweck hätte,

so dürfte dennoch kein Staat gezwungen werden, an selbigem Theil zu nehmen, und derjenige Staat, den man gewaltsam dazu nöthigen wollte, würde das Recht haben, seine Freyheit durch alle Gegengewalt zu sichern.

Da die Neutralität sich auf alle Mittel bezieht, die zu dem Zwecke des Krieges gebraucht werden können; so ergiebt sich, daß ein neutraler Staat entweder beyden kriegführenden Mächten allen Gebrauch seines Territoriums versagen, oder beyden denselben gestatten müsse.

Wenn übrigens neutrale Mächte die kriegführenden mit Mitteln für den Krieg unterstützen, so können sie eben so wenig es einer jeden von ihnen verargen, wenn sie die für den Feind bestimmten *und von ihm schon verhandelten* Mittel gewaltsam wegnehmen, als diese es den neutralen Mächten für Unrecht anrechnen können, wenn sie durch Gegengewalt ihre Freyheit sichern, die kriegführenden Mächte mit jenen Mitteln zu versehen. Jede rechtmäßige Neutralität darf bewafnet seyn, und ein neutrales Volk darf sich durch die Kraft der Waffen die Freyheit erhalten, in keiner Rücksicht Parthey zu nehmen. Es darf also mit den kriegführenden Mächten Handel treiben, wie mit andern.

II. Alle andre Eintheilungen der Gewalten des Oberherrn sind in derjenigen zugleich mit enthalten, welche von S. 34. dieses Bandes bis S. 105. dargestellt und entwickelt worden ist.

So leitet man Eintheilungen der Gewalten her, von den Mitteln, die der Staat für seinen Zweck anwendet, wiewohl es entweder persönliche Kräfte, oder Sachen und Güter sind, von der zwiefachen Beziehung des Zweckes des Staats, auf die Menschen außer ihm, und die in ihm; (*äußre Hoheit, innre Hoheit,*) von der Wesentlichkeit oder Zufälligkeit der Mittel für den Zweck des Staats, und der sich darauf beziehenden Rechte des Oberherrn. (*wesentliche, zufällige Majestätsrechte*); u. f. w.

*) Bezieht sich auf S. 34. §. I.

A n h a n g

über das Verhältniß der Kirche zum Staate, und
die rechtliche Möglichkeit einer Gewalt des
Oberherrn in Beziehung auf die Kirche.

I.

Ein Staat kann ohne Kirche existiren. Wenn aber Kirche in ihm Statt findet, so ist sie entweder eine Bedingung der bürgerlichen Verbindung selbst, oder sie ist eine zufällige von der Willkühr der Bürger abhängige Gesellschaft. Die äußern Anstalten für dieselbe sind entweder öffentliche, oder Privateinrichtungen.

2.

Eine Kirche ist eine Bedingung der bürgerlichen Verbindung selbst, wenn nach dem Vereinigungsvertrage Niemand Bürger seyn kann, welcher nicht erklärt, einen gewissen Religionsglauben zu besitzen, und verspricht, ihm gemäß an einer gewissen Art der äußern Gottesverehrung Theil zu nehmen.

3.

Wenn eine Kirche auf diese Weise Bedingung einer bürgerlichen Verbindung ist, so hat

der Oberherr die Pflicht auf sich, dahin zu sehen, dass im Staate nichts jener Bedingung zuwiderlaufendes geschehe, also niemand Bürger werde, welcher sich von der Kirche ausschliesst, der Bürger des Bürgerrechts verlustig werde, sobald er von der Kirche zurück tritt.

Wie sich in dieser Hinsicht, die *auffehende, gesetzgebende, beurtheilende, und vollziehende Gewalt* äußere, ergiebt sich, nach der Entwicklung dieser Gewalten S. 36. u. ff. von selbst.

4.

Ist die Kirche eine zufällige von der Willkühr der Bürger abhängige Gesellschaft, so steht sie dennoch, wie jede andre Gesellschaft, unter der Staatsgewalt.

5.

Der Staat darf von jeder solchen Gesellschaft fordern, dass sie ihre Ueberzeugungen erkläre, und darf Gesellschaften, welche Ueberzeugungen erklären, bey denen keine feste Ausübung der Pflichten des Menschen und Bürgers möglich ist, von sich ausschliessen.

Solche Ueberzeugungen würden z. B. seyn: daß aller Krieg unmoralisch sey, daß man Menschen von andern religiösen Meynungen betrügen dürfe, daß man zu gewissen Zwecken falsch schwören dürfe, u. dergl.

6.

Oeffentliche Anstalten für eine gewisse Art der Gottesverehrung sind Anordnungen der Polizeygewalt, und bleiben ihr untergeordnet.

Wie dieser Theil der Polizeygewalt aus der oberherrlichen Gewalt folge, ist S. 50 — 56 gezeigt worden.

7.

Privatanstalten dieser Art hängen ihrer Einrichtung nach von der Willkühr der Mitglieder der kirchlichen Gesellschaft ab, für welche sie bestimmt sind. Sie sind indessen der Aufsicht des Oberherrn in sofern untergeordnet, als sie nichts enthalten dürfen, wodurch die Erreichung des Zweckes des Staates erschwert würde.

Ann. Kann ein Staat eine siche Anstalt zur Schützung der Menschenrechte seyn, wo die Erklärung eines gewissen Religionsglaubens Bedin-

gung der Theilnahme an der Verbindung für die Mitglieder ist? Und ist es nicht vielleicht widersinnig, einen Staat mit einer solchen Bedingung zu errichten? In zwiefacher Hinsicht zeigt es sich, daß ein solcher Staat die zur Erreichung seines Zweckes erforderliche Festigkeit, und Zuverlässigkeit nicht hat. Erstlich kann und muß jeder Bürger, dessen Religionsüberzeugung sich verändert, die Gesellschaft verlassen, und es ist nicht unmöglich, daß früher oder später eine so große Anzahl von Bürgern jene Veränderung erklärt, daß durch den Abgang derselben der Staat entkräftet, oder wohl gar ganz aufgelöst wird. Dann kann auch der Staat bey jener Bedingung sein Recht auf die Kinder der Bürger nicht geltend machen. Da ihnen eine gewisse religiöse Ueberzeugung nicht aufgezwungen werden kann, und doch eine solche, *conditio sine qua non* ihres Bleibens im Staate ist, so ist möglich, daß der Staat eine so beträchtliche Anzahl derselben von sich entfernen muß, daß seine Stärke darunter auf eine höchstgefährliche Weise leide.

VII.

Pflichten der Unterthanen , der höchsten Gewalt Gehorsam zu leisten , und die rechtmäßige Ausübung derselben zu fordern.

I.

Der Bürger steht im Verhältnisse einer gedoppelten Unterthänigkeit. Nach der einen ist er dem Staate , nach der andern dem Oberherrn untergeordnet. Seine Unterthänigkeit in Beziehung auf den Staat , ist die im Vereinungsvertrage gegründete Nothwendigkeit , sich die Erreichung des Zwecks der Sicherung seiner Rechte , gemäß der durch den allgemeinen Willen bestimmten Form der Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft vorzusetzen. Seine Unterthänigkeit in Beziehung auf den Oberherrn ist die im Unterwerfungsvertrage gegründete Nothwendigkeit dem Willen des Oberherrn in allen seinen den Staat betreffenden , und den Grundgesetzen desselben conformen Verfügungen , den seinen unbedingt unterzuordnen. Aus dieser zwiefachen Unterthänigkeit ergeben sich die bürgerlichen Pflichten nach ihrem ganzen Umfange. Der Bürger hat aber nach dieser zwiefachen Unterthänig-

keit keine bloßen Rechte sondern durchaus Pflichten gegen Staat und Oberherrn.

2.

Die Unterthänigkeit des Bürgers gegen den Staat ist der Grund seiner Unterthänigkeit gegen den Oberherrn. Und eben desshalb bestimmt auch jene die Grenzen von dieser.

3.

Der Bürger ist durch seine Unterthänigkeit gegen den Staat zur Unterthänigkeit gegen den Oberherrn in Hinsicht aller seiner den Grundgesetzen gemässen Gebote verpflichtet. Er ist aber auch durch dieselbe Unterthänigkeit gegen den Staat verpflichtet, dem Oberherrn für alle den Grundgesetzen zuwiderlaufende Gebote den Gehorsam zu versagen.

4.

Der Bürger ist verpflichtet, alle Handlungen zu unterlassen, wodurch der Staat in Gefahr gesetzt würde, und alle Handlungen zu thun, ohne welche der Staat nicht erhalten werden kann.

Anm. Wenn also auch der Unterthan die Pflicht hat, dem Oberherrn in dem Falle, wo er
Gebo-

Gebothe giebt, die den Grundgesetzen des Staats nicht conform sind, den Gehorsam zu versagen, so darf dieses doch nur so geschehen, daß er dabey den Staat nicht in Gefahr setze.

5.

*Jeder aus der höchsten Gewalt des Oberherrn folgenden Pflicht entsprechen von Seiten der Unterthanen Pflichten des unbedingten Gehorsams. Der Unterthan ist also zum unbedingten Gehorsam verpflichtet: 1) gegen die aufsehende Gewalt *); 2) gegen die gesetzgebende Gewalt **); 3) gegen die beurtheilende Gewalt ***); 4) gegen die vollstreckende Gewalt des Oberherrn ****).*

Die Entwicklung dieser Verpflichtungen des Unterthanen ist nach der in dem vorigen Abschnitte enthaltenen Auseinandersetzung der Gewalten überflüssig.

*) S. diesen Th. S. 36—45.

**) S. diesen Th. S. 45—64.

***) S. diesen Th. S. 64—66.

****) S. diesen Th. S. 66—

Es folgt aus der Unterthänigkeit des Bürgers gegen den Staat, dass er ohne Einwilligung desselben nicht auswandern darf.

S. den ersten Theil. Einleit. S. 15 — 19
S. 91 — 102.

Das Versprechen, ohne Einwilligung der Uebrigen die Gesellschaft nicht zu verlassen, liegt als ein wesentliches Bestandtheil mit in dem Vereinigungsvertrage, welcher außer dem gar keine sichere Verbindung begründete. Die Gesellschaft darf unstreitig das abtreten wollende Mitglied zu einer Entschädigung wegen des Abgangs seiner Güter und Kräfte zwingen.

Aus der gedoppelten Unterthänigkeit des Bürgers gegen den Staat und den Oberherrn folgen auch die Pflichten und Rechte, welche die Unterthanen gegen einander selbst haben.

Jeder Unterthan muss dem andern seinen unabhängigen Wirkungskreis unter der Herrschaft und dem Schutze der Gesetze zugestehen. Darinn besteht die bürgerliche Gleichheit.

9.

Kein Bürger darf den andern weder in der Ausübung seiner Pflichten, noch in dem Gebrauch seiner angeborenen und erworbenen Rechte stören. Rechte auf Leistungen des Mitbürgers kann der Bürger nur durch seine Einwilligung erlangen. Verbindlichkeiten gegen den Staat aber gehen allezeit denen durch Verträge mit Mitbürgern in Privatverhältnissen entstehenden vor.

10.

Der Bürger muß die Ausübung des rechtmäßigen Zwanges gegen einen ihm Unrecht thuenenden Mitbürger vom Oberherrn erwarten. Nur dann, wenn die Durchsetzung seines Rechtes vom Staate nicht erfolgen kann, hat er Befugnis zur Selbsthülfe. Die Art aber, wie er sich in diesem Falle selbst helfen darf, ist nicht durchaus einerley mit jener, die er im außergesellschaftlichen Zustande ausübt.

Anm. 1. So wie der Einzelne in der bürgerlichen Verbindung allezeit dem Ganzen nachsteht, so darf auch unter der Selbsthülfe, die dem Bürger erlaubt ist, wo ihn der Staat nicht schützen kann, in keinem Falle der Staat leiden.

Anm. 2. In Beziehung auf Vergehungen des Bürgers gegen den Bürger, welche wegen ihrer Gering-

fähigkeit keiner Strafe fähig find, darf der Bürger keine Privatgewalt anwenden, am wenigsten sie strafen. Vergehungen dieser Art können vorzüglich unbedeutende und folgenlose Verletzungen der Ehre seyn.

Anm. 3. Ueberhaupt darf der Bürger, dessen Ehre durch einen andern wenn auch noch so sehr verletzt worden, den Beleidiger eigenmächtig, und ohne die Durchsetzung seines Rechtes vom Staate zu erwarten, weder zum Widerruf, und, im Falle erlittenen Schadens, zum Ersatze zwingen, noch ihn strafen, noch ein den Gesetzen zuwiderlaufendes Mittel wählen, um die Stärke seines Ehrgefühles zu zeigen. Der Zweykampf, als ein solches Mittel, ist ein Verbrechen *)

*) Man verkennt die Natur des Duells, wenn man glaubt, daß der Bürger dadurch die Pflicht verletze, die Durchsetzung und Handhabung seiner Rechte von dem Staate zu erwarten. Denn darauf kommt es bey dem Duell gar nicht an. Der Duellant kann, wenigstens nach den jetzigen Verhältnissen, keinen andern Zweck haben, als, dadurch, daß er hohe Gefahr wagt, zu zeigen, wie viel ihm seine Ehre gelte. Sicherung kann er dadurch gar nicht erzielen, denn sich ohne alle Nothwendigkeit in Todesgefahr zu begeben, um sich für die Zukunft zu sichern, wäre widersinnig. Der Staat kann es aber nicht zugeben, daß Bürger, blos um ihr Ehrgefühl zu zeigen, sich in solche Gefahr stürzen, und die Duldung des Duells ist allezeit pflichtwidrig.

G r u n d f ä t z e
der Anwendung
des
natürlichen Staatsrechts.

Das natürliche Staatsrecht stellt die nothwendigen Bedingungen aller Recht - und Zweckmäßigkeit einer Staatsverbindung dar, bestimmt, was schlechterdings geschehen muß, und schlechterdings nicht geschehen darf, wenn vernünftig - sinnliche Wesen den Zweck der Sicherung ihrer sämmtlichen angebohrnen und erworbenen Rechte in einer solchen Vereinigung erreichen sollen. Vereinigung, Verfassung, Entscheidung und Durchsetzung sind die Punkte, um welche sich alle Betrachtungen dieser Wissenschaft drehen.

Die Prinzipien der Vereinigung, Verfassung und Entscheidung sind für jeden *rechtmäßigen* Staat dieselben, und, da jeder Staat der wirklichen Welt rechtmäßig seyn soll, so haben auch jene Prinzipien für die Beurtheilung aller Staaten der wirklichen Welt unabänderliche, und uneinschränkbare Gültigkeit.

1. Unter rechtmäßigen Staaten können in Hinsicht ihrer besondern Einrichtung mannigfal-

tige Verschiedenheiten Statt finden, die aus den eigenthümlichen Verhältnissen eines jeden folgen. Die wichtigste darunter beruht auf der Form der Regierung. Man hat ebendeshalb die Betrachtung der Formen der Regierung zu einem besondern Theile des natürlichen Staatsrechts unter dem Namen des angewandten natürlichen Staatsrechts gemacht.

2. Die Staaten der wirklichen Welt können, wenn sie nach den Grundsätzen des natürlichen Staatsrechts beurtheilt werden, von vielen Seiten als rechtswidrig verfasst und regiert erscheinen, und es fragt sich, welche Verbindlichkeiten in solchen Staaten denen in ihnen geborenen oder eingetretenen Bürgern zukommen.
-

I.

Ueber die Regierungsformen.

Die Grundgesetze eines Staats drücken den allgemeinen Willen aus, über die Art und Weise, wie durch die vereinigten Kräfte aller der Zweck der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden solle. Jene Gesetze sollen in allen Fällen angewendet, und durchgesetzt werden; dazu gehört Entscheidung der Urtheilskraft, und Entschluß des Willens. Soll der Gang der Staatsgeschäfte nicht ganz unterbrochen, oder doch aufgehalten werden, so muß eine Urtheilskraft und ein Wille als souverain anerkannt seyn, so daß jener Urtheilskraft jede andre nachgeben, jenem Willen jeder andre untergeordnet seyn muß. Die souveraine Urtheilskraft hat durchaus die Möglichkeit einer Uebereinstimmung aller Willen in einem Beschlusse, zu ihrer leitenden Idee.

Das höchste Problem in Hinsicht der Bestimmung dieser Urtheilskraft und dieses Willens geht dahin: *sie so fest zu setzen, daß die höchste hier mögliche Wahrscheinlichkeit da sey, daß ihre Entscheidungen auch wirklich die Entscheidungen Aller oder der Mehrheit seyn würden, wenn die Bürger wirklich im Einzelnen zum Stimmen kämen.* Die Lösung dieses Problems kann auf mehr als eine Weise mit mehr oder weniger Vollkommenheit erfolgen:

1. Alle Bürger wählen eine verhältnismäßige Anzahl von Bürgern aus, denen sie für eine bestimmte Zeit den Auftrag geben, nach ihrer Ueberzeugung von ihren Gesinnungen, und ihrer Kenntniss ihres Interesses, an ihrer Statt in den Angelegenheiten des Staats zu urtheilen, und zu beschliessen. Sie versprechen den Entscheidungen derselben, wenn sie dem Prinzip aller Rechtmäßigkeit und dem erhaltenen Auftrage nicht widersprechen, unbedingt Gehorsam zu leisten. (*Demokratie*.)
2. Alle Bürger wählen eine bestimmte Anzahl von regierungsfähigen Männern, und versprechen ihnen unbedingten Gehorsam gegen alle ihre rechtmäßigen Beschlüsse. (*Aristokratie*).
3. Alle Bürger wählen eine einzige regierungsfähige Person, und versprechen ihr unbedingten Gehorsam gegen alle ihre rechtmäßigen Beschlüsse (*Monarchie*).

Wenn die *Demokratie* sich nach der reinen Idee derselben realisiren liesse, so würde die Vernunft des Menschen ohne Widersinn weder für *Aristokratie* noch für *Monarchie* entscheiden können. Denn das vorhin angeführte höchste Problem für alle Regierung wird am vollkommensten in der *Demokratie* gelöst, und sie ist in der That die Idee der vollkommensten Regierungsform, das Ideal der Re-

gierungsform. Da es aber nur zu gewiss ist, daß eine *vollkommene Demokratie* unter die Unmöglichkeiten gehört, eine *unvollkommene* aber so gefährlich ist, daß sie kaum ein Staat genannt werden kann, so geht die Vernunft zu den Ideen der *Aristokratie* und der *Monarchie* über. Freye Wahl nach dem Prinzip der Würdigkeit soll in beyden entscheiden, sie entwirft also zuvörderst die Ideen der *Wahlaristokratie*, und *Wahlmonarchie*. Die *Wahlaristokratie* beruht auf der Voraussetzung, daß die zweckmäßigsten Entscheidungen und die prompteste Durchsetzung derselben sich von der gemeinschaftlichen Berathschlagung einer bestimmten Anzahl der besten und weisesten Männer erwarten lassen; die *Wahlmonarchie* auf der Voraussetzung, daß zweckmäßige Entscheidung, und schnelle Vollziehung sich durch die Person eines einzigen weisen Mannes am allervollkommensten vereinigen lasse.

So wie die Vernunft die *Wahlaristokratie* und *Wahlmonarchie* der *Demokratie* nimmermehr vorziehen würde, wenn sie nicht chimärisch wäre, so würde sie auch nie für die *Aristokratie* und *Monarchie* an die Stelle des Prinzips der freyen Wahl nach Würdigkeit, das Prinzip der Erbfolge setzen, wenn nicht Erfahrung lehrte, daß *freye Wahl nach Würdigkeit* mit so vielen Schwierigkeiten verknüpft, und so mannigfaltigen Irrungen ausgesetzt ist, daß sie in vielen Rücksichten auch unter die chimärischen Ideen gerechnet werden muß. Allein dieser niederschlagen-

den Erfahrung zu Folge muß sich dieselbe Vernunft, die sich anfangs im Zutrauen auf die menschliche Natur zur Idee der Demokratie erhebt, endlich mit Ergebung in das Loos der Menschheit mit einer Erbregerung beruhigen. Sie handelt dabey vollkommen einstimmig mit ihr selbst; sich selbst würde sie widerstreiten, wenn sie die Rechte des Menschen einem unausführbaren Ideale Preiß gegeben wissen wollte. Bey der Anordnung einer erblichen Regierung folgt die Vernunft der Voraussetzung, daß bey den vielen Schwierigkeiten, Irrungen und Täuschungen, denen die Wahl nach dem Prinzip der Würdigkeit ausgesetzt ist, der Staat weit weniger Gefahr läuft, wenn die Entscheidung wegen des Oberherrn nicht von der Freyheit der Menschen, sondern vom Zufalle der Geburt abhängt.

A.

Rechtsgrundsätze in Beziehung auf die Wahlreiche.

I.

D e m o k r a t i e.

I.

Die Demokratie ist diejenige Form der Regierung, wo alle wirkliche Bürger durch eine verhältnismäßige Anzahl bevollmächtigter Stellvertreter zu den Entscheidungen der Staatsangelegenheiten so zusammenwirken, dass der höchsten hier möglichen Wahrscheinlichkeit nach die Beschlüsse der Regierung diejenigen sind, welche wirklich Alle, oder doch die Mehrern wollen.

1. Man erklärt gemeiniglich die Demokratie viel zu vag, indem man mehr die sogenannten demokratischen Staaten der wirklichen Welt als die reine Idee dieser Form vor Augen hat, von welcher doch allein im natürlichen Staatsrechte die Rede seyn kann. Die Idee einer vollkommenen Demokratie ist ein Werk der sittlichen, und rechtspredhenden Vernunft; man kann sagen, dass sie eine Idee a priori ist, die Idee der

vollkommensten Menschenregierung, welche sich nach Rechtsgrundsätzen und mit Hinsicht auf die Verhältnisse der Menschen gedenken läßt.

2. Es läßt sich sehr leicht erklären, warum über den Werth der demokratischen Verfassung so entgegengesetzte Urtheile unter den Menschen herrschen. Einige haben die reine Idee der Demokratie in ihrer Vollkommenheit vor Augen, und sprechen natürlich mit Begeisterung darüber. Andre haben die entarteten Demokratien der wirklichen Welt im Sinne, und können natürlich nicht viel zum Lobe von ihnen sagen. Hobbes faßte den letzten Gesichtspunkt; daher seine Herabsetzung der Republikanischen Form. Rouffeau vereinigte beyde Gesichtspunkte, und eben desswegen konnte er den weisen Ausspruch thun: *s'il y avait un peuple de dieux, il se gouvernerait democratiquement; un gouvernement si parfait ne convient pas a des hommes*; ein Ausspruch, auf welchen man nur *das* erwiedern kann, daß ein Volk von Göttern, gar keiner Regierung bedürfte.

2.

Alle Bürger wählen die Stellvertreter, ohne Unterschied ihrer zufälligen Eigenschaften; die Versammlung, wo die Wahl angestellt wird, heißt die Urversammlung.

1. Nicht etwa blos diejenigen Bürger sind wahlfähig, welche bleibendes Eigenthum besitzen, oder wohl gar nur die, welche Grund und Boden besitzen, S. den ersten Theil S. 47—55.

2. Die Anzahl der Stellvertreter kann in einer Demokratie entweder blos nach der Menge des ganzen Volks verhältnismäßig bestimmt, oder zugleich auch Rücksicht genommen werden auf die Verschiedenheit der Klassen, und Stände der Bürger. Wie diess am zweckmäßigsten geschehe, ist eine Aufgabe für die Politick.

3.

Die Versammlung der Bürger in der Demokratie ist bestimmt, diejenigen Bürger auszuwählen, mit welchen auf eine gewisse Zeit der Unterwerfungsvertrag geschlossen werden soll.

4.

Durch diesen Vertrag werden jene Bürger bevollmächtigt, die Mittel für den Zweck des Staates den Grundgesetzen desselben gemäs anzuwenden, und diese Anwendung im Fall eines Widerstandes gewaltsam durchzusetzen.

5.

Jeder einzelne Stellvertreter bleibt Bürger. Die Gesamtheit aller ist der Oberherr.

Anm. 1. Der einzelne Stellvertreter bleibt Bürger, und steht unter den Gesetzen. S. den 1sten Th. S. 202. 203.

Anm. 2. Ich weiß nicht, ob Rousseau Recht hat, wenn er: du Contrat Social S. 82. (Zweybr. Ausg.) sagt: Il semble, qu' on ne sauroit avoir une meilleure constitution que celle, ou le pouvoir executif est joint au legislatif; mais c'est cela même, qui rend ce gouvernement insuffisant a certains egards, parceque les choses qui doivent être distinguées ne le sont pas, et que *le Prince et le Souverain* n' étant que la même personne, ne forment pour ainsi dire, qu'un Gouvernement sans Gouvernement. Auch in der Demokratie ist das souveraine Volk (le souverain) und der Oberherr (le prince) unterschieden. Die Allheit der Bürger, die Stellvertreter *als Bürger* mit eingeschlossen, sind *der Souverain*; die Allheit der Stellvertreter, die übrigen Bürger ausgeschlossen, sind *der Oberherr*.

6.

Bey der Wahl der Stellvertreter findet eine gedoppelte Bevollmächtigung Statt, die von Seiten Aller an Jeden, und die von Seiten der beson-

besondern committirenden Mengen und Klassen der Bürger an die, welche sie für sich auswählen. Nach der ersten Bevollmächtigung hat jeder Stellvertreter die Verbindlichkeit, zu den Regierungsgeschäften nach den Grundgesetzen der Gesellschaft, mit der möglichsten Einsicht, und mit dem Geiste eines reinen Patriotismus mitzuwirken. Nach der zweyten haben die Stellvertreter in Hinsicht ihrer Committenten die Obliegenheit, mit genauester Hinsicht auf ihre besondern Verhältnisse, und Bedürfnisse und angemessen ihren daraus entspringenden politischen Gesinnungen zur Regierung mitzuwirken. Jeder Stellvertreter hat also eine gedoppelte Responsabilität, die gegen Alle Bürger, wiefern er zu rechtmässigen oder rechtswidrigen Entscheidungen mitwirken kann, dann die gegen seine Committenten, wiefern er seinen besondern von ihnen erhaltenen Aufträgen entweder gemäß oder nicht gemäß zur Regierung mitwirkt.

7.

Die Unterwerfung unter das Ganze der Stellvertreter in Hinsicht ihrer rechtmässigen Verfügungen ist unbedingt.

8.

Da aber die Stellvertreter eine zwiefache Bevollmächtigung haben können §. 6. so ist nur dann eine Verfügung rechtmäßig, wenn sie dieser zwiefachen Bevollmächtigung nicht widerspricht.

Ein Distrikt also, dessen Stellvertreter bey einer gewissen Verfügung gegen den besondern Auftrag ihrer Committenten gestimmt haben, braucht jene Verfügung nicht anzuerkennen, wenn sie bey einem pflichtgemäßen Betragen der Stellvertreter nicht getroffen seyn würde.

9.

Jeder Stellvertreter, welcher seiner Pflicht und Vollmacht entgegen handelt, muss vor dem Körper der Stellvertreter entfernt werden.

10.

Jeder solcher Stellvertreter ist ein Staatsverbrecher, und muss als solcher behandelt werden. Er wird also bestraft.

Jeder Bürger der Demokratie wird durch den Eintritt in den Staat auch rechtlich regierungsfähig, und es ist mit dem Vereinigungsvertrage zur Demokratie wesentlich verknüpft,

dass Jeder allen übrigen verspricht, im Falle der Wahl zum Stellvertreter nach Pflicht und Vollmacht zur Regierung mitzuwirken. Eine solche Mitwirkung im Falle der Wahl ist Bürgerpflicht, die Unterlassung Verbrechen, und zwar Verbrechen gegen den Staat. Wird der verbrecherische Stellvertreter gestraft, so wird nicht der Oberherr, sondern der Bürger gestraft, welcher durch gesetz- und vollmachtmäßige Handlungen den Oberherrn zum Theil mit bilden gesollt.

11.

Wenn der ganze Körper der Stellvertreter pflicht- und vollmachtwidrig handelt, so verliert er sein Regierungsrecht, und alle Glieder werden als Verbrecher gegen den Staat behandelt.

Auch hier wird nicht der Oberherr, sondern werden einzelne verbrecherische Bürger nach den Strafgesetzen behandelt.

12.

Der Körper der Stellvertreter in der Demokratie ist untheilbar.

13.

Eine Mehrheit von Stellvertretern, welche sich dem gesetzmässigen Mittel Staatsdeli-

berationen zur Entscheidung zu bringen widersetzt, und durch andere Mittel ihre Meynungen durchsetzen will, ist eine Faktion. Alle faktiöse Stellvertreter sind Staatsverbrecher.

14.

Wenn durch den Einfluss einer Faktion, oder das Verhältniß mehrerer Faktionen gesetz- und verfassungsmäßige Entscheidungen nicht möglich sind, so ist der Körper der Stellvertreter aufgelöst, und das Volk berechtigt zu einer neuen Wahl zu schreiten.

15.

Wenn Bürger sich den rechtmäßigen Befehlen der Gesellschaft der Stellvertreter widersetzen, und die Ausführung derselben unmöglich machen, dann entsteht eine Pöbelregierung (Ochlokratie).

Ann. Nicht Volksregierung, denn das Volk regiert in der Demokratie nur durch seine Stellvertreter.

16.

Dem Körper der Stellvertreter kommen alle in der höchsten Gewalt enthaltene und S. 34. bis 106. entwickelte Gewalten zu.

II.

Die Wahlaristokratie.

I.

Die Wahlaristokratie ist, nach der reinen Idee, eine solche Form der Regierung, wo die Ausübung der höchsten Gewalt durch den freyen Entschluß aller Bürger einer Mehrheit der besten und weisesten Männer übertragen wird. Diese Mehrheit bildet den regierenden Rath, dessen Glieder das Recht zur Regierung zusammenzuwirken auf Lebenslang, oder auch nur auf eine bestimmte Zeit erhalten können.

Die Wahlaristokratie, nach der Idee der Vernunft, ist von der Demokratie, nach der Idee der Vernunft, in folgenden Stücken verschieden: 1) die Optimaten müssen nicht Bürger seyn, welches für den Stellvertreter in der Demokratie nothwendig ist; 2) die Optimaten haben keinen besondern stellvertretenden Charakter, wie ihn die Stellvertreter in der Demokratie gegen ihre Committenten haben; (S. diesen Theil S. 128. 129.) 3) ihre Anzahl wird also auch gar nicht gegen die Anzahl des zu regierenden Volks verhältnismäßig zugemessen, so wie es in der Demokratie bey Bestim-

mung der Anzahl der Stellvertreter nach einer Eintheilung des Volks geschieht; 4) Der Optimat kann lebenslänglich bevollmächtigt seyn.

Anm. Mehrere Staatsrechtslehrer verkennen den richtigen Begriff sowohl der Demokratie, als der Aristokratie, wenn sie behaupten, diejenigen Demokratien der wirklichen Welt, wo alle Bürger nur durch Bevollmächtigte an der Regierung Theil nehmen, seyen für Aristokratien zu halten. Eine Demokratie, wo alle Bürger persönlich und unmittelbar zur Regierung mitwirkten, ist gar nicht einmahl eine Idee, deren Realisirung nur problematisch wäre, sie ist offener Wider sinn, und auch zu denken unmöglich. Deshalb aber, weil ein Staat durch eine Anzahl bevollmächtigter Repräsentanten regiert wird, verliert er den Charakter der Demokratie nicht, welcher vielmehr eben darinn liegt.

2.

Alle Bürger schliessen bey der Wahl der Optimaten den Unterwerfungsvertrag unter ihr Ganzes ab. Die Optimaten versprechen, nach ihrer besten Einsicht, und mit beständiger Richtung auf den Zweck des Staats und den allgemeinen Willen die höchste Gewalt auszu-

üben. Die Bürger versprechen ihnen unbedingten Gehorsam gegen alle ihre rechtmässigen Verfügungen.

3.

Alle Beschlüsse des regierenden Rathes, welche rechtmässig sind, verbinden den Unterthan zum Gehorsam. In Rücksicht ihrer sind weder der ganze Rath noch seine Glieder responsabel.

4.

Die einzelnen Optimaten können in allen Verhältnissen ausser der Regierung als Bürger angesehen werden.

5.

Als Bürger sind sie auch den bürgerlichen Gesetzen unterworfen, und ihnen gemäss, wenn sie sie verletzen, strafbar.

6.

Wenn der regierende Rath in irgend einem wesentlichen Stücke der Regierung der von den Bürgern erhaltenen Vollmacht entgegen

handelt, sey es nun in Beziehung auf den Zweck oder auf die Mittel, so verwirkt er dadurch sein Recht zu regieren, und ist der vertheidigenden Gewalt der beleidigten Bürger ausgesetzt.

7.

Der einzelne Optimat verliert durch eine vollmacht- und verfassungswidrige Mitwirkung zur Regierung, sein Recht mitzuwirken und hört auf Glied des regierenden Rathes zu seyn.

8.

Ob und wie in diesen Fällen die Optimaten zu bestrafen seyen, hängt von den nähern Bedingungen des Unterwerfungsvertrages ab.

III.

Die Wahlmonarchie.

1.

Die Wahlmonarchie ist diejenige Form der Regierung, wo die Ausübung der höchsten Gewalt durch den freyen Entschluss aller Bürger einem Einzigem wegen seiner ausgezeichneten Fähigkeit zu regieren, übertragen wird. Dieser Einzige heisst Monarch.

2.

Der Unterwerfungsvertrag begründet in der monarchischen Verfassung eben die Verbindlichkeiten für Oberherrn und Unterthanen, wie in den übrigen Formen der Regierung.

3.

Dem Monarchen kommt nach demselben die Ausübung aller in der höchsten Gewalt enthaltenen Gewalten zu, ohne dass er wegen der Art und Weise, wie er sie den Grundgesetzen der Gesellschaft gemäfs ausübt, an die Einwilligung andrer gebunden wäre.

Anm. 1. Die sogenannte *eingeschränkte* Monarchie ist gar keine wahre Monarchie; denn der Monarch ist hier nicht Alleinherr, sondern muß die Beystimmung von Ständen abwarten, um gewisse Hoheitsrechte auszuüben.

Anm. 2. Wenn der Monarch nur verbunden ist, gewisse Beschlüsse vor der Vollziehung den Ständen vorzulegen, die sie jedoch nur beurtheilen und prüfen, aber ihre Vollziehung nicht aufhalten können, so kann man nicht sagen, daß seine Monarchie *eingeschränkt* sey.

B.

Rechtsgrundsätze in Beziehung auf die Erb-
reiche.

I.

Ein Erbreich ist eine Staatsverfassung, nach deren Grundgesetzen die Pflicht der Regierung einem gewissen Geschlechte für seine ganze Dauer übertragen ist, so dass man, mit gänzlicher Verzichtleistung auf Wahl nach Prinzipien der Vernunft, die Bestimmung des Oberherrn dem Zufalle der Geburt überlässt.

In wiefern die Anordnung der Erblichkeit in der Regierung als vernunftmäßig vorgestellt werden könne, und welche Pflichten für die oberherrlichen Geschlechter und die Bürger daraus folgen, ist in diesem Theile S. 7—11. gezeigt worden.

2.

Eine Erbdemokratie würde eine solche Demokratie seyn, wo das Recht der Stellvertretung gewissen Geschlechtern für ihre ganze Dauer von einer Nation übertragen wäre. Da aber durch eine solche Uebertragung das We-

sen einer Demokratie aufgehoben würde, so erhellt, dass eine Erbdemokratie ein Unding ist.

3.

Eine Erbaristokratie ist eine solche, wo eine Nation das Recht, Mitglied des regierenden Rathes zu seyn, einem Geschlechte für seine ganze Dauer überträgt, wo also die Optimaten nicht nach Beurtheilung ihrer Eigenschaften, und ihres Werthes, sondern durch den Zufall der Geburt bestimmt werden.

4

Eine Erbmonarchie ist eine solche, wo eine Nation das Recht der Oberherrschaft den Individuen eines Geschlechtes für seine ganze Dauer überträgt, so dass nicht Beurtheilung des Individuums nach dem Prinzip der Würdigkeit, sondern der Zufall der Geburt den Oberherrn bestimmt.

5.

Das Recht zur Regierung mitzuwirken, oder zu regieren geht in der Erbaristokratie und Erbmonarchie nach der in der Verfassung be-

stimmten Folge auf die Glieder des berechtigten Geschlechts über. Und nur durch Weigerung eines Individuums, oder gänzliche Unfähigkeit desselben kann sein Recht erlöschen.

Wenig Verstand zu haben, benimmt einem solchen Individuum eben so wenig sein Recht, als der Besitz eines bösen Charakters. Der Hauptzweck der Nation, die die erbliche Form wählt, ist nicht vollkommen, ja nicht einmahl gut regiert zu werden, sondern überhaupt nur immer irgend einer konstitutionellen Regierung sicher zu seyn, sie will keinen weisen, keinen lebenswürdigen Oberherrn, sondern überhaupt nur irgend einen. Wenn eine solche Nation nicht durch diese Verzichtleistungen der Anarchie für immer ausweichen wollte, so hätte die erbliche Form gar keinen Sinn, und führte kein Recht mit sich.

6.

In jeder Erbaristokratie und Erbmonarchie gehören die Kinder der zur Regierung berechtigten Geschlechter der Nation und dem Staate, welcher denn auch seinem Zwecke gemäß die Erziehung derselben veranstaltet.

Es ist mit dem Erbreiche, wenn es nicht ganz widersinnig seyn soll, unabtrennlich verknüpft, daß die Nation sich das Recht vorbehalte, Aufsicht zu haben über die Erziehung der künftigen Optimaten, oder Monarchen. Da sie sich einmahl dem Zufalle der Geburt ganz überläßt, so rechnet sie nothwendig auf diejenigen Mittel, wodurch die Fehler des Zufalls gehoben, verbessert, und unschädlich gemacht werden können.

III.

Einschränkungen und Mischungen der Regierungsformen.

I.

Eine Regierungsform hat Einschränkungen, wenn auch die gesetzmäßigen Beschlüsse der vollziehenden Gewalt des Oberherrn, durch eine entgegenstehende Art, wie der allgemeine Wille sich äußert, aufgehalten werden können.

Es ist hier blos von Einschränkungen der vollziehenden Gewalt in Beziehung auf ihre *gesetzmäßigen* Beschlüsse die Rede. Denn *gesetzwidrige* Beschlüsse des Oberherrn haben ohnehin für die Bürger keines Staats verbindende Kraft, und berechtigen zum Widerstande. Es ist aber auch blos von *rechtmäßigen Einschränkungen* die Rede, und diese sind nicht dadurch möglich, daß einzelne Theile der Nation durch Aeussierung eines dem Beschlusse der vollziehenden Gewalt zuwiderlaufenden Willens die Ausführung dieses Beschlusses aufhalten können, sondern dadurch, daß eine besondere Einrichtung getroffen wird, vermittelt welcher der *allgemeine Wille* gewisse Entscheidungen des Oberherrn unwirksam machen kann. Sind in einem Staate bestimmte

Stände dessen fähig, so sind sie als Repräsentanten der Bürger anzusehen.

Alle andre Arten, die gesetzmäßigen Beschlüsse der vollziehenden Gewalt aufzuhalten, sind rechtswidrig. Es kann also in einem nach Grundsätzen der rechtsprechenden Vernunft eingerichteten Staate kein einzelner Stand an und für sich, und ohne Beziehung auf die ganze Gemeinheit der Bürger, das Recht haben, die vollziehende Gewalt in ihrem gesetzmäßigen Gange zu hemmen.

2.

Regierungsformen werden gemischt, wenn sie einander in einem und demselben Staate bey- und untergeordnet werden, um den Misbrauch der höchsten Gewalt, der nach der einen möglich ist, durch Anknüpfung der andern zu verhindern.

3.

Die reine Demokratie leidet keine Beymischung weder der aristokratischen noch der monarchischen Form. Die Aristokratie und Monarchie können nur durch eine Beymischung der demokratischen Form eingeschränkt werden.
Dies

Diefs geschieht aber , wiefern stellvertretende Stände das Recht haben, die vollziehende Gewalt des Oberherrn in der Durchsetzung von Beschlüssen, die zwar gesetzmässig sind, aber von ihnen nicht gebilligt werden, zu hindern.

In der wirklichen Welt giebt es eine Menge sonderbarer Mischungen der Regierungsformen, welche alle nach dem §. 2. angegebenen Prinzip geprüft werden müssen. Man lese über solchen die kurzen, aber treffenden Bemerkungen *Schlötzers* S. 144 — 155.

II.

Ueber die Anwendung der Grundsätze des natürlichen Staatsrechts auf die Beurtheilung der Staaten in der wirklichen Welt.

1.

Die Wahrheiten des natürlichen Staatsrechts sind unaufheblich, und von der Art der Entstehung, Verfassung und Regierung der Staaten der wirklichen Welt eben so unabhängig, als Naturrecht und Ethik von der gewöhnlichen Handlungsweise der Menschen.

2.

Staaten, welche nicht durch äußerlich freye Einwilligung der Mitglieder, sondern durch eine unter Anwendung von Gewaltmitteln erfolgte ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung entstanden sind, sind durch Unrecht entstanden.

3.

Sie sind aber nichts destoweniger vollkommen verbindende Gesellschaften, wenn sich nur ihre Verfassung und Regierung mit dem Charakter und der Würde vernünftiger Wesen verträgt.

4.

Staaten, deren Verfassung im Ganzen, oder in den meisten wesentlichen Theilen schlechterdings kein Gegenstand des allgemeinen Willens seyn kann, sind keine vollkommen verbindenden Gesellschaften.

5.

Allein Staaten, deren Verfassung in vielen Theilen so beschaffen ist, daß sie zwar wahrscheinlich Gegenstand des allgemeinen Willens nicht seyn würde, wenn derselbe zur Sprache käme, aber doch ohne Widersinn seyn könnte, solche Staaten sind vollkommen verbindende Gesellschaften.

6.

Wenn ein Staat so regiert wird, daß die Verfügungen des Oberherrn schlechterdings kein Gegenstand des allgemeinen Willens seyn können, so wird er eigentlich gar nicht regiert und die Bürger sind keinen Gehorsam schuldig.

7.

Wird er aber, obwohl nicht mit Weisheit, doch bis auf den Grad zweckmäßig regiert, daß die Verfügungen des Oberherrn Gegenstände des allgemeinen Willens seyn können,

wenn sie es auch in der wirklichen Welt wahrscheinlich nicht seyn würden, so ist die Regierung rechtmäßig, und der Bürger zum Gehorsam verbunden.

8.

Die Auseinandersetzung der Verbindlichkeiten der Bürger in Staaten, die durch Unrecht entstanden sind, in deren Verfassung zum Theil Unrecht verwebt ist, deren Regierung nicht zweckmäßig genug zu Werke geht, ist kein Problem für das natürliche Staatsrecht, sondern für die Pflichtenlehre des Menschen als Bürgers. Innerhalb dieser liegen auch die meisten Gründe, um die so schwere Frage wegen der Moralität der Aufstände und Revolutionen zu beantworten.

9.

Das allgemeine Staatsrecht enthält die ewig gültige Norm, nach welcher die Staaten der wirklichen Welt vervollkommenet werden müssen. Wie dieses so geschehen könne, dass doch dadurch die Bande der bürgerlichen Gesellschaft nicht aufgelöst werden, ist eine Frage der Politik.

E n d e

des natürlichen Staatsrechts.

U e b e r s i c h t
d e s I n h a l t s
des
Z w e y t e n T h e i l s.

Fortsetzung und Vollendung der Entwicklung des Unterwerfungsvertrags	S. 3—22
Gebundenheit des Oberherrn an die Gesetze der Ge- sellschaft	3
— Ueber Privilegien	4
— Ueber Begnadigungen	4—6
Dauer der Regierung	6
Begrif eines Erbreichs, damit verknüpfte Rechte und Pflichten	7
Begrif eines Patrimonialreichs	11
Pflichten des Oberherrn gegen rebellische Unterthanen	13—16

Unbefugtheit des Oberherrn, die Regierung einseitig aufzugeben	S. 16
Bedingungen der Befugnis oder Pflicht dazu	17
Recht der Unterthanen gegen den vertragsbrüchigen Oberherrn	20
Verhältnis des Oberherrn nach rechtmäßig niedergelegter Regierung.	21
III. Allgemeine Bemerkungen über die Grundverträge	23
betrachtet als Ideen	23
betrachtet als Thatfachen	24
Begrif einer Despotie	26
— eines Staates im Staate	27
— eines Staates über dem Staate	28
Untergeordnetheit aller Gesellschaften im Staate unter den Staat	28. 29
selbst der Kirche	29
V. Uebergang zum Folgenden	30
Begrif der höchsten Gewalt	30
Inwiefern sie in mehrere Gewalten zerfällt	32
Ihnen entsprechen von Seiten der Unterthanen Pflichten	33
VI. Nothwendige Leistungen des Oberherrn für den Zweck des Staats; Entwicklung der höchsten Gewalt nach denen darinn enthaltenen einzelnen Gewalten	34
A. <i>Auffehende Gewalt</i>	36
Allgemeine auffehende Gewalt	36—41

Allgemeine auffehende Gewalt in Beziehung auf Auswärtige	S. 37
Allgemeine auffehende Gewalt in Beziehung auf die Einheimischen und den Staat	39
Specielle auffehende Gewalt	41
Specielle auffehende Gewalt in Beziehung auf das Ausland	41
Specielle auffehende Gewalt in Beziehung auf das Innre und die Einheimischen	41
B. Gesetzgebende Gewalt im weitern Sinne.	45
I. Anordnende Gewalt	45
a) In Beziehung auf das Innre des Staats	46
α) Im Betreff der Aemter	47
β) In Beziehung auf kriegerische Vertheidigung	48
γ) In Beziehung auf die Finanzen	49
δ) In Beziehung auf Polizey	50
Begrif der Polizeygewalt	50—51
Polizeygewalt in Beziehung auf Cultur des Geistes der Unterthanen	52
Polizeygewalt in Beziehung auf Vollkommenheit der Körper der Unterthanen	56
Polizeygewalt in Beziehung auf Wohlstand der Unterthanen.	57
b) In Rücksicht des Verhältnisses des Staats zu andern Staaten	58
Dazu nöthige Aemter	59

Ueber die Gefandten	S. 59
a. Die gesetzgebende Gewalt im engern Sinne	62
a) Gesetzgebende Gewalt im engsten Sinne	62
b) Befehlende Gewalt	62
C. Beurtheilende Gewalt	64
D. Vollziehende Gewalt	66
Begriff derselben	66
Mittel derselben	70
1. Vollziehende Gewalt in Beziehung auf die Unterthanen	72
a) Justizgewalt	72
b) Criminalgewalt	74
α) Criminalgesetzgebung	74
Anmerkung über die auf Verschiedenheit der Stände dabey zu nehmende Rücksicht	76
Anmerkung über Bestrafung des Adels	83
Anmerkung über die Rücksicht auf Minderjährigkeit und Jugend bey der Strafgesetzgebung	84
Anmerkung über die Rücksicht auf den Unterschied der Geschlechter bey der Strafgesetzgebung	85
β) Criminalgerichtsbarkeit	87
Ueber die Begnadigung	88
2. Vollziehende Gewalt in Beziehung auf die Auswärtigen	92

Kriegsgewalt	S. 94
Begrif, Zweck und rechtmäßige Ursachen alles Kriegs	94
Verletzungen eines Staats, die zum Kriege berechtigen	98
Anm. über die Kriegführung	101
Anm. über die Feindseligkeiten gegen die Mitglieder des feindlichen Staats, die nicht Krieger sind.	101
Anm. über die Gültigkeit der Verträge zwi- schen kriegführenden Mächten	103
Anm. über die Neutralität	103
Anhang über das Verhältnis der Kirche zum Staate und die rechtliche Möglichkeit einer Gewalt des Oberherrn in Beziehung auf die Kirche	107
VII. Pflichten der Unterthanen, der höchsten Gewalt Gehorsam zu leisten, und die rechtmäßige Aus- übung derselben zu fordern	111
<i>Grundsätze der Anwendung des natürlichen Staatsrechts</i>	S. 117
I. Ueber die Regierungsformen	121
A. Rechtsgrundsätze in Beziehung auf die Wahl- reiche	125
Demokratie	125
Wahlaristokratie	
Wahlmonarchie	

B. Rechtsgrundsätze in Beziehung auf die Erbreiche

Erbaristokratie

Erbmonarchie

C. Einschränkungen und Mischungen der Regierungsformen

II. Grundsätze der Anwendung des natürlichen Staatsrechts auf die Staaten der wirklichen Welt 146

R e g i s t e r

der merkwürdigsten Sachen.

Die lateinische Zahl zeigt den Band, die deutsche die Seite an.

A.

Abgaben	II. 140
Abschreckung, Zweck der Strafen im Staate	I. 129
— — Prinzipien derselben	I. 135
Adel, Strafgesetzgebung für ihn	II. 83
Amt	I. 121
— Recht Aemter zu errichten und zu besitzen	II. 46
Anarchie	II. 109
Anordnende Gewalt	II. 45
Aristokratie	I. 113
Armuth der Bürger, Anstalten dagegen	II. 57

Auffehende Gewalt	II. 36
Auslegung, der Gesetze	II. 146

B.

Beamte	II. 120
Befehlende Gewalt	II. 62
Begnadigung	II. 4. 88
Beleidigung, des Staats durch Auswärtige	II. 99
Beurtheilende Gewalt	II. 64
Bewußtseyn des Rechts	I. 25. 26. 27. 28. 29. 30
Beyträge der Bürger für den Staat	I. 123
Bordelle, öffentliche, ihre Unzulässigkeit	II. 55
Buchhandel, Aufsicht darüber	II. 56
Bürger	II. 35
— Bedingungen es zu seyn	I. 52. 87

C.

Cameralgewalt	II. 120
Censuranstalten	II. 54
Civiljustizhoheit	II. 120
Commission	II. 48
Criminalgerichtsbarkeit	II. 87
Criminalgewalt	II. 74
Criminalgesetz, Begriff	I. 126
— — für Ersatz	I. 126. 127
— — für Strafe	I. 126. 129

Criminalgesetzgebung des Oberherrn	II. 74
— — für verschiedene Stände	II. 76
— — für Minderjährige, Studierende	II. 84
— — für die verschiedenen Geschlechter	II. 85
Criminalgrundgesetze	I. 124

D.

Deduktion des Rechts	I. 25
Demokratie	I. 113
— — ist die unsicherste Verfassung	II. 18
Despotie	II. 26
Durchgang durchs Gebieth fremder Völker	II. 99

E.

Eigenthum, Erwerbung desselben	I. 35
Erbaristokratie	II. 130
Erbmonarchie	II. 150
Erbreich	I. 115 II. 7
Erklärung der Gesetze	II. 64
<i>Erlauben</i> , das des Naturrechts, was es heisst	I. 32
Ersatz ist von der Strafe verschieden	I. 125
— Prinzip dafür im Staate	I. 127
Erziehungsanstalten im Staate	II. 53
Exekutive Gewalt	II. 66

F.

Finanzen	II. 49
Forum externum	I. 32
— internum	I. 32
<i>Freyheit</i> , äußere des Menschen	I. 25
— ihr Verhältniß zur innern	I. 25
Friede, Recht ihn zu schliessen	II. 96

G.

Gebiet des Staats	I. 50
Geld	I. 55
Gericht äußeres	I. 32
— innres	I. 32
Gerichte	II. 73
Gesandte	II. 59
— dessen Exterritorialität	II. 61
Gesellschaft, bürgerliche	I. 56
Gesellschaften im Staate	II. 64
Geschlechter, beyde können den Vereinigungsvertrag schliessen	I. 87
Gesetz	I. 111 II. 45
Gesetzgebende Gewalt	II. 45. 64
Gewalt, die höchste	II. 30
— enthält lauter Pflichten	II. 31
Gewalten	II. 32 34
— aufsehende	II. 36

Gewalten, gesetzgebende	II. 45
— beurtheilende	II. 64
— vollziehende	II. 66
Gewissen	I. 32
Gleichheit	I. 90
Glückseligkeit, ist nicht Zweck des Staates	I. 58
Grundeigenthümer	I. 50. 87
Grundgesetze eines Staats	I. 104
Grundverträge der bürgerl. Gesellschaft	I. 81
— — betrachtet als Ideen	II. 23
— — betrachtet als Thatfachen	II. 24
— — Theorie derselben	I. 84

H.

Hazardspiele, öffentliche, ihre Unzulässigkeit	I. 55
Heeresfolge	II. 94
Hoheiten	II. 32
Huldigung in einem Erbreiche ist kein neuer Vertrag	II. 10

I.

Infamie	I. 138
Interesse des natürlichen Staatsrechts	I. 1—8
Justizgewalt	II. 73

K.

<i>Kinder</i> der Bürger sind verpflichtet im Staate zu bleiben	I. 15. 91
---	-----------

Kirche, ihr Verhältniß zum Staate	II. 29. 107
Kirchliche Anstalten im Staate	II. 53
Krieg	II. 94
— rechtmäßige Ursachen desselben	II. 97
Kriegsankündigung	II. 98
Kriegführung	II. 99
Kriegsgewalt des Oberherrn	II. 94

L:

Leben, Recht des Staats auf das der Bürger	I. 54
Lotterien, öffentliche	II. 55

M.

Majestät	II. 30
Majestätsrechte	II. 32
Mensch, der des Naturrechts	I. 31
Metapolitick	I. 43
Militärgewalt	II. 94
Monarchie	I. 113

N.

<i>Naturrecht</i> , Begriff desselben	I. 25
— — Deduktion seiner Prinzipien	I. 25
— — Prinzipien desselben	I. 34
— — Umfang und Inhalt desselben	I. 35
— — Verhältniß desselben zum natürlichen	I. 43
Staatsrechte	I. 43
Natur-	

Naturstand, Vorstellung desselben zum Behuf des natürlichen Staatsrechts	I. 43. 61. 68
Naturstand, Hypothesen darüber	I. 61
Neutralität	I. 103
— bewafnete	II. 105
Nothgebrauch	II. 106

O.

Obereigenthum des Staats	II. 50
Oberherr	I. 112
— Gränzen seiner Gewalt	I. 152 II. 3
— wiefern er nicht verantwortlich	I. 157
— wiefern er nicht gestraft werden kann	I. 158
— wiefern er überhaupt nicht unter den Gesetzen steht	I. 194
— darf gegen Rebellen Gewalt brauchen	II. 13
— darf die Regierung nicht einseitig widerlegen	II. 16
— Bedingungen, unter welchen er es darf	II. 17
— Verhältniß desselben nach rechtmässig niedergelegter Regierung	II. 21
— Rechte der Unterthanen gegen ihn, wenn er den Vertrag bricht	II. 20
Oberherrschaft, abhängige	II. 32
— unabhängige	II. 32
— getheilte	II. 32
— ungetheilte	II. 32

Oberherrschaft, vollständige	II. 32
— unvollständige	II. 32
Oberrichterliche Gewalt	II. 73
Optimaten	II. 210

P.

Patrimonialreich	II. 11
Perfektibilität des Staats	II. 107
Pflichten, zu zwingen, im Staate	I. 74
Pflichtenlehre	I. 32
Polizeygewalt	II. 50
— in Beziehung auf Cultur des Geistes	II. 52
— in Beziehung auf Vollkommenheit des Körpers der Bürger	II. 56
— in Beziehung auf Wohlstand und Güter	II. 57
Privatfürstenrecht	II. 4
Privilegien	II. 4
Produkte des Landes	I. 51

R.

Rache, kein Grund rechtmässigen Kriegs	II. 210
Rath, der regierende, in der Aristokratie	II. 230
Rebellen	II. 14
Recht, Deduktion desselben	I. 25
— über Leben und Tod	II. 75
Rechte, absolute	I. 35
— hypothetische	I. 35
Rechtmässigkeit, Prinzip	I. 156

Regalien	II. 32
Regierungsform	I. 112
— Einschränkungen derselben	II. 220
— Mischungen derselben	II. 228
Regierungsrechte	II. 32
Religion	II. 213
Repräsentant des Volks	II. 230
Repräsentationsrecht des Oberherrn	II. 20
Richter	II. 73
Richterliche Gewalt	II. 73
S.	
<i>Schuld</i> , bürgerliche	II. 44
Sicherheitsbund	I. 58
Sklav, der Unterthan des Despoten	II. 205
Souverainetät	II. 30
Spione, Recht des Oberherrn, sie anzustellen	II. 40
Staat	I. 37
— rechtmäßige Entstehung	I. 80
— eine ewige Gesellschaft	196
— ist nicht bloß Vertrag zwischen bauern	Aker- I. 47
— ist ohne bleibendes Gebieth denkbar	I. 50
Staat im Staate	II. 27
Staat über dem Staate	II. 28
Staatsgebieth	II. 230
Staatsrecht, das natürliche, Begriff	I. 77

Staatsrecht, Anwendung desselben	II. 216
— ist unabhängig von der Geschichte	I. 49
	I. 59
Staatsverbrechen	I. 125
Staatsverfassung	I. 81
Staatsvermögen	I. 52. 122
Stände	I. 109
	I. 120
— Rücksicht auf ihre Verschiedenheit bey der Strafgesetzgebung	II. 76
Stellvertreter, des Volks	I. 23
Strafe, Begriff	I. 129
— Zweck derselben	I. 129. 132
— ist nicht Abschreckung des Verbrechers	I. 132
— — ist nicht Besserung	I. 130
— — ist nicht Harmonie zwischen Unsittlich- keit und Uebel	I. 130
— — wird nicht bestimmt nach dem innern Gehalte der Handlung	I. 129
— — Milderung derselben	II. 88
Strafgesetze, Prinzipien davon	I. 134
Strafrecht des Staates	I. 124
— folgt nicht aus dem Rechte des Belei- digten	I. 131

T.

Territorium	II. 31
Todesstrafen	I. 138. 169
— Zweckmäßigkeit derselben	I. 140
— Rechtmäßigkeit derselben	I. 145

U.

Unschuld, bürgerliche	II. 44
Untersuchung, Recht der Unterthanen	II. 111
Unterthänigkeit	II. 111
Unterwerfungsvertrag	I. 81. 152
Urrechte der Menschheit	I. 35
Urversammlungen	II. 149

V.

Verbrechen	I. 124
Verbrecher im Staate	I. 110. 124
Verdächtige Bürger, Rechte gegen sie	II. 41
Vereinigung, bürgerliche, Bedingungen davon	I. 84
Vereinigungsvertrag	I. 81
	I. 84
	I. 81
Verfassungsvertrag	I. 104
Verletzung des Staates	II. 98
Vernunft, moralische, als äußeres Gericht	I. 33

Vernunft begründet die Rechte durch Pflichten I. 33

Verträge I. 35

— begründen allein Staaten I. 80

— mit Feinden im Kriege II. 102

Vervollkommnung der Menschheit, ist nicht Zweck
des Staates I. 59

Vollziehende Gewalt II. 66

W.

Wahlreich I. 66

Wahlaristokratie I. 66

Wahlmonarchie I. 66

Wohl der Einzelnen und des Ganzen ist nicht Zweck
des Staats I. 58

Z.

Zweck der bürgerlichen Gesellschaft I. 57

— Meynungen darüber I. 58

Verzeichnis

der

angeführten Schriftsteller.

A.

Aristoteles	I. 208
Barkhausen, V. über die Todesstrafen	I. 171
— — H. L. W. über die Todesstrafen	I. 171. 163
Beccaria, über die Todesstrafen	I. 171
Bodinus	I. 208
Böhmer	I. 211
Boucher	I. 208
Buddeus, über Hobbes	I. 66

C.

Cäsar, über die Todesstrafen	I. 162
Cicero	I. 208

Cocqius I. 210

Crusius, über die Pflicht bürgerliche Gesellschaft
zu errichten I. 74

Cumberland I. 210

E.

Eisenstuck I. 16

Erhard, über das Recht zu emigriren I. 16

Erhard, über die Todesstrafen I. 162

F.

Feder, über die Todesstrafen I. 171

— über das Begnadigungsrecht II. 5

Fichte, über Rousseaus Naturmenschen I. 63

Filangieri, über die Todesstrafen I. 162

Fritsch I. 201

G.

Globig, über die Todesstrafen I. 162

Gmelin, über die Todesstrafen I. 162

H.

Hagemeister zu Schnaubert I. 194

Hobbes, sein Begriff des Naturstandes I. 46. I. 64

— über den Gesichtspunkt, woraus sein Sy-
stem anzusehen I. 64

— über die Regierungsformen I. 114

— über Erbregerung I. 117

Hobbes giebt doch einen rechtmäßigen Widerstand des Unterthanen zu	I. 118
— über die Souveränität des Oberherrn	I. 155
— über die Anarchie	I. 156
— über die Unstrafbarkeit des Oberherrn	I. 159
— über die Ungebundenheit des Oberherrn durch die Gesetze	I. 161
— über Redekunst in Freystaaten	II. 20
— dessen staatsrechtliche Schriften	I. 208
Hofbauer	II. 67
Hommel, über die Todesstrafen	I. 171
— d. S.	II. 87
Höpfner	I. 68
Huber	I. 210
<i>Hufeland</i> , über dessen Metapolitik	I. 45
— über die Pflicht Staat zu errichten	I. 74
— dessen Naturr.	I. 212
— dessen Begriff der vollziehenden Gewalt	II. 66
— über Kriegsführung	II. 101
— über Neutralität	II. 104
Huster, über die Todesstrafen	I. 162

I.

Iakob, dessen Behauptung des Rechts zu emigriren.

I. 93. — Ebend. I. 212.

Iakobi, über die Todesstrafen	I. 171
Iusti	I. 211

K.

Kant, über die Pflicht Staat zu errichten	I. 74
— spricht den Unterthanen alles Recht zum Widerstande ab	I. 155

L.

Langvet	I. 208
Lawson	I. 209
Locke	I. 210

M.

Mably über die Todesstrafen	I. 162
Ebendersf.	I. 211
Machiavell	I. 208
Mariana	I. 208
Martini, von	I. 211
Mercier	I. 212
Mercier de la Riviere	I. 211
Morgenstern über Platos polit. System	207
Montin	I. 211
Moser, über dessen Deklamationen gegen den Socialvertrag	I. 81

P.

Pastoret über die Todesstrafen	I. 162
Picke	I. 209
Platner, über seine Rechtfertigung Hobbefens	I. 65

- Plato* behauptet, daß Kinder dem Staate gehören I. 102
 — dessen politische Schriften I. 207
Puffendorf, seine Schilderung des Naturstandes I. 63

R.

- Rehberg*, gegen *Rousseau* I. 103
Reinhold, dessen Einwürfe gegen die Grundverträge I. 81
Rossäus I. 209
Rousseau, seine Schilderung des Naturmenschen I. 61
 — behauptet, daß der Mensch sich dem Staate mit Leib und Leben hingiebt I. 90
 — über Strafgesetze II. 63
 — dessen Idee des allgemeinen Willens I. 103
 — über Erbregierung I. 116
 — leugnet den Vertrag zwischen Oberherrn und Unterthanen I. 153
 — über die Todesstrafen I. 171
Runde über die Todesstrafen I. 171

S.

- Samson* I. 210
Schall über die Todesstrafen I. 171
Schaumann, dessen Einwürfe gegen die Grundverträge I. 81
Scheidemantel I. 211

Schlettwein	II. 68
Schlötzer	I. 44. 45. 46. 81. 212. II. 68
Schmalz, über seine Theorie der Verträge	I. 36
— über dessen Metapolitik	I. 47
— über den Vereinigungsvertrag	I. 85
— über die vollziehende Gewalt	I. 113
— über Erbregerung	I. 116
— über die Auflagen	I. 123
— über das Strafrecht der civilrichterlichen Gewalt	I. 126
— seine Begründung des Strafrechts.	I. 132
Scharrok	I. 209
Seneka	I. 167
Sidney	I. 210
Siardi, über die Todesstrafen	I. 162
Soden, über die Todesstrafen	I. 162
Sonnenfels, über die Todesstrafen	I. 171
Schnaubert, über die Gebundenheit des Oberherrn durch die Gesetze	I. 194
	V.
Valazé, über die Todesstrafen	I. 162
	W.
Wedekind	II. 6
Wolf, über die Pflicht Staat zu errichten	I. 74
— sein Staatsr.	I. 211

A n h a n g

einiger

staatsrechtlichen Abhandlungen.

Rousseau und Hobbes.

Die staatsrechtlichen Systeme *Rousseaus* und *Hobbesens* sind beyde so bewundernswürdige Producte des menschlichen Geistes, und stehen gegen einander in so interessanten Verhältnissen der Zusammenstimmung und des Kontrastes, daß eine ausführlichere Parallele zwischen ihnen, verbunden mit kritischen Bemerkungen, wohl keine vergebliche Arbeit seyn dürfte.

Rousseaus Zweck bey der Verfassung seines *Contrat-social* ist die Lösung des schweren Problems, wie sich eine bürgerliche Gesellschaft so errichten, verfassen und regieren lasse, daß sie der größten Sicherheit genieße, während zugleich der Würde und den Rechten der Menschheit nichts vergeben werde. Er verspricht dieses Problem so zu lösen, daß er dabey die Menschen nicht etwa annehme, wie sie seyn sollen, sondern wie sie wirklich sind.

Ce veux chercher, sagt er: si dans l'ordre civil il peut y avoir quelque regle d'administration légitime et sûre, en prenant *les hommes tels qu'ils sont*, et les loix telles qu'elles peuvent etre: je tacherai d'allier toujours dans cette recherche ce que le droit permet avec ce que l'intérêt prescrit, afin que la justice et l'utilité ne se trouvent point divisées.

Rousseau war weit entfernt, die Wichtigkeit der bürgerlichen Gesellschaft für die Menschheit zu verkennen, er nennt sie eine geheiligte Verbindung, die Basis für jede andre. Da er die ursprüngliche Freyheit des Menschen anerkennt, kann er nicht anders, als die bürgerliche Gesellschaft auf Vertrag gründen, und sein ganzes Werk ist die Bestimmung der nothwendigen Erfordernisse dieses Vertrags, wenn durch ihn, ohne Verletzung der Würde der Menschheit, Sicherheit entstehen soll. Sein Ideen- gang, ist den Hauptmomenten nach, dieser.

Stärke kann nie der Grund eines Rechtes seyn, und man kann zum Gehorsam nur gegen eine Gewalt verpflichtet seyn, welche gesetzmälsig ist; eine solche Gewalt kann aber der Mensch über den Menschen nur durch dessen freye Einwilligung bekommen.

Kein Mensch kann seine ganze Freyheit aufgeben, keiner sich der Willkühr des andern unbedingt und unbegrenzt überlassen. Sklaverey ist

schlechterdings rechtswidrig, und der Vertrag, auf welchen sie sich gründet, moralisch null.

Ehe Rousseau zur Bestimmung desjenigen Vertrags übergeht, wodurch ein Volk sich einen Oberherrn giebt, entwickelt er vorher ienen, durch den es ein Volk ist.

Wenn die mannigfaltigen Hindernisse der Sicherheit und Erhaltung, die den Menschen im Zustande der Natur treffen, die Widerstandskraft der Einzelnen überwiegen, so bleibt ihnen nichts übrig, als, ihre Kräfte zu vereinigen, durch diese Vereinigung eine Gewalt zu bewirken, gegen welche der Widerstand vergeblich ist, und sie durch eine einzige Triebfeder in zweckmäßige Bewegung zu setzen. Das Bedürfnis eines solchen Mittels führt das Problem herbey: die Form einer Verbindung von Menschen zu finden, welche mit der ganzen gemeinschaftlichen Kraft die Person und die Güter jedes Verbündeten schütze, in welcher ieder, obwohl er sich mit allen zu *einem* Zwecke vereinigt, doch nur sich selbst gehorche und so frey bleibe, als vorher. Die Lösung dieses Problems gewährt die bürgerliche Gesellschaft *).

*) Dieß sind die merkwürdigen Worte: *trouver une forme d'association qui défende et protège de toute la force commune la personne et les biens de chaque associé, et par la quelle chacun s'unissant à tous, n'obéisse pourtant qu'à lui-même, et reste aussi libre qu'auparavant.*

Ieder Einzelne giebt sich nun ganz, und ohne Vorbehalt *Allen* hin, und das Wesen des Vertrags, den sie eingehn, wird durch folgende Formel ausgedrückt: Ieder von uns ordnet seine Person, und sein ganzes Vermögen der höchsten Anordnung des allgemeinen Willens unter, und wir befaßen in unserer Gesellschaft jedes Mitglied, als einen untrennbaren Theil des Ganzen *).

Nun entsteht ein kollektives moralisches Ganzes vollkommen gleicher Mitglieder, welches durch einen Vertrag seine Einheit, sein Selbst, sein Leben, seinen Willen hat. Dieses Ganze heißt bürgerliche Gesellschaft; *Staat*, wiefern die Mitglieder sich leidend verhalten; *Souverain*, in wiefern ihr gemeinschaftlicher Wille handelt; *Macht*, im Verhältnisse gegen gleiche Gesellschaften. Die Mitglieder der Gesellschaft heißen im allgemeinen *Volk*, als gleiche Theilnehmer der Souveränität *Bürger*; als untergeordnet den Gesetzen des Staats *Unterthanen*.

Nach dem Vereinigungsvertrage macht sich das Ganze gegen die Einzelnen, machen sich die Einzelnen gegen das Ganze verbindlich, und jedes Individuum tritt in eine gedoppelte Verpflichtung, als Theilnehmer am Souverain in Verpflichtung gegen

*) Chacun de nous met en commun sa personne et toute sa puissance sous la suprême direction de la volonté générale; et nous recevons en corps chaque membre, comme partie indivisible du tout.

die Einzelnen, und als Mitglied der Gesellschaft in Verpflichtung gegen den Souverain. Der Souverain selbst, als der handelnde allgemeine Wille, ist durch kein Gesetz gebunden, das er nicht aufheben könnte; ja kein Grundgesetz, selbst nicht der Socialvertrag vermag ihn zu binden. Der Souverain kann keinen Theil seiner selbst veräußern, oder sich einem andern Souverain unterwerfen *). Das Ganze kann nicht verletzt werden, ohne Verletzung der Einzelnen, und Verletzung der Einzelnen ist Angriff auf das Ganze. Der Souverain hat als solcher kein Interesse, welches dem Interesse der Einzelnen,

*) Il faut remarquer encore que la délibération publique qui peut obliger tous les sujets envers le souverain, à cause des deux différens rapports sous lesquels chacun d'eux est envisagé, ne peut par la raison contraire, obliger le Souverain envers lui-même; et que, par conséquent, il est contre la nature du corps politique que le Souverain s'impose une loi qu'il ne puisse enfreindre. Ne pouvant se considérer que sous un seul et même rapport, il est alors dans le cas d'un particulier contractant avec soi-même: par où l'on voit qu'il n'y a ni ne peut y avoir nulle espèce de loi fondamentale obligatoire pour le corps du peuple, pas même le contrat social. — Mais le corps politique ou le souverain ne tirant son être que de la sainteté du contrat, ne peut jamais s'obliger, même envers autrui, à rien, qui déroge à cet acte primitif, comme d'aliéner quelque portion de lui-même ou de se soumettre à un autre souverain. Violer l'acte par lequel il existe, seroit s'aneantir, et ce qui n'est rien ne produit rien.

aus denen es besteht, widerspräche; er bedarf keines Garants gegen die Unterthanen; denn der Körper kann nicht allein seinen Gliedern schaden wollen. Der Souverain ist also, blos in wiefern er ist, auch zugleich alles, was er seyn soll.

Die Einzelnen können als Menschen ihr Privatinteresse hegen, welches dem allgemeinen Willen entgegen ist, an dem sie als Bürger Theil nehmen. Der gesellschaftliche Vertrag würde eine leere Formel seyn, wenn nicht jedes Mitglied, welches dem allgemeinen Willen seinen Gehorsam versagt, durch den ganzen Körper zur Beystimmung gezwungen werden dürfte. Ein solches Mitglied wird in der That auf diese Weise *gezwungen, frey zu seyn* *).

Der Uebergang des Menschen in die bürgerliche Gesellschaft bringt in ihm eine äußerst merkwürdige Veränderung hervor; Gerechtigkeit tritt an die Stelle des Instinkts, und seine Handlungen erhalten Moralität, die ihnen vorher mangelte.

Hatte der Mensch bisher immer nur auf sich selbst Rücksicht genommen, so sieht er sich nun-

*) Car telle est la condition qui donnant chaque citoyen à la patrie le garantit de toute dépendance personnelle; condition qui fait l'artifice et le jeu de la machine politique, et qui seule rend légitime les engagements civils, lesquels sans cela seraient absurdes, tyranniques et sujets aux plus énormes abus.

mehr, da Pflicht und Recht die sinnliche Begier beherrschen, bestimmt, nach andern Prinzipien zu handeln, und die Vernunft zu hören, ehe er seinen Leidenschaften nachgibt. Er verliert Güter, die er vorher hatte, seine natürliche Freyheit und jenes ihm eigne unbegrenzte Recht auf Alles, was ihn reizte; allein er gewinnt dafür so sehr an Uebung und Entwicklung seiner Kräfte, an Erweiterung seines Ideenkreises, Veredlung seiner Gefühle, Erhebung seiner ganzen Seele, daß er, wenn der Mißbrauch seines neuen Zustandes ihn nicht so oft unter seinen vorigen erniedrigte, den Augenblick segnen müßte, der ihn für immer aus demselben riß, und ihn aus einem dummen und begrenzten Thiere zu einem einsichtsvollen Wesen, zu einem Menschen, und zwar zu einem moralischen freyen Menschen machte *).

Mit dem wirklichen Eintritte in bürgerliche Gesellschaft giebt sich jedes Mitglied derselben mit seinen Kräften und Gütern, so wie es sich eben befindet, derselben hin. Der Staat ist in Hinsicht seiner Mitglieder durch den Socialvertrag Herr aller ihrer Güter, in Hinsicht andrer Mächte nur durch das Recht der ersten Occupation, welches von den Particuliers herrührt. Das Recht der ersten Occu-

*) Diese Stelle, welche beynahe blos Rousseaus Worte enthält, ist äußerst merkwürdig, um einzusehen, wie weit entfernt Rousseau war, die Vortheile der bürgerlichen Gesellschaft zu verkennen.

pation wird erst durch Einführung des Eigenthums ein wahres Recht, und das wahre Eigenthum wird erst durch bürgerliche Gesellschaft begründet.

Das Recht der ersten Occupation eines Bodens hat, wenn es gültig seyn soll, folgende Bedingungen:

- 1) es muß derselbe noch von niemand beseßen und bewohnt werden;
- 2) der Umfang, dessen man sich bemächtigt, muß dem Bedürfnisse, welches man hat, angemessen seyn;
- 3) man muß ihn bearbeiten und anbauen; das einzige Zeichen des Eigenthums, welches, in Ermangelung eines Rechtstituls, von den übrigen Menschen respektirt werden muß.

Allein erst die bürgerliche Gesellschaft sichert dem Menschen den legitimen Besitz, verwandelt das, was ausserdem bloße Usurpation wäre, in Recht, und bloßen Genuß in Eigenthum. Und es ist ein sehr wahres Paradoxon, daß der Mensch, indem er beym Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft das Seine der Gemeinheit hingiebt, es eben dadurch erst wahrhaft erwirbt.

Erwerben die Menschen erst nach ihrer Vereinigung Güter und einen für sie hinlänglichen Boden, ziehen seine Früchte gemeinschaftlich, oder

theilen sie; so ist dasienige Recht, welches der Particulier auf sein besonderes Stück hat, allezeit dem Rechte untergeordnet, welches die Gemeinheit auf alle hat.

Weit entfernt also, die natürliche Gleichheit zu zerstören, setzt vielmehr der Grundvertrag der Gesellschaft eine moralische und legitime Gleichheit an die Stelle der physischen Ungleichheit der Menschen, welche, wie ungleich sie auch an Kraft und Genie seyn mögen, nun durch Uebereinkunft und Recht gleich werden.

Der handelnde allgemeine Wille ist die Souveränität; sie kann sich nie veräußern; der Souverain, ein aus Allen bestehendes kollektives Wesen, kann nur von ihm selbst repräsentirt werden. Die Macht kann man übertragen, aber nicht den Willen.

Die Souveränität ist nur *eine*, ist *untheilbar*; sie handelt, indem sie in Gesetzen den allgemeinen Willen erklärt.

Der allgemeine Wille hat den allgemeinen Nutzen zum Zwecke, und demnach immer dieselbe Richtung. Daraus folgt aber keinesweges, daß die Berathschlagungen des Volkes immer dieselbe Richtigkeit haben. Man will immer, was einem gut ist, aber man sieht es nicht iederzeit, und nur das betrogne Volk kann wollen, was ihm nicht gut ist.

Wenn unter dem Volke einzelne Verbindungen sind, die ihr besonderes Interesse haben, welches dem Hauptinteresse nachtheilig ist, so wird der Wille ieder solchen Verbindung in Hinsicht ihrer Mitglieder ein allgemeiner, aber in Hinsicht des Staats ein besondrer; nun sind nicht mehr so viel Votanten, als Menschen, sondern so viel Votanten, als dergleichen Verbindungen. Die Differenzen werden weniger zahlreich, und geben ein weniger allgemeines Resultat. Ueberwiegt eine von diesen Verbindungen alle andern, dann erfolgt als Resultat eine einzige Differenz; dann ist kein allgemeiner Wille mehr da, und der Beschluss ist nur ein partikulärer.

Wenn der Mensch mit dem Socialvertrage seine Kraft, seine Güter, seine Freyheit der Gemeinheit hingiebt, so geschieht dieses in sofern, als die Gemeinheit als solche derselben bedarf, und der Souverain entscheidet darüber.

Der Souverain bestimmt die Dienste, welche der Bürger dem Staate leisten muß; allein er darf keine Verwendung seiner Kraft, keine Aufopferung seiner Güter, keine Einschränkung seiner Freyheit fordern, welche für die Gemeinheit nicht nöthig wäre; ja der Souverain kann, als das was er ist, dieß nicht einmal wollen.

Unfre Verbindlichkeiten gegen die bürgerliche Gesellschaft sind nur in sofern wahre Verbindlichkei-

ten, als sie wechselseitig sind, und indem man sie erfüllt, arbeitet man zugleich für Alle übrigen, und zugleich für sich. Die Leistung dessen also, was der Souverain für die Gemeinheit fordert, wird nothwendig von jedem Bürger *gewollt*, denn er ist selbst in der Gemeinheit begriffen, und hat nur in sofern Anspruch darauf, daß Alle alles mögliche für seine Erhaltung und Sicherung leisten, als er selbst für die Erhaltung und Sicherung Aller, alles mögliche leistet.

So möge man das zum Grunde gelegte Prinzip von allen Seiten anwenden, immer kommt man auf eine und dieselbe Folgerung: nämlich daß der Socialvertrag unter den Bürgern eine solche Gleichheit bestimmt, nach welcher sie alle unter denselben Bedingungen stehen, und alle dieselben Rechte genießen. Eine Handlung der Souverainetät ist nach diesem Verträge eine Konvention des Ganzen mit jedem seiner Mitglieder; eine Konvention, welche gesetzmäfsig ist, denn sie hat den Socialvertrag zur Basis; welche gerecht ist, denn sie ist allen gemein; welche nützlich ist, denn sie hat das Gemeinbeste zum Zwecke; welche sicher ist, denn ihr Garant gleichsam ist die allgemeine Stärke und höchste Gewalt.

Fragt man, wie weit die respektiven Rechte des Souveräns und der Bürger gehen, so fragt man nichts anders, als bis auf welchen Grad sich ieder

gegen Alle, und Alle gegen jeden verbindlich machen können.

Der Mensch verliert also schlechterdings nichts durch den Eintritt in den Staat, vielmehr vertauscht er einen zweydeutigen und prekären Zustand gegen einen bessern, und sicherern. Das Leben selbst, welches er dem Staate widmet, wird eben dadurch beschützt, und wenn er es zu seiner Vertheidigung auf das Spiel setzt, was thut er mehr, als daß er zu seiner Vertheidigung hingiebt, was er von ihm empfangen hatte. Alle müssen für das Vaterland fechten, aber keiner hat auch je nöthig für sich zu fechten.

Wenn man fragt, wie die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, welche als Menschen kein Recht haben können, über ihr Leben zu disponiren, ein solches Recht dem Souverain übertragen können; so scheint diese Frage nur deshalb schwer zu beantworten, weil sie ganz falsch gestellt ist. Jeder Mensch hat das Recht sein Leben zu wagen, um es zu erhalten *). Der Socialvertrag hat die Erhaltung der Kontrahenten zum Zwecke. Wer den Zweck

*) Tout homme a droit de risquer sa propre vie pour la conserver. A-t-on jamais dit que celui qui se jette par une fenêtre pour échapper à un incendie, soit coupable de suicide? A-t-on même jamais imputé ce crime à celui, qui périt dans une tempête dont s'embarquant il n'ignoroit pas le danger?

will, will auch die Mittel, und von diesen Mitteln sind gewisse Gefahren, ja selbst gewisse Verluste untrennlich. Wer sein Leben durch Aufopferungen anderer (*aux depens des autres*) erhalten will, muß auch das seinige im Falle der Noth für sie hingeben, und wenn der Prinz sagt, sein Tod sey für den Staat nöthig, so muß er sterben.

Die Todesstrafen für Verbrecher können bey nahe aus demselben Gesichtspunkte betrachtet werden. Um nicht das Schlachtopfer eines Mörders zu werden, willigt man ein, sich dem Tode zu unterwerfen, im Fall man selbst Mörder würde. Das Recht zu begnadigen, kommt dem Souverain zu.

Gesetze sind Handlungen des allgemeinen Willens, und beziehen sich iederzeit auf allgemeine Gegenstände, nie auf besondere. So kann ein Gesetz Privilegien festsetzen, aber keinesweges sie auf eine gewisse Person übertragen u. s. w.

Da Gesetze Handlungen des allgemeinen Willens sind; so ist es unnöthig zu fragen, wem es zukomme, Gesetze zu geben, ob der Prinz unter den Gesetzen stehe, ob Gesetze ungerecht seyn können u. s. w.

Die Gesetze sind eigentlich nichts anders als die Bedingungen der bürgerlichen Verbindung. Allein wie ist Gesetzgebung möglich? Das Volk will ieder-

zeit das, was ihm gut ist, aber es sieht es nicht immer. Der allgemeine Wille geht immer gerade zum Zwecke, aber die Urtheilskraft, die ihn leitet, ist nicht immer gehörig aufgeklärt. Man muß ihr also die Gegenstände darstellen, wie sie sind, zuweilen, so wie sie ihr scheinen sollen, muß ihr den richtigen Weg zeigen, den sie sucht, sie sichern vor der Verführung der Privatwillen, den Reiz gegenwärtiger empfindbarer Vorthelle durch die Gefahr entfernter und verborgener Uebel balancieren. Die Einzelnen sehen das Gute, welches sie verwerfen; das Ganze will das Gute, ohne es zu sehen. Beyde bedürfen eines Führers, jene um ihre Willen mit der Vernunft in Einstimmung zu bringen, dieses um kennen zu lernen, was es will. So entsteht durch allgemeine Aufklärung Verein des Verstandes und des Willens in der bürgerlichen Gesellschaft, durch diese das genaue Zusammenwirken der Theile, durch dieses die große Gewalt des Ganzen. Hieraus erhellt die Nothwendigkeit eines Gesetzgebers.

Da der Zweck des ganzen Systemes der Gesetzgebung das größte mögliche Wohl Aller ist, so hat die Gesetzgebung zwey Hauptgegenstände; Freyheit und Gleichheit. Unter Gleichheit muß man nicht verstehen, daß die Grade der Macht und des Reichthums schlechterdings dieselben seyen, sondern daß die Macht über alle Gewaltthätigkeit erhaben, und den Gesetzen angemessen sey, daß kein Bürger reich genug sey, um einen andern zu kaufen, keiner so

arm, um gezwungen zu seyn, sich zu verkaufen *) **).

Allein diese allgemeinen Gegenstände ieder guten bürgerlichen Einrichtung müssen in jedem Lande nach seinen besondern Verhältnissen modificirt werden.

Die möglichst zweckmäßige Einrichtung des gemeinen Wesens ruht auf zwey Gesichtspunkten. Der eine ist die Beziehung des Ganzen auf sich selbst; der zweyte die Beziehung der Einzelnen unter sich und auf das Ganze. Aus dem ersten entspringen die *politischen Gesetze* (Fundamentalgesetze), aus dem zweyten die *bürgerlichen Gesetze*. Die *Criminalgesetze* sind nicht sowohl eine besondere Klasse von Gesetzen, als vielmehr die Sanktion aller andern.

*) Rapprochez les degrés extremes autant qu'il est possible; ne souffrez ni des gens opulens ni des gueux. Ces deux états, naturellement inséparables, sont également funestes au bien commun; de l'un sortent les fauteurs de la tyrannie, et de l'autre les tyrans; c'est toujours entre eux que se fait le trafic de la liberté publique, l'un achete et l'autre vend.

**) Cette égalité, disent-ils, est une chimere de speculation qui ne peut exister dans la pratique. Mais si l'abus est inevitable, s'ensuit-il, qu'il ne faille pas au moins le régler? C'est précisément parce que la force des choses tend toujours à détruire l'égalité, que la force de la législation doit toujours tendre à la maintenir.

Wir unterscheiden in der bürgerlichen Gesellschaft die *Kraft* und den *Willen*; diesen unter dem Nahmen der gesetzgebenden, jene unter dem der ausübenden Gewalt. Die gesetzgebende Gewalt kann nur dem Volke gehören, die ausübende kann der Gemeinheit, wiefern sie gesetzgebend und souverain ist, nicht zugehören, sie bedarf eines besondern Agenten, welcher die Kommunikation zwischen dem Staate und dem Souverain vermittelte. Diefs ist der wahre Gesichtspunkt der Regierung, die man so fälschlich mit dem Souverain verwechselt.

Die Regierung (*le gouvernement*) ist also die gesetzmäßige Ausübung der exekutiven Gewalt; der Mensch oder das Corps, welchem sie übertragen worden, heist der Prinz oder Magistrat.

Der Staat existirt durch sich selbst, die Regierung nur durch den Souverain. Der beherrschende Wille des Prinzen also darf nur der allgemeine Wille, oder das Gesetz seyn, seine Gewalt ist nur die in ihm konzentrirte allgemeine Gewalt *).

*) Si-tôt qu'il veut tirer de lui-même quelque acte absolu et indépendant, la liaison du tout commence à se relâcher. S'il arrivait enfin que le prince eût une volonté particuliere plus active que celle du Souverain, et qu'il usât, pour obéir à cette volonté particuliere, de la force publique qui est dans ses mains, en sorte qu'on eût, pour ainsi dire, deux Souverains, l'un de droit et l'autre de fait; à l'instant l'union sociale s'évanouiroit et le corps politique seroit dissous.

Die Regierung ist entweder *demokratisch* oder *aristokratisch*, oder *monarchisch*. Der Souverain nämlich kann 1) die Regierung dem ganzen Volke, oder dem größten Theile desselben übertragen, so daß es mehrere Bürger, die zugleich Oberherren sind, giebt, denn bloße partikuläre Bürger; dieß ist *Demokratie*; 2) oder die Regierung in die Hände einer kleinen Anzahl Bürger legen, so daß es mehr bloße Bürger giebt, als Oberherren; *Aristokratie*; 3) oder dieselbe einem Einzigen übergeben; *Monarchie*; und diese Regierungsformen können mannigfaltig modificirt und gemischt seyn.

Es läßt sich im Allgemeinen nicht entscheiden, welche Regierungsform die beste sey. Jede von ihnen kann, je nachdem die Verhältnisse sind, die beste, oder die schlechteste für ein Land seyn *).

*) Hier geht Rousseau die Regierungsformen durch und zeigt die mit einer jeden verknüpften Vortheile und Nachtheile. Ich hebe eine Stelle heraus, welche uns ahnden läßt, was Rousseau über die Idee einer französischen Republik urtheilen würde. Que de choses difficiles à réunir ne suppose pas ce gouvernement? Premièrement un Etat très petit, où le peuple soit facile à rassembler et où chaque citoyen puisse aisément connoître tous les autres; secondement une grande simplicité de mœurs qui prévienne la multitude d'affaires et les discussions épineuses: ensuite beaucoup d'égalité dans les rangs et dans les fortunes, sans quoi l'égalité ne saurait subsister long tems dans les droits et l'autorité; enfin peu ou point de luxe;

Dafs aber eine Regierungsform für ein gewisses Land gut sey, sieht man am sichersten daraus, dafs ohne fremde Mittel, ohne Naturalisationen, Kolonien, die Bevölkerung steigt, und die Bürger sich immer vermehren.

Die Souveränität des Volkes wird am gewissensten gesichert, dadurch, dafs das Volk sich zu bestimmten Zeiten, in der Qualität des Souverains versammle. Sobald dies geschieht, hört einstweilen die ganze Jurisdiktion der Regierung auf, die ausübende Gewalt ist suspendirt, und die Person des
niedrig-

car ou le luxe est l'effet des richesses, ou il les rend nécessaires; il corrompt à la fois le riche et le pauvre, l'un par la possession, l'autre par la convoitise; il rend la patrie à la mollesse, à la vanité; il ôte à l'Etat tous les citoyens pour les asservir les uns aux autres et tous à l'opinion. — Ajoutons, qu'il n'y a pas de Gouvernement si sujet aux guerres civiles, et aux agitations intestines que le démocratique ou populaire, parce qu'il n'y en a aucun qui tende si fortement et si continuellement à changer de forme, ni qui demande plus de vigilance et de courage pour être maintenu dans la sienne. C'est surtout dans cette constitution que le citoyen doit s'armer de force et de constance et dire chaque jour de sa vie au fond de son cœur ce que disait un vertueux Palatin dans la diète de Pologne: *Malo periculosam libertatem, quam quietum servitium.* S'il y avoit un peuple de Dieux, il se gouvernerait démocratiquement. Un gouvernement si parfait ne convient pas à des hommes.

niedrigsten Bürgers ist so geheiligt und unverletzlich, wie die des ersten Magistrats.

Die Anwendung der Regierung ruht keinesweges auf einem Vertrage zwischen dem Volke und dem Oberherrn, den es sich giebt, als ob etwa Beyde über Bedingungen überein kämen, unter denen ienes gehorchen, dieser befehlen wolle. 1) Die höchste Gewalt kann sich weder veräußern, noch modificiren; sie einschränken, hiesse, sie zerstören. Es ist widersinnig, daß der Souverain sich einen Obern geben solle. 2) Noch mehr, es ist evident, daß dieser Vertrag des Volks mit der oder iener Person, eine partikuläre Handlung wäre; er wäre also weder ein Gesetz, noch eine Handlung der Souveränität folglich illegitim. 3) Die kontrahirenden Partheyen ständen gegen einander nur unter dem Gesetze der Natur, und ohne irgend einen Charakter ihrer gegenseitigen Verpflichtungen. Von dem, der die Gewalt in den Händen hat, hängt allezeit die Ausführung ab, und man könnte eben sowohl die Handlung eines Menschen Vertrag nennen, der zu dem andern sagte: Ich gebe Alles das Meine hin, unter der Bedingung, daß du mir wiedergebest, was dir gefällt. Im Staate ist nur Ein Vertrag: *der gesellschaftliche*; ieder andre würde eine Verletzung dieses ersten seyn.

Wie faßt man aber die Handlung, durch welche die Regierung angeordnet wird? Sie besteht

aus zweyen andern: der Aufstellung des Gesetzes, und der Ausführung des Gesetzes. Durch iene bestimmt der Souverain, daß eine Regierung von der und der Form Statt finden solle; durch die zweyte ernennt er die Vorsteher der Regierung. Diese — durch die gesetzmäßige Ernennung *Oberherrn*, — sind Bediente des Volks. Die Anstellung derselben, in welcher Form sie auch geschehe, ist für das Volk nicht Annahme einer Verbindlichkeit, sondern eine provisorische Einrichtung, welche es der Staatsverwaltung giebt, bis ihm eine andre gefallen wird *).

Iene Versammlungen des Volks, als Souverains, sind bestimmt für die Unterhaltung des gesellschaftlichen Vertrags, und müssen iederzeit mit den Fragen eröffnet werden: ob der Souverain Willens sey, die gegenwärtige Form der Regierung zu erhalten? ob das Volk Willens sey, die Regierung in den Händen derer zu lassen, die sie gegenwärtig verwalten?

Dies sind die wesentlichsten Ideen Rousseaus beynahe durchgängig mit seinen eignen Worten ausgedrückt.

Rousseaus tiefes Gefühl für die Entartung und mannigfaltigen Unvollkommenheiten der bürgerli-

*) Il est vrai que ces changemens sont toujours dangereux, et qu'il ne faut jamais toucher au Gouvernement établi, *que lorsqu'il devient incompatible avec le bien public*; mais cette circonspection est une maxime de politique et non pas une regle de droit.

chen Gesellschaft in der wirklichen Welt, verbunden mit der Stimmung seiner Vernunft und Einbildungskraft für das Idealische, sind unstreitig die wahren Ursachen, denen wir das Daseyn des Werks, von welchem die Rede ist, verdanken. Rousseau war kein Feind der bürgerlichen Gesellschaft, nur ein Feind ihrer Mißbräuche, durch die ihm die Menschheit herabgewürdigt schien. Seine scharfe Urtheilskraft bemerkte die verborgensten Mängel iener Verbindung, und sein menschenfreundliches Herz überließ sich einer Schwermuth, welche an Schwärmerey gränzte. Kein Wunder, daß ein solcher Mann durch seine Phantasie getäuscht werden, und die bürgerliche Gesellschaft der wirklichen Welt mit übertrieben schwarzen Farben schildern konnte; aber eben so wenig ein Wunder, daß das Bewußtseyn der Kraft und Würde der Menschheit einen solchen Mann zu der kühnen Frage erhob: was die bürgerliche Gesellschaft seyn könnte, wenn die Menschen sich mit vollkommener Freyheit bloß bestimmt durch ihren gemeinschaftlichen Zweck, zu derselben vereinigten, und die Einrichtung davon so trafen, daß das Interesse jedes Einzelnen mit dem Interesse des Ganzen unabtrennlich verbunden wäre; kürzer, was die bürgerliche Gesellschaft seyn könnte, wenn sie entstünde, und gebildet würde, wie sie entstehen und gebildet werden sollte.

Wer diese Frage erhebt, erhebt sich mit ihr in die Sphäre der moralischen Ordnung, welche von

dem niedern Gebieth des menschlichen Wirkungskreises, der menschlichen Einrichtungen und Handlungen gar sehr verschieden ist. Erhaben über diesem Schauplatze der Gesetzlosigkeit und Verwirrung, wo Selbstsucht und Leidenschaften gegenseitig im Kampfe begriffen sind, steht jene Ordnung fest, und stimmt sich in keinem ihrer Theile nach den Erscheinungen der wirklichen Welt um.

Sich auf diesen Gesichtspunkt zu versetzen, und aus demselben den Begriff einer Staatseinrichtung, wie sie nirgends ist, wie sie aber überall seyn sollte, zu entwerfen, ist eben so wenig eine vermessene Schwärmerey, als man überhaupt die Ideale der höchsten Vollkommenheit der unter Menschen möglichen Verbindungen und Einrichtungen so nennen kann.

Rousseaus Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft und des Staats ist ein Ideal, aber kein Ideal, welches eine menschliche Phantasie zufällig gebiert, sondern ein Ideal, welches seinen Grund in der sittlichen Vernunft hat.

Alles, was Rousseau über die nothwendigen Erfordernisse einer rechtmässigen Staatsverfassung sagt, würde vollkommen anwendbar seyn, wenn ein Staat neuerdings von Menschen gebildet würde, die sämmtlich jene Grösse und Reinheit der Gesinnung befäßen, welche den Geist des ächten Bürgers
bezie-

beziehen muß. Und gewiß würde ein nach Rousseauschen Grundsätzen errichteter Staat mit Festigkeit fortdauern, wenn die Bürger, welche an ihm theilnehmen, sich in einer solchen Gesinnung gleich blieben. Allein hierinn liegt eben der Grund, weswegen Rousseaus System für nichts mehr als Ideal gehalten werden kann, daß eine Vereinigung von Gerechtigkeit und Klugheit, wie Rousseau sie von Bürgern fordert, von Menschen, die des Staates bedürfen, nicht erwartet werden kann, und daß Menschen, die sie besitzen, in der That des Staates gar nicht bedürfen. Menschen, welche einer so unbedingten Hingebung an den Staat fähig sind, ihr eigenes Interesse mit dem Interesse des Ganzen so innig vereinbaren können, wie es *Rousseau* fordert, haben wenigstens keine *solche* gesellschaftliche Verbindung nöthig, wie sie ieder unter dem Staate versteht.

Unbegreiflich ist es, wie *Rousseau* bey seiner tiefen Menschenkenntnis sich eingebildet haben sollte, daß eine beträchtliche Menge so gesinnter Menschen jemals möglich seyn könne.

Da *Rousseau* von den Menschen als Bürgern eine so erhabene Gesinnung voraussetzte, läuft natürlich ein Staat, von solchen Menschen nach seinen Grundsätzen errichtet, nicht Gefahr, in Anarchie zurückzufallen. Eben deshalb behandelt er diese Hinsicht mit einer Flüchtigkeit, welche man, wenn

man seinen Gesichtspunkt verkennt, für Leichtfinn zu halten versucht ist. Er hält periodische Versammlungen des ganzen Volks für nothwendig, um der Entartung der Staatsform und dem Despotism vorzubeugen. Diese Versammlungen sollen dazu dienen, den gesellschaftlichen Vertrag zu unterhalten, und das Volk soll in ihnen jedes mal entscheiden, ob es seine gegenwärtige Verfassung fortsetzen, und ob es die Staatsregierung denenienigen oder demienigen auch fernerhin überlassen wolle, den sie von ihm übertragen worden. Besteht diese Versammlung aus Menschen von dem edlen Bürgergeiste, welchen Rousseau voraus setzt, so kommt die Gesellschaft dadurch in keine Gefahr. Dieienige Verknüpfung ihres eignen Interesses mit dem Interesse für das Ganze wird solche Menschen allezeit zu Beschlüssen leiten, welche für die bürgerliche Gesellschaft nicht anders als vortheilhaft sind. Allein der Gesichtspunkt verändert sich ganz, wenn wir es als Wahrheit anerkennen, daß Menschen von ienem Charakter in der Welt äußerst selten sind, die Meisten viel zu abhängig vom Egoism, um mit so reiner Gesinnung Entscheidungen in Beziehung auf den Staat zu fassen. Solchen Menschen, wie sie gewöhnlich sind, die Freyheit iener Versammlungen lassen, heißt gerade zu, der Anarchie die Thore öffnen.

So ist denn Rousseaus System, auf der einen Seite, moralisch und rechtlich genommen, vollkom-

men wahr, auf der andern aber insofern für die wirkliche Welt unanwendbar, als die Menschen grösstentheils des Geistes gar nicht fähig sind, auf welchen ienes ganze System berechnet ist.

Wenn Rousseau zu seinen staatsrechtlichen Untersuchungen ein zu grosses Zutrauen auf die edle Denkart des Menschen brachte, wenn er sich einbilden konnte, daß die Menschen blos durch Vereinigung ihres Privatinteresse mit dem Interesse für ein Ganzes, welches ihnen Schutz gewährt, zusammengehalten werden könnten, so hatte Hobbes ganz die entgegengesetzte Denkart, und gerieth natürlich durch sie auf entgegengesetzte Resultate.

Es giebt überhaupt nur zwey mögliche Arten, wie man sich das sichere Bestehen eines Staates denken kann, entweder durch Voraussetzung ienes bürgerischen Heroism, den Rousseau fordert, oder durch Annahme einer unbedingten Ergebung der Bürger in die Entscheidungen des Oberherrn, aus Furcht vor der Anarchie und der Gewalt des Oberherrn, also entweder durch Erhebung oder durch Niederdrückung der Seele.

Ausgestattet mit Menschenkenntniß, und eben deshalb zum Menschenhass gestimmt, sahe Hobbes das Unstatthafte ein, darauf zu rechnen, daß Menschen durch uneigennützigem Bürgergeist den Staat

unterhalten sollten. Er traute überhaupt den Menschen schlechterdings gar kein uneigennütziges Interesse für irgend eine Verbindung zu; was er von ihnen erwartete, erwartete er blos von ihrem Egoism. Kein Wunder, daß er die Festigkeit eines Staates nur dadurch für möglich hielt, daß der höchste Grad von Furcht die Menschen zu einer nur durch unaufgebliche Pflichten eingeschränkten, übrigens aber unbedingten Unterwerfung unter die Urtheilskraft und den Willen eines Oberherrn bestimmte, und ein System entwarf, welches erniedrigend ausfiel, weil es auf niedrige Menschen berechnet war.

Die Würdigung der Hobbes'schen Grundsätze ruht ganz auf der Entscheidung über die Richtigkeit des Gesichtspunkts, aus welchem er die Menschen betrachtete. Hat er der Pluralität Unrecht gethan, so ist sein System verwerflich; hat er sich aber in den Menschen, der größern Menge nach, nicht betrogen; so steht es fest, und ist das einzige konsequente unter allen.

Rousseaus System würde in der wirklichen Welt, wie ich bereits gezeigt habe, unausbleiblich zur Anarchie führen. Hobbes's System macht Anarchie gänzlich unmöglich, wenn es in der wirklichen Welt realisirt wird.

Menschen von wenig Weltkenntnis, edler Denkart, und blinder Zuversicht zu ihren Mitmen-

schen sind gewöhnlich mit Enthusiasm für die Anwendung der Rousseauischen Grundsätze in der wirklichen Welt eingenommen; Hobbes erscheint ihnen geradezu abscheulich, und ein Feind der Menschheit zu seyn. Menschen hingegen, welche die Menschen kennen, und eben deswegen ihr Zutrauen nicht verschwenden, welche zugleich von der Wichtigkeit des Staats zu sehr überzeugt sind, um ihn an den bloßen Zufall gewagt sehen zu wollen, solche Menschen müssen, selbst bey dem edelsten Charakter Hobbesianer seyn, und ihre Entscheidung für den Hobbesianism verträgt sich vollkommen mit Ehrfurcht für das Wahre und Erhabene des Rousseauischen Systems, wenn man es aus seinem Gesichtspunkte betrachtet. Dafs ich mich selbst als ein Beyspiel der letztern Bemerkung anführen darf, erhellt aus dem Ganzen des Werkes, welches ich hiermit beschliesse.

Einige

V e r b e s s e r u n g e n

im ersten Theile.

Seite 142. Z. 12. v. u. fühlen, lies zählen.

— 143. — 4. v. o. sollten, lies selten.

— 148. — 14. v. o. zweckwidrig, lies pflicht-
widrig.

Heydenreich, Karl Heinrich,

Karl Heinrich Heydenreichs Prof. der Philosophie zu Leipzig Grundsätze des
natürlichen Staatsrechts und seiner Anwendung nebst einem Anhang
staatsrechtlicher Abhandlungen
Bd.: 2

Leipzig (1795)

Bamberg, Staatsbibliothek -- J.nat.o.18#2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11706827-6
VD18 90394054-001